



DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. Nº 88. BERLIN, DEN 1. NOVEMBER 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Vom Wettbewerb um eine Eisenbahnbrücke über die Arsta-Bucht bei Stockholm.

Von Fritz Eiselen. (Fortsetzung).



ür die Ueberbrückung der verlangten 24 m weiten Durchfahrt mit beweglichem Ueberbau wählten die Verfasser eine ungleicharmige Klappbrücke nach System Scherzer, deren langer Arm eine Stützweite von 25,6, deren kurzer Arm eine Länge von 6,8 m erhielt. Die Abbildungen 19 und 20 stellen dieses Bauwerk in der

Übersicht dar, während die Abbildungen 21 und 22 ein Schaubild dieses Brückenteiles in geschlossenem und geöffnetem Zustand wiedergeben (zu Entwurf II und III sowie Entwurf I gehörig).

Einer doppelarmigen Klappbrücke mit Zwischen gelenk in Brückenmitte wurde eine solche Anordnung aus betriebstechnischen Gründen vorgezogen und zwar sowohl mit Rücksicht auf die sicherere und ruhigere Ueberführung der in geschlossenem Zustand beiderseits fest aufgelagerten Klappe, wie auf die größere Einfachheit der maschinellen Einrichtung. Von der Anwendung einer Klappbrücke nach dem System Strauß wurde anderseits namentlich aus ästhetischen Gründen Abstand genommen, weil die hoch über die Fahrbahn ragenden Gegengewichte und Antriebsmassen einen wenig schönen Anblick gewähren*). Bei der Scherzer-Brücke liegen dagegen die ganze Konstruktion und der Mechanismus unter der Fahrbahn, und letzterer ist dem Auge vollständig entzogen, sodaß sich die Klappbrücke harmonisch in das gesamte Brückenbild einfügt.

Das System Scherzer stellt bekanntlich eine Klappbrücke dar mit beweglicher Drehachse, die sich gleichzeitig wagrecht nach hinten verschiebt, während sich die Klappe bei der Oeffnung um die Achse dreht, oder richtiger gesagt auf einer Laufbahn abrollt. Wesentlich ist dabei, daß der Schwerpunktsweg der ganzen zu bewegenden Massen eine Wagrechte bleibt, damit in jeder Stellung Gleichgewicht herrscht und, vom Winddruck abgesehen, nur Reibungswiderstände bei der Bewegung entstehen.

Die Klappbrücke jedes Bauteiles ist zweigleisig angeordnet. Die Hauptträger sind Blechträger von 2,8 m

Stehblechhöhe in 6,4 m Abstand v. M. z. M. Die fackwerkartig ausgebildeten Querträger sind in 3,2 m Entfernung eingebaut. Sie tragen den einen Schienenträger, während den äußeren der Hauptträger ersetzt. Die Laufstege sind beiderseits ausgekragt, sodaß der Abstand der Geländer 10 m beträgt. Der Achsabstand der beiden Klappen des ersten und zweiten Ausbaues ist 12 m. In geschlossenem Zustand stellen die Hauptträger einen durchlaufenden Balken auf 3 Stützen dar. Das freie Klappen-Ende ruht auf Rollenlager, die Mittelstütze unter der Drehachse bildet ein nachstellbares festes Lager (das Eigengewicht wird dabei von den später erwähnten Rollkränzen aufgenommen), das Ende des kurzen Armes ruht dagegen auf einer beweglichen Pendelstütze *P*, Abbildung 19, auf, die fortgezogen wird, wenn die Klappe geöffnet werden soll. Diese Pendelstütze hebt außerdem den Hinterarm der Klappe so weit an, daß bei Belastungen des langen Klappenarmes hier immer noch ein positiver Auflagerdruck verbleibt.

Am hinteren Ende des kurzen Armes ist das gußeiserne Gegengewicht *G* angeordnet, das so bemessen ist, daß der Schwerpunkt der Klappbrücke in jeder Lage mit dem Drehpunkt *D* zusammenfällt. Seitlich der Hauptträger in 8,2 m Abstand von einander sind zwei Rollkränze *K* befestigt, von 2,5 m Durchmesser, die sich auf besonderer Laufbahn *L* abrollen. Rollkranz und Laufbahn sind mit Zähnen versehen. Beim Hochklappen senkt sich der Hinterarm der Klappe in eine in dem 10 m dicken Pfeiler ausgesparte und besonders entwässerte Grube. Zur Begrenzung der Klappenbewegung sind an deren Vorderwand abgefederte Endscharter *E* angeordnet, die kurz vor der Endstellung den elektrischen Strom aus- und die Bremsen einschalten.

In der Achse der Rollkränze, mit welcher der Schwerpunkt der Brücke in jeder Stellung zusammenfällt, sind kräftige Zapfen angeordnet, an welchen das Windwerk *W* mit zwei verzahnten Triebstangen *T* angreift. Das Windwerk ist einseitig auf dem Pfeilervorsprung untergebracht, aber so ausgebildet, daß beide Antriebshälften gleichmäßig bewegt werden. Die Antriebsritzel *R* der Triebstange haben bei geöffneter

*) Vergl. in dieser Beziehung das konstruktiv überaus interessante Brückenbauwerk dieses Systemes über den neuen Trollhätta-Kanal. Deutsche Bauzeitung, Jahrgang 1918, S. 41 u. ff. —

Klappe bei einem programmäßig mit 125 kg/qm anzunehmenden Winddruck sehr bedeutende Kräfte aufzunehmen, sie sind daher auf tief im Mauerwerk verankerte Böcke gelagert. Die Triebstangen selbst sind als kräftige, knicksichere Träger ausgebildet worden.

Zur Bewegung der Brücke dient ein Antriebmotor von 50 PS Leistung bei 450 Umdrehungen in der Minute, der mit dem Windwerk derartig verbunden ist, daß Ueberlastungen und Stöße von ihm fern gehalten werden. Er ist imstande, die Klappe bei einem Winddruck bis

der die Bewegung bei 3 und 6 kg/qm Winddruck in $10^{1/2}$ und 21 Min. bewirken kann.

Das Triebwerk ist mit Backenbremse versehen, die mit Elektromagnet betätigt wird und die geöffnete Brücke bei 125 kg/qm Winddruck festhalten kann. Der elektrische Endscharter für die Klappenbewegung ist schon erwähnt.

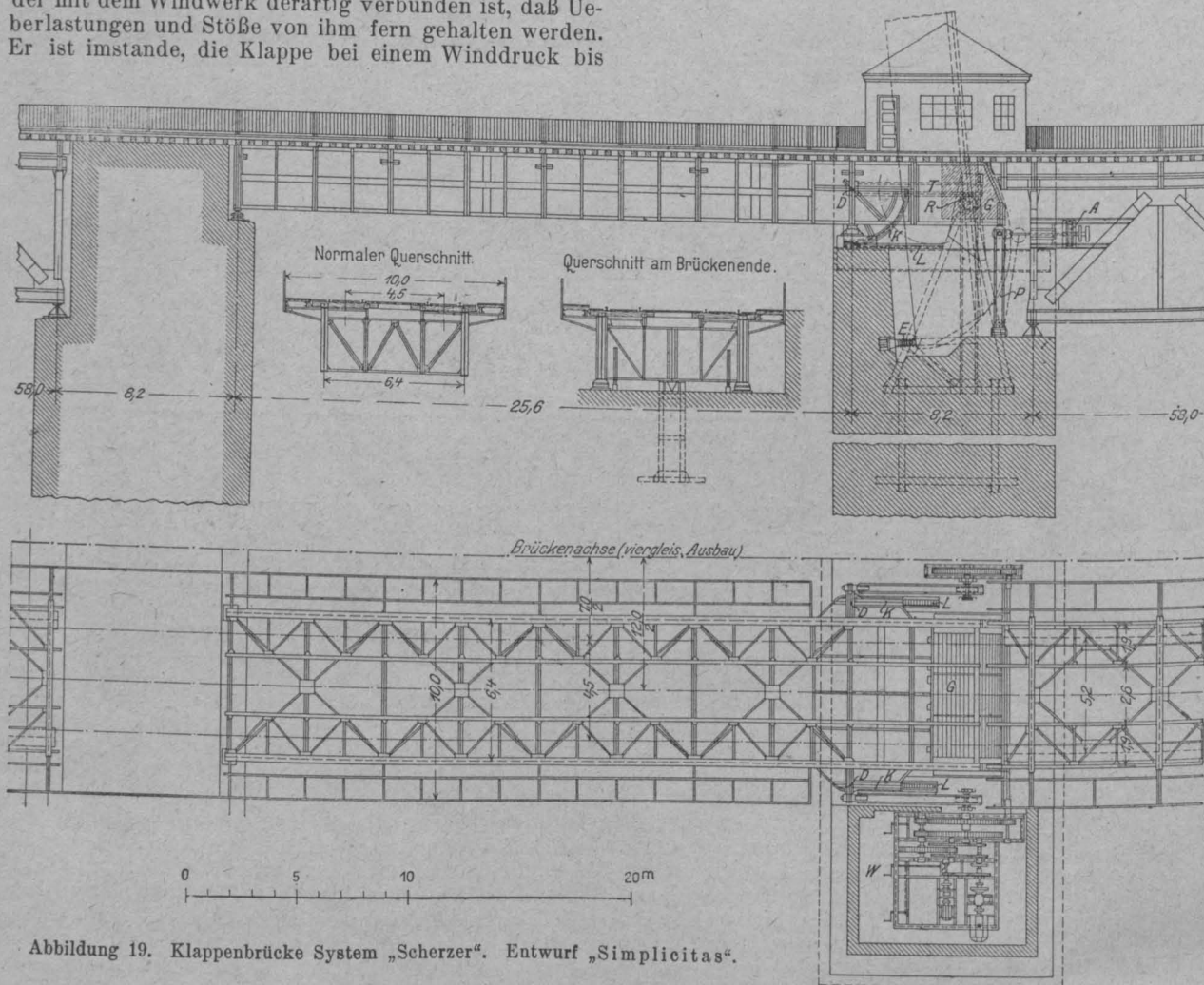


Abbildung 19. Klappenbrücke System „Scherzer“. Entwurf „Simplicitas“.

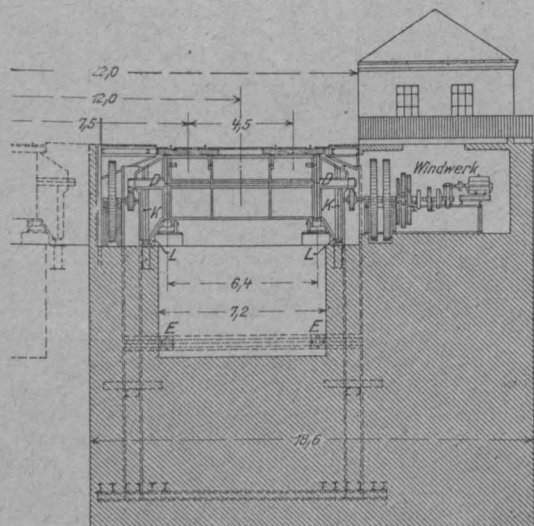


Abbildung 20. Schnitt durch die Klappen-Kammer.

25 kg/qm in etwa 80 Sek. zu öffnen und zu schließen, bei Windstärken bis 50 kg/qm in 150 Sek. Um beim Versagen des von einer Zentrale gelieferten Stromes die Brücke doch noch betreiben zu können, ist ein kleiner mit Benzinmotor gekuppelter Elektromotor von 15 PS Stärke vorgesehen, der die Brücke bei geringen Windstärken bis 10 und 20 kg/qm in $1^{1/2}$ und 3 Min. öffnen kann. Für den äußersten Notfall ist auch Handbetrieb vorgesehen,

Der Antrieb A zum Ein- und Ausschalten der Pendelstütze ist in der anschließenden festen Brückenspannung untergebracht. An jeder Stütze greift eine Stange an, die von einem Motor von 20 PS Leistung bei 800 Umdrehungen in der Minute in Bewegung gesetzt wird. Die Aus- und Einschaltung der Pendelstütze erfordert 40 Sek. Zeit. Auch hier sind Endscharter vorgesehen, die den Motorstromkreis rechtzeitig abstellen und die Bremsen zum Einfallen bringen. —

Dem durch Ankauf ausgezeichneten Entwurf mit dem Kennwort „Völund“ der gleichen Verfasser, den wir in Abbildung 9 in No. 85 schon in der Uebersicht dargestellt haben, seien noch einige Worte gewidmet. Es sind hierfür zwei Vorschläge eingereicht, die sich nur durch die Lage der Klappenbrücke unterscheiden, die bei Entwurf I in der Hauptschiffahrtsrinne nahe dem südlichen Ufer, im Entwurf II im Inseldurchstich wie bei Entwurf „Simplicitas“ angeordnet ist. Beiden gemeinsam ist im übrigen die Gesamtanordnung, die im Süden eine große Oeffnung von 130 m , überspannt von Fachwerkbogen mit Zugband, im Nordarm wie bei Entwurf „Simplicitas“ einen 110 m weitgespannten sichelförmigen Blechbogen unter der Fahrbahn, im übrigen eine Aufteilung in Oeffnungen von rd. 33 bis 37 m bei Entwurf I, bis 42 m bei Entwurf II, überdeckt mit einem einheitlichen Band von über mehrere Felder durchlaufenden Blechträgern, vorsieht. Bei Entwurf I bedingt die schiefe Kreuzung von Schiffsfahrtsrichtung und Brückenachse eine Vergrößerung der Lichtweite der Klappenöffnung auf $32,4 \text{ m}$ zwischen den normal zur Brückenachse stehenden Pfeilern.

In Bezug auf die Gesamtwirkung tritt der Entwurf hinter den mit dem I. Preis ausgezeichneten entschieden zurück, während er anderseits eine sehr einfache und klare Anordnung zeigt.

Der Ueberbau der Hauptöffnung kann auch hier ohne feste Rüstung in der Schifffahrtsrinne ausgeführt werden, der Zusammenbau erfolgt auf niedriger fester Rüstung über der Insel. Dann wird das hintere Träger-Ende auf einen kleinen Laufwagen gesetzt und unter das entsprechend ausgesteifte vierte Feld von vorne ein zweiter Laufwagen vorläufig untergesetzt. Das ganze System wird dann bis über den nördlichen Strompfeiler so weit vorgeschoben, daß das vordere Träger-Ende auf eine, auf gekuppelten Pontons aufgebaute, Rüstung auf-

Feldweite hat, entspricht den Grundsätzen, wie sie auch bei dem Entwurf „Simplicitas“ befolgt worden sind.

Die Klappbrücke ist wieder nach System Scherzer ausgebildet. Bei Entwurf II entspricht sie ganz derjenigen wie bei Entwurf „Simplicitas“, bei Entwurf I waren einige Abweichungen nötig. Hier ist die Stützweite des Hauptarmes 34m, des Gegengewichtsarmes 6,8m. Die Auflagerung des langen Armes erfolgt hier auf einem konsolartigen Ausbau der Bogenbrücke von 2,8m Ausladung. Die Durchbildung im Einzelnen ist auch hier ähnlich wie bei dem Entwurf „Simplicitas“.

Dasselbe gilt auch für die Ausbildung der Pfeiler und für das Gründungsverfahren, d. h. es ist für die im tiefen Wasser stehenden Pfeiler wieder das Druckluft-



Abbildung 21. Klappbrücke in geschlossenem Zustand. Entwurf „Simplicitas“, Variante II und III.

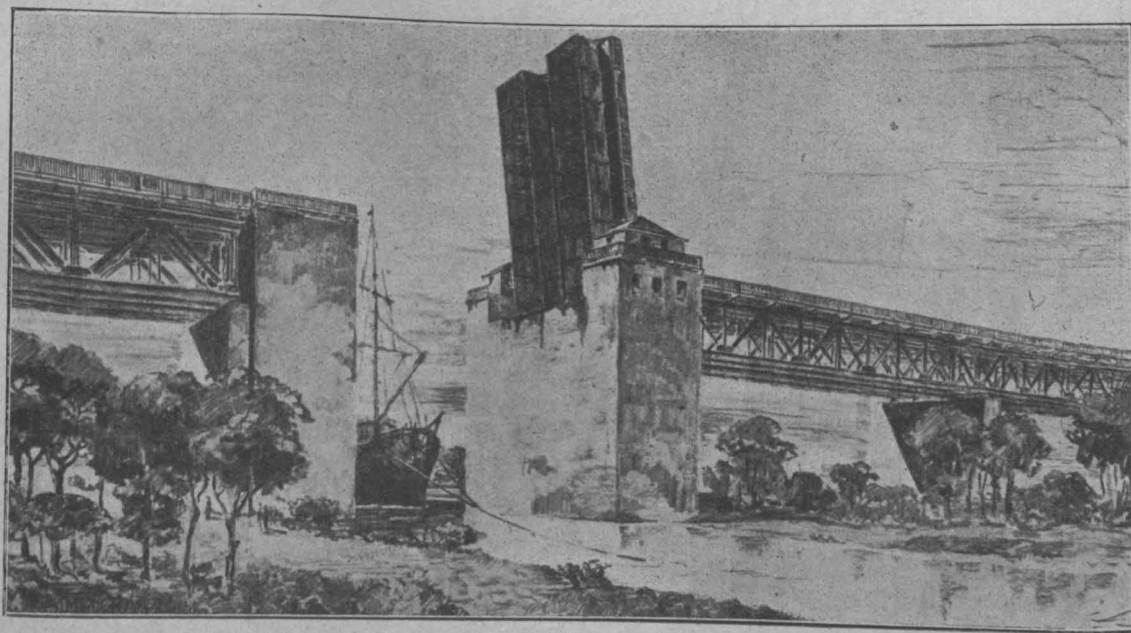


Abbildung 22. Klappbrücke in geöffnetem Zustand. Entwurf „Simplicitas“, Variante I.

gesetzt, die andere provisorische Abstützung auf der festen Rüstung entfernt werden kann. Nun kann das ganze System bis zum anderen Strompfeiler hinübergefahren und dann auf seine Lager auf beiden Strompfeilern abgesetzt werden.

Der große Fachwerkbogen ist im Obergurt bis auf die Geländerhöhe, im Untergurt bei 20m Pfeil bis zum Auflager unter die Fahrbahn herabgezogen. Das auf ganze Länge wagrechte Zugband greift am ersten Untergurtnoten an, in dessen Querebene Portale angeordnet sind, welche die Kräfte aus dem Windverband im Obergurt auf diejenigen in der Zugband-Ebene und weiter zum Auflager übertragen. Die konstruktive Durchbildung des Bogens, der im Scheitel 5 m Höhe und 9,3 m

Verfahren unter Verwendung von Eisenbetonkasten vorgesehen. —

Es ist beabsichtigt, noch einige Mitteilungen über den mit dem III. Preis ausgezeichneten Entwurf, sowie den aufgekauften Entwurf mit dem Kennwort „Plâtbâge“ zu machen. Beide stammen wie schon erwähnt, von deutschen Ingenieuren. Die Unterlagen dazu sind uns aber erst verspätet zugegangen. Auch unter den übrigen Entwürfen befinden sich eine Reihe von interessanten Lösungen, die von deutschen Firmen herrühren, während bekannte deutsche Architekten mitgewirkt haben. Soweit es der Raum gestattet und wir Kenntnis von den Verfassern haben, werden wir auch auf diese Entwürfe kurz eingehen. —

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Von der preußischen Akademie des Bauwesens in Berlin geht uns sehr verspätet die folgende Mitteilung zu: In der letzten Sitzung der Hochbau-Abteilung lag eine Eingabe des Baurates Siebold aus Bielefeld vor, in welcher mit Rücksicht auf den Mangel an Backsteinen die ausgedehnte Anwendung des Lehmbaues empfohlen und um Gewährung staatlicher Mittel zur Ausführung umfangreicher Probeanlagen gebeten wird. Den Siebold'schen Darlegungen und Anträgen wurde von verschiedenen Seiten zugestimmt. Insbesondere berichtete Prof. Dörpfeld über die jahrtausendlangen günstigen Erfahrungen, die in Ägypten, Assyrien und Griechenland mit Wohnbauten aus lufttrockenen Lehmziegeln gemacht worden sind. Auch Vitruv empfehle die Verwendung solcher Ziegel, die nicht an der Sonne, sondern in bedeckten Schuppen zu trocknen seien. Die Akademie beschloß, die Siebold'schen Anträge an zuständiger Stelle zu befürworten. — Dem Baurat Graef wurden weitere Mittel bewilligt, um seine wertvollen Lichtbild-Aufnahmen von Baudenkmälern in den Baltischen Ländern baldigst zu vervollständigen. Die Aufnahmen sollen der Allgemeinheit durch Vervielfältigung zugänglich gemacht werden. — Für die Beratung von Reformen in der Vor- und Ausbildung der jungen Architekten, insbesondere der angehenden Baubeamten, wurde ein Ausschuß gewählt, bestehend aus den Hrn. Prof. Bestelmeyer und Hartung, den Geheimräten Lutsch und Fürstenau und Architekt Jürgensen. — Ueber die Abänderung der Geschäftsordnung wurde beraten, um demnächst in Gemeinschaft mit der Ingenieur-Abteilung dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten eine Vorlage zu machen. —

Technische oder juristische Leitung des Baupolizeiamtes? Zum 9. Nov. d. J. ist für das Bremer Baupolizeiamt eine Bauratstelle ausgeschrieben. Das ist der vorläufige Schluß eines langen Kampfes, den wir vom Baufach gegen die Juristerei geführt haben. Leider sind wir dabei unterlegen, trotz der Umwälzung, des „Selbstbestimmungsrechtes“ und des „Tüchtigen freie Bahn“-Spruches. In der Bremer Nationalversammlung ist in Folge unseres Vorgehens und einer Eingabe von sechs technischen Vereinen beantragt, zum Leiter des Baupolizeiamtes einen Techniker zu ernennen. Der Senat hat als Antwort vor einigen Tagen einen Juristen zum Leiter ernannt. Es wird das ein Zankapfel zwischen der Volksvertretung und der ausführenden Macht werden, der bei der vorherrschenden Stimmung vielleicht mit einem Rückzug des Senates geschluckt wird. Ein starkes Kampfmittel haben wir nun in Händen: Jeder Bewerber muß zur Bedingung machen, daß die zu besetzende Bauratstelle die Leitung des Baupolizeiamtes erhält, und nicht dem juristischen Regierungsrat untergeordnet ist. Bei der Wichtigkeit dieser Frage für uns empfehle ich dringend allen Fachgenossen, diese Bedingung zu stellen. Wer schon seine Bewerbung eingereicht hat, kann das noch leicht in einem Begleitschreiben nachfügen. Da unsere Standeshere berührt ist, hoffe ich, daß es nur dieses Winkes bedarf, um ein einmütiges Vorgehen zu erzielen. Wer wird auch heutzutage noch unter einem juristischen Laien arbeiten mögen, der „von Tuten und Blasen“ nichts versteht! —

Fr. W. Rauschenberg, Reg.-Baumeister.

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Oberrealschule in Krefeld, der bereits im Juli 1914 für die in Rheinland und Westfalen ansässigen, aus Krefeld gebürtigen Architekten ausgeschrieben war, erläßt der Oberbürgermeister von Neuem mit Frist zum 20. Febr. 1920. Die Bedingungen bleiben unverändert, doch behält sich die Stadt Krefeld die Entscheidung darüber vor, ob und wann sie an die Ausführung des Baues herantreten will. Vergleiche S. 579 Jahrgang 1914, zweiter Halbband. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Wohn- und Geschäftshaus in Neidenburg in Ostpreußen wird vom Vorstand des Konsum-Vereins daselbst unter den Architekten Ostpreußens mit Frist zum 1. Dez. 1919 erlassen. Das Haus soll auf einem Gelände Ecke Markt-Platz und Apotheke Friedrich-Straße erbaut werden. 3 Preise von 1000, 500 und 300 M.; Ankäufe für je 300 M. Im 7gliedrigen Preisgericht u. a. die Hrn. Reg.-Bmstr. Schlemm, Stadtbmstr. Neuhaus und Kreishochbaumeister Ullrich. Die sachverständigen Techniker befinden sich also in der Minderzahl. Unterlagen gegen 5 M. durch den Vorstand des Konsum-Vereins in Neidenburg. —

Ein Preisausschreiben um einen Plakat-Entwurf für die Zeitschrift „Das gelbe Blatt“ veranstaltet das Landesgewerbe-Museum in Stuttgart mit Frist zum 14. Nov. 1919 für alle graphischen Künstler des deutschen Sprachgebietes. Es stehen 3 Preise von 600, 400 und 200 M. zur Verfügung;

Ankäufe für je 100 und 50 M. sind vorbehalten. Im Preisgericht u. a. die Hrn. Geh. Hofrat Dr. Lehrs in Dresden, Arch. Pirchan in München, Prof. Schmoll v. Eisenwerth, Kunstmaler Sigrist, sowie Prof. Dr. Pazaurek, letztere in Stuttgart. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Medaille zur Erinnerung an die Gründung der österreichischen Republik erläßt das österreichische Unterrichtsamt mit Frist zum 6. Dez. 1919 für deutsch-österreichische Künstler. Das Preisgericht besteht aus dem Kunstbeirat, verstärkt durch Fachleute der Medailleurkunst. Als Preissumme stehen 20000 Kronen zur Verfügung, die in Preise von etwa 4000 Kronen aufgeteilt werden. —

Im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau eines Gemeindehauses der St. Petri-Dom-Gemeinde in Bremen, über dessen Ausschreibung wir S. 307 dieses Jahrganges berichteten, sind 63 Entwürfe eingelaufen. Das Preisgericht beschloß „nach reiflicher Abwägung aller für eine Prämierung in Frage kommenden Entwürfe“ einstimmig, von der im Ausschreiben festgesetzten Form der Preisverteilung abzusehen und die ganze zur Verfügung stehende Summe so zu verteilen, daß 6 gleiche Preise von je 4000 M. gebildet und 7 Ankäufe von je 1500 M., sowie 1 Ankauf für 2000 M. in Aussicht genommen wurden. Gleiche Preise von je 4000 M. fielen zu den Entwürfen „Duett“ des Hrn. Max Fritsche, „Zweistöckig“ des Hrn. Walter Göhrig, „von D“ des Hrn. Heinz Stoffregen, „Walhall“ des Hrn. Carl Heinrich Müller, „Bezelin“ der Hrn. Carl Eeg und Runge, sowie „Bezelin“ des Hrn. Rud. Jakobs. Durch Ankauf für 2000 M. wurde ausgezeichnet der Entwurf „Klosterformat“ des Hrn. A. Abbehusen. Für je 1500 M. wurden angekauft die Entwürfe „Sancta Simplicitas“ des Hrn. Rud. Jakobs, „Pallas Athene“ und „Platzbilder“ des Hrn. Sepp Spannmacher, „Opportunitas“ des Hrn. Behrens-Nikolei, „Frieden“ der Hrn. Behrens & Neumark, „Neues Leben“ des Hrn. Wilh. Grieme und „Phönix“ der Hrn. Jansen & Meussen. —

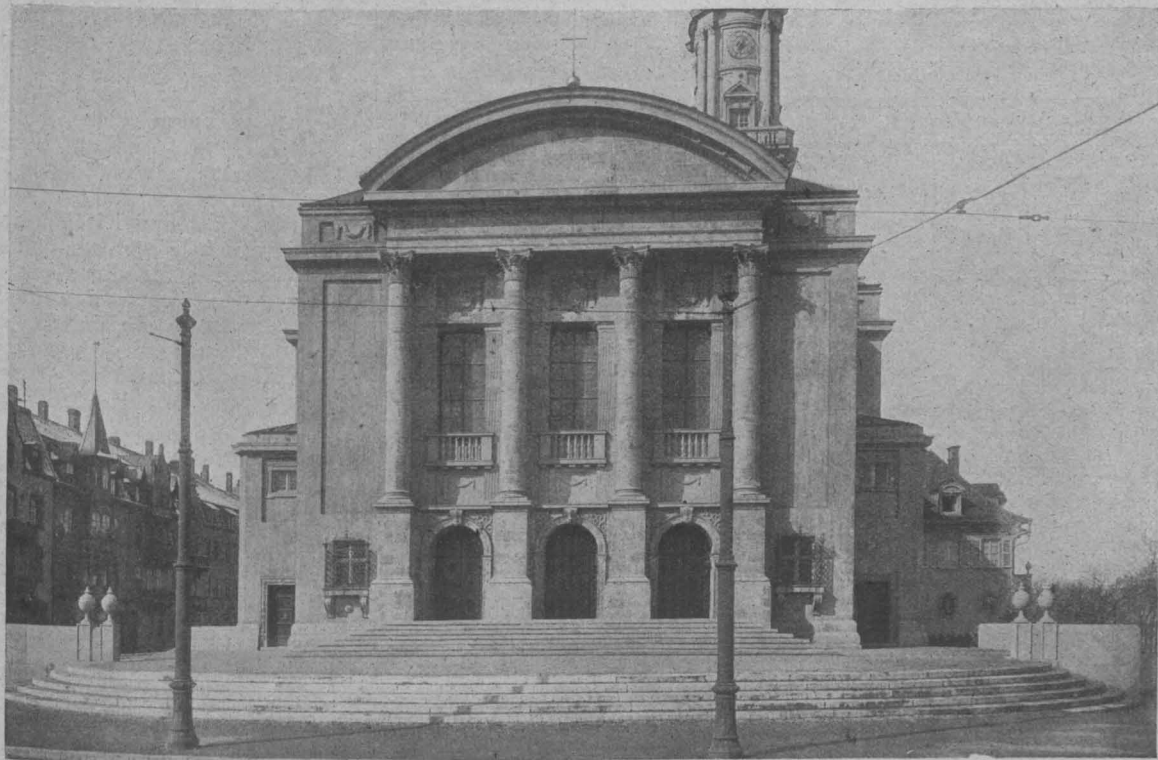
Im Ideen-Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Südfriedhof in Saarbrücken liefen 33 Arbeiten ein. Den I. Preis von 5000 M. errang der Entwurf „Erhebet die Herzen“ der Hrn. Jos. Wentzler in Dortmund und Gust. Allinger in Köln. Der II. Preis von 3500 M. fiel dem Entwurf „Drei-Hügel-Stätte“ der Hrn. Reinhardt & Süssenguth in Charlottenburg zu. Den III. Preis von 2000 M. gewann der Entwurf „An der Folsterhöf“ der Hrn. Fr. Becker und W. Tapp in Düsseldorf. Zum Ankauf für je 500 M. wurden empfohlen die Entwürfe „Janua vitae“ der Hrn. Paul Meißner in Darmstadt und Heicke in Frankfurt a. M.; „Das Tal des Todes“ des Hrn. Scholl in Friedrichshafen; „Höhe 226“ des Hrn. Franz Lutz in Hannover und „Hämm gfun“ der Hrn. Recht und Foeth in Köln. Ausstellung vom 26. Okt. bis 9. Nov. 1919 in der Turnhalle der Cecilienschule an der Schmoller-Straße in Saarbrücken. —

Im Preisausschreiben der städtischen Kunstdeputation in Berlin zur Erlangung künstlerischer Modelle zu Plaketten für die mit einem Ehrenpreis der Stadt Berlin auszuzeichnenden Künstler (vergl. S. 340 dieses Jahrganges) waren 94 Entwürfe eingegangen. Den I. Preis von 3000 M. errang der Entwurf „Athene Hölderlin“ des Prof. C. Ebbinghaus in Berlin-Dahlem; den II. Preis von 2000 M. der Entwurf „Taddy“ von Emil Renker in Berlin; III. Preise von je 1000 M. fielen an die Entwürfe „Berlin 1914“ des Hrn. Karl von Mehring in Köln-Rodenkirchen, „Westfalen“ des Hrn. Karl Rhein in Berlin, „Botschaft“ des Hrn. Otto Placzek in Berlin und „Kunst“ des Hrn. Aug. Haag in Frankfurt a. M. —

Im Wettbewerb der Verbandstoff-Fabriken Paul Hartmann A.-G. in Heidenheim, veranstaltet unter den Graphikern Württembergs, erhielten den I. Preis von 600 M. Arch. Paul Schlipf aus Weiler a. Stein; den II. Preis von 400 M. Camill Gräser in Stuttgart; den III. Preis von 300 M. Konrad Netzel in Gmünd. Für 100 M. wurden angekauft Arbeiten von Paul Schlipf aus Weiler, E. K. Erhardt in Pforzheim, Gust. Schlipf in Hall und Lutz in Böckingen. Zu 75 M. wurden angekauft Arbeiten von Gotthilf Lang in Neckargemünd und Alois Baumhauer in Gmünd. Zu 50 M. wurden angekauft Arbeiten von Karl Bertsch in Stuttgart, Adolf Schmidt in Stuttgart und Hans Klöpfer in Stuttgart. —

Inhalt: Vom Wettbewerb um eine Eisenbahnbrücke über die Arsta-Bucht bei Stockholm. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



Ansicht der Vorderfassade.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. N^o 89. BERLIN, DEN 5. NOVEMBER 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Die neue Luther-Kirche in Freiburg im Breisgau.

Architekt: Hans Christen in Freiburg i. Br. Hierzu die Abbildungen S. 527.



Am 23. März 1919 ist in Freiburg im Breisgau die von dem Architekten Hans Christen daselbst erbaute Luther-Kirche feierlich eingeweiht worden. Sie ist nicht das erste protestantische Gotteshaus in Freiburg. Damit hat es ein eigenartiges Bewenden. Nach der Vereinigung der zähringischen Gebiete unter dem bishe-

rigen großherzoglichen Hause in Baden machte sich die Notwendigkeit der Gründung einer evangelischen Pfarrei in der Hauptstadt des ehemaligen Vorder-Oesterreich geltend. Nach der Begründung übergab Großherzog Karl Friedrich im Jahr 1806 der evangelischen Gemeinde die Kirche des Allerheiligen-Stiftes in der Pfaffen-Gasse als Versammlungsstätte. Sie wurde jedoch bald zu klein. Nach der Errichtung des Erzbistums Freiburg im Jahre 1821 wurde auch der Wunsch nach einem würdigen evangelischen Gotteshaus rege. Nun begab es sich, daß um jene Zeit die Kirche der Abtei Tennenbach nahe bei Emmendingen abgebrochen werden sollte, um das Baumaterial anderweitig zu verwenden. Es ist dieser Vorgang eines der merkwürdigsten Beispiele für die Anschauungen über Denkmalpflege in jener frühen Zeit wiedererwachenden Nationalgefühles.

Im Tal des Tennen-Baches bei Emmendingen gründeten 1158 zwölf Mönche des Cisterzienser-Ordens aus Friesenberg im Kanton Bern die klösterliche Niederlassung Himmelspforte (Porta Coeli). Von allen damaligen Machtfaktoren außerordentlich begünstigt, kam die neue Ansiedlung bald zu großer Blüte und zu reichem Besitz, sodaß man, nach Erbauung der eigentlichen Klostergebäude, bereits im ersten Viertel des 13. Jahrhunderts, unter dem Abt Berthold aus dem Hause der

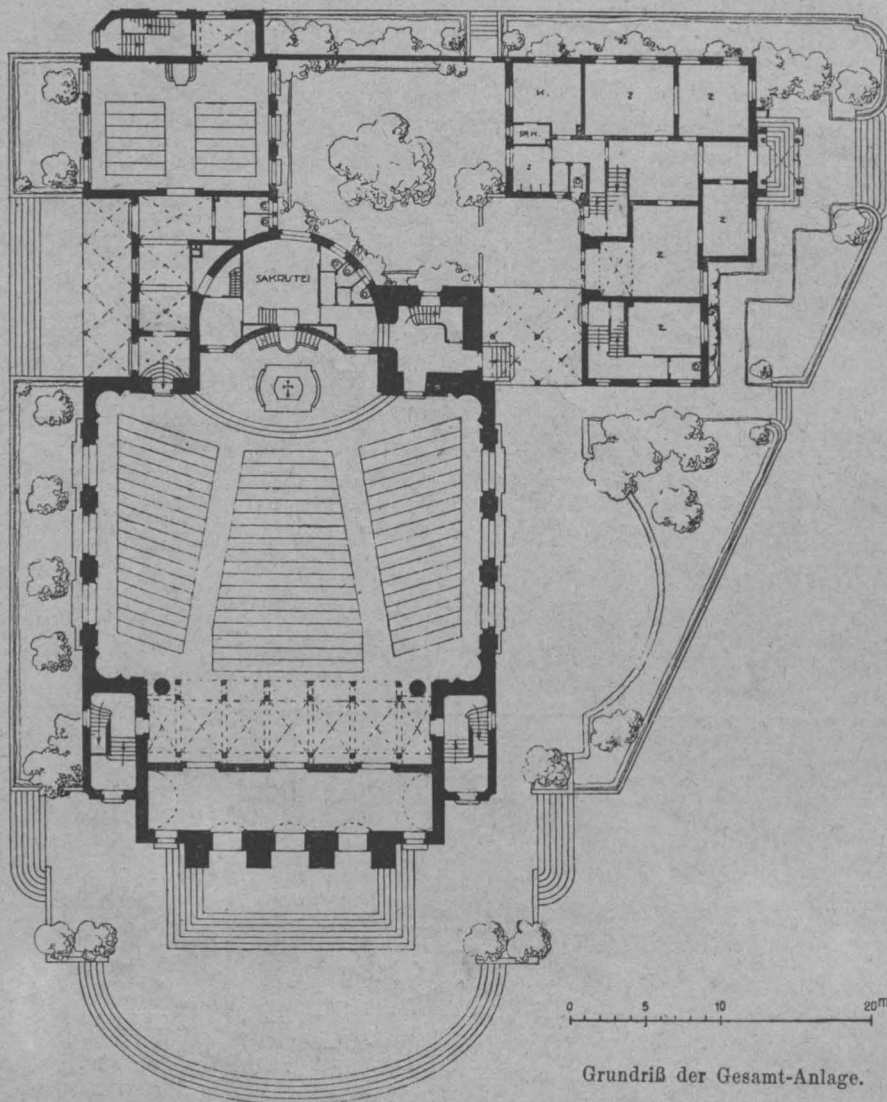
Zaehringer, auch die monumentale Kirche im romanischen Stil errichten konnte. Sie zeigte in der Anlage das strenge, schlichte, basilikale System der Cisterzienser-Kirchen nach dem Vorbild von Hirsau. Der anfänglichen Blüte der Abtei folgten später schwere Schicksale. Im Bauernaufbruch des Jahres 1525 wurden die Kloster-Gebäude zerstört; ihr Schicksal vollendete der Dreißigjährige Krieg. Seither lagen sie als verlassene Ruine da. 1807 wurde das Kloster aufgehoben.

Den Beschluß, die Kirche gänzlich zu vernichten, sie abzutragen und das Baumaterial anderweitig zu verwenden, durchkreuzte Großherzog Ludwig durch den Entschluß, das Gotteshaus Stein für Stein nach Freiburg zu versetzen und es dem evangelischen Gottesdienst zu weihen. Am Ludwigstag, am 25. August 1829, wurde im neuen Zähringer Stadtteil der Grundstein zur Ludwigs-Kirche gelegt, deren Wiederaufrichtung Heinrich Hübsch leitete. Bei der Wiederherstellung wurde mit der damals üblichen Freiheit verfahren. Hübsch fügte der Kirche einen hochragenden Vierungsturm hinzu und wich auch im Grundriß erheblich von der ursprünglichen Anlage ab. Immerhin konnte die evangelische Gemeinde in Freiburg am 26. Juni 1839 ihr zweites Gotteshaus feierlich weihen.

Fünfzig Jahre nach ihm entstand 1890 nach den Plänen Diemers in Karlsruhe die evangelische Christus-Kirche in der Vorstadt Wiehre, ein in der Anlage bemerkenswerter Zentralbau mit Chorumgang auf der Empore. Ein Lustrum später, 1895, wurde bei den alten Friedhof-Anlagen durch Fr. Ploch die Lutherische Kirche ausgeführt und es wurde die Hundertjahr-Feier der Begründung der evangelischen Gemeinde in Freiburg 1907 durch die Einweihung des Paulusbaues mit seiner Saalkirche festlich begangen. In das gleiche Jahr nun aber fielen auch die Anfänge unserer

Luther-Kirche. Von der Stadt Freiburg wurde ein Grundstück von Dreiecksgestalt, an drei Seiten von Straßen umschlossen, angekauft und zum Bau einer

schon Gotteshäuser errichtet; nun sollte auch der Westen der Stadt mit einem solchen bedacht werden. Nach Gewinnung des Baugeländes wurde das Programm zu einem



engeren Wettbewerb beraten, das eine Baugruppe verlangte bestehend aus der Kirche als Mittelpunkt, und an sie angegliedert ein Gemeindehaus mit Konfirmandensaal, Wohnung für Vikar und Kirchendiener, sowie ein Pfarrhaus und eine Wohnung für die Gemeindegewerkschwester. Aus dem im Jahr 1911 ausgeschriebenen engeren Wettbewerb ging der Architekt Hans Christen in Freiburg mit dem I. Preis als Sieger hervor und hatte die Genugtuung, durch den Kirchengemeinderat auch mit der Ausführung betraut zu werden. Der Bauvertrag wurde mit der Firma Schuster & Christen abgeschlossen. Hans Christen hatte sich mit Paul Schuster geschäftlich verbunden, ein Verhältnis, das aber ein halbes Jahr vor der Einweihung der Kirche wieder gelöst wurde. Jedoch war Paul Schuster an der praktischen Ausführung der Kirche beteiligt. Bereits im Herbst 1916 wurde der Bau vollendet, jedoch erst Ende März 1919 konnte zu seiner Einweihung geschritten werden. Achtzig Jahre liegen die beiden Gotteshäuser, die das evangelische Leben in Freiburg einrahmen, auseinander und so wie die damals fest begründete evangelische Gemeinde ihren sichtbaren Ausdruck in einem ehrwürdigen, zu stolzer Wirkung gesteigerten mittelalterlichen Bauwerk fand, so ist das hier dargestellte neue

neuen Kirche bestimmt. Der Norden, der Süden und der Osten der Stadt hatten sich bei dem stark zunehmenden protestantischen Leben bereits ihre evangeli-

Gotteshaus ein sinnfälliger Ausdruck für das entwickelte protestantische Leben der Gegenwart in der Hauptstadt des Breisgaues. —

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Im Verkehr mit der Redaktion der „Deutschen Bauzeitung“ bitten wir Folgendes zu beachten: Die Aufnahme von Beiträgen unseres Arbeitsgebietes erfolgt entsprechend dem Raum der Zeitung und nur nach sachlicher Prüfung. Sämtliche Zusendungen erbitten wir ausschließlich „An die Redaktion der Deutschen Bauzeitung“, nicht an eine Person. Die Einsendung muß portofrei erfolgen; zur Rücksendung und für Antwort ist das entsprechende Porto beizulegen. Anfragen von allgemeinem Interesse werden im Briefkasten beantwortet, andere Anfragen unmittelbar. Wir bitten, auch hier für Rückfragen Porto beizulegen. Die Beantwortung erfolgt unentgeltlich, ist jedoch an den Nachweis des Bezuges der „Deutschen Bauzeitung“ geknüpft. Eine Verpflichtung zur Beantwortung können wir nicht übernehmen. —

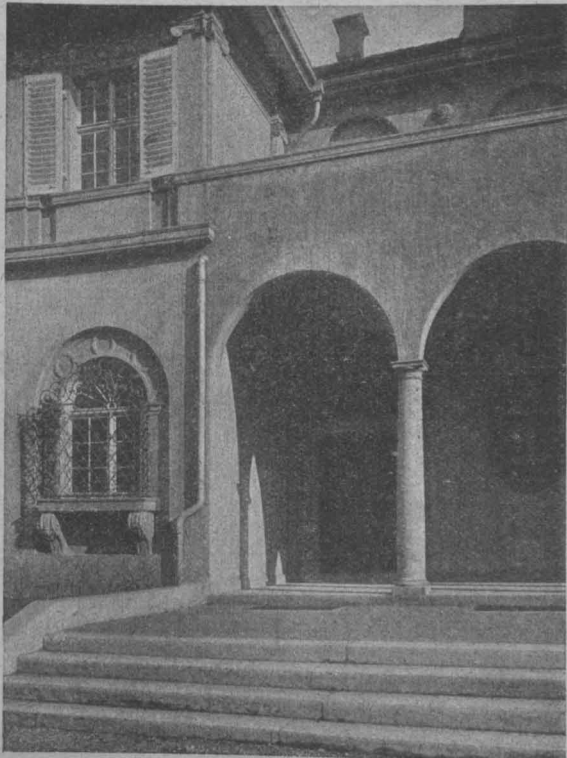
Freie Bahn dem Tüchtigen. Die Stadt Bottrop schreibt die Stelle eines technischen Beigeordneten zur Bewerbung aus. Mit der Stelle ist ein Gehalt von 12000—16500 M. verbunden, daneben werden 1200 M. Wohnungsgeldzuschuß und Teuerungszulagen gewährt. Bedingung ist, daß der zu wählende Beigeordnete die Staatsprüfung als Regierungsbaumeister für Hochbau oder das Diplom-Examen bestanden haben muß. Außerdem muß er Erfahrung im Städtebauwesen und in der Kanalisierung haben. Er soll neben der Bearbeitung dieser Fächer auch die Leitung der Gas- und Elektrizitäts-Anlagen vorläufig übernehmen. Es sind wohl nur aus der Not der Zeit heraus hier Dinge vereinigt, die ein Hochbauer unmöglich alle

beherrschen kann, wenn er auch in der Lage sein wird, sich in ihnen eine gewisse Verwaltungspraxis zu erwerben. Das mag also gehen. Was aber nach der heutigen Anschauung schwere Bedenken erregt, das sind die formalen Examens-Bedingungen, die hier noch in etwas veralteter Weise gestellt werden. Ein Examen ist nur ein Beweis dafür, daß man einmal etwas gewußt hat, nicht aber auch dafür, daß man sich in der Praxis bewährt hat. Darauf aber kommt es an. Also fort auch hier mit dem alten Zopf, den man in zahlreichen deutschen Städten schon längst abgeschnitten hat. —

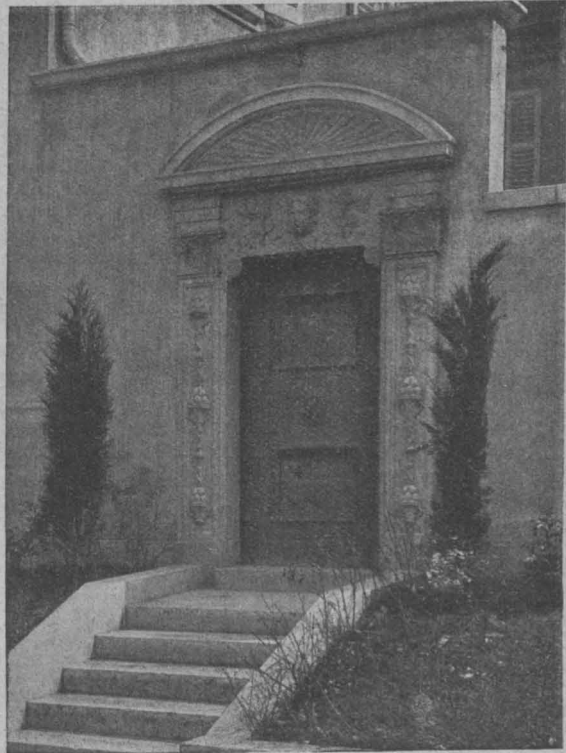
Die Mittel für die Baukosten-Ueberteuerungszuschüsse sind für die laufende Bauperiode erschöpft. Die bisherigen Bundesrats-Bestimmungen über die Gewährung solcher Zuschüsse gingen von der Voraussetzung aus, daß die Verteuerung der Baukosten nur eine vorübergehende Erscheinung sein würde. Diese Annahme hat sich nicht bestätigt. Die Bestimmungen können daher in ihrer bisherigen Form nicht beibehalten werden, da daraus eine übermäßige Belastung der öffentlichen Finanzen erwachsen würde. Andererseits kann es nicht zweifelhaft sein, daß auch weiterhin durch Beihilfen ein Anreiz für die Wohnungsbautätigkeit gegeben werden muß. Beratungen über eine Neuregelung dieser Frage sind in den zuständigen Ministerien im Gang. Sie werden mit aller Beschleunigung geführt, sodaß in kürzester Zeit mit dem Erlaß neuer Bestimmungen zu rechnen ist. Vor Beendigung dieser Beratungen kann eine Entscheidung über neue Anträge auf Gewährung von Ueberteuerungszuschüssen nicht mehr erfolgen. —

Für die Elektrifizierung der preuß. Staatsbahnen ist der Landesversammlung vom Eisenbahnminister ein Programm in Aussicht gestellt, über das der Bearbeiter Geh. Ob.-Brt. Wittfeld sich nach Berl. Tagesblättern näher geäußert hat. Danach wird die Länge der mit Elektrizität betriebenen Bahnen Ende des Jahres 370 km betragen, während die Durchführung des elektrischen Betriebes auf allen

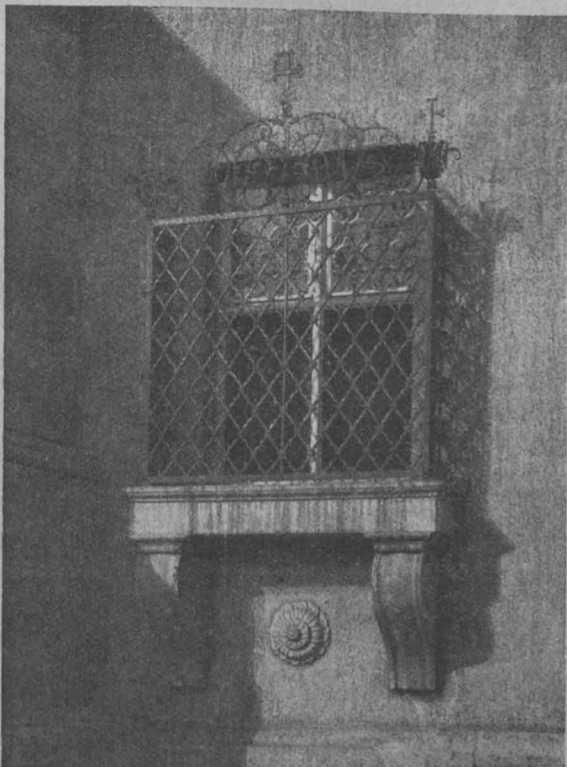
Bahnkraftwerke unmittelbar am Gewinnungsort der Kohle ausgenutzt werden, gleichzeitig lassen sich dabei die wertvollen Nebenprodukte gewinnen. Augenblicklich werden die beiden Vorortstrecken Berlin-Oranienburg und Berlin-Bernau für den elektrischen Betrieb umgebaut, ferner ist im Halle'schen Bezirk und in Schlesien die Elektrifizierung in Angriff genommen. Es wird hier geplant, die elektrische



Eingang zum Gemeindehaus.



Tür der Hofseite.



Fenster an der Schauseite der Kirche.



Tür zum Emporen-Treppenhaus.

Die neue Luther-Kirche in Freiburg i. Br. Architekt: Hans Christen in Freiburg i. Brg.

Linien, nachdem die bisherigen militärischen Bedenken fortgefallen sind, in 30 Jahren erhofft wird. Neben Erhöhung der Schnelligkeit des Verkehrs, Ersparnis an Personal (für deren Besoldung nach den augenblicklichen Lohnsätzen 300 Mill. M. erspart werden könnten), wird eine Herabsetzung der Kohlenkosten auf die Hälfte erwartet. Die Kohle kann in wirtschaftlicher Weise durch große

Zugbeförderung der schlesischen Gebirgsstrecken auf der Hauptstrecke ostwärts bis nach Breslau und nordwärts bis nach Berlin durchzuführen, eine geeignete Verbindung mit dem elektrischen Bahnnetz der Eisenbahndirektion Halle zu schaffen und diese nordostwärts bis nach Berlin zu erweitern. Die auf solche Weise zustande zu bringende Verbindung der von Schlesien, Halle und Magdeburg nach

Berlin führenden Bahnen mit dem Berliner Bahnnetz läßt es unbedingt geboten erscheinen, auch hier den einfachen Wechselstrom zu verwenden. Sind alsdann die bei Berlin zunächst für den Betrieb auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen geplanten Kraftwerke errichtet, dann können diese auch für die erwähnten in Berlin einlaufenden Fernstrecken sowie für weitere von Berlin ausgehende Strahlen (Berlin-Hamburg, Berlin-Stettin, Berlin-Hannover usw.) den Strom liefern. Auf diese Weise würde Berlin zum Mittelpunkt eines größeren elektrischen Bahnnetzes werden, wobei die in der Niederlausitz und im Bitterfelder Gebiet vorhandenen Braunkohlenschätze und der haveländische Torf am Orte ihres Vorkommens zur Stromerzeugung verwendet werden könnten. Ein anderer Mittelpunkt für elektrischen Fernbahnbetrieb könnte im westfälischen Kohlenbecken, ein weiterer etwa in den wasserreichen Voralpenländern entstehen. Auf diese Weise lassen sich im Lauf der Jahrzehnte weite Gebiete des Vaterlandes für die elektrische Zugbeförderung erschließen, zumal man auch außerhalb Preußens bereits rüstig am Werk arbeitet. —

Auszeichnung. Dem Geh.-Brt. Prof. Dr.-Ing. h. c. Konrad Steinbrecht in Marienburg wurde aus Anlaß seines 70. Geburtstages durch Beschluß der preußischen Staatsregierung die Medaille für hervorragende Verdienste um das vaterländische Bauwesen in künstlerischer und wissenschaftlicher Beziehung in Gold verliehen. —

Preussische Meßbild-Anstalt in Berlin. Die unentgeltliche Besucherzeit der Meßbild-Anstalt im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu Studium, Besichtigung und Auswahl zwecks Ankauf findet vom 1. November 1919 ab Montag, Mittwoch und Freitag 11—1 Uhr, Berlin, Schinkel-Platz 6 im Erdgeschoß statt. —

Landesberatungsstelle für Heimatschutz und Krieger-Ehrungen in Sachsen-Weimar-Eisenach. Die seit 1911 auf dem Gebiet der Baupflege tätige „Beratungsstelle für Heimatschutz in Sachsen-Weimar“ (Weimar, Herder-Platz 14) ist als amtliche Beratungsstelle zugleich mit den Geschäften einer Landesberatungsstelle für Krieger-Ehrungen betraut worden. Der Landesberatungsstelle sollen alle Entwürfe für Krieger-Ehrungen, soweit sie nicht rein privates Gepräge tragen, rechtzeitig vorgelegt werden; insbesondere gilt das für Ehrenfriedhöfe, Kriegergedächtnisstätten, Kriegergrabmäler und Kriegerdenkmäler. Sie wird den Behörden — auf Wunsch auch Privaten — in allen, insbesondere die künstlerische Gestaltung der Ehrungen betreffenden Fragen beratend zur Seite stehen, auch allgemeine Leitsätze für Krieger-Ehrungen aufstellen und veröffentlichen. In Angelegenheiten des Heimatschutzes wird die Beratungsstelle wie bisher bei der Baupflege und für den Schutz heimatlicher Bauweise nach besonderen Leitsätzen tätig sein, die kostenlos von ihr zu beziehen sind. Kosten verursacht die Inanspruchnahme der Beratungsstelle in beiden Fällen nicht. In Angelegenheiten der Landesberatungsstelle für Krieger-Ehrungen treten ein Beauftragter der Ministerial-Abteilung des Kultus und ein Vertreter des Landeskirchenrates hinzu. —

Auswanderung deutschen Kunstbesitzes in das Ausland. Der geschäftsführende Ausschuß des „Tages für Denkmalpflege“ hat an die deutsche Reichsregierung die folgende Eingabe gerichtet, die auch in unserem Leserkreis bekannt zu werden verdient:

„Der Tag für Denkmalpflege“ begrüßt das Vorgehen der Reichsregierung, in Ausführung des Art. 147 Abs. 2 der Reichsverfassung durch den Erlaß eines Notgesetzes der Auswanderung deutschen Kunstbesitzes in das Ausland zu steuern, mit besonderer Freude und Dankbarkeit im Anschluß an seine in der erweiterten Ausschußsitzung in Berlin einstimmig gefaßte und der Reichsregierung sowie den einzelnen Landesregierungen übermittelte Entschließung vom 8. Juli ds. Js.

Der unterzeichnete Ausschuß möchte aber erneut die Dringlichkeit eines solchen gesetzgeberischen Aktes betonen in Anbetracht, daß gerade in den letzten Monaten vor den in Aussicht stehenden großen Vermögens-Abgaben die Verkäufe einzelner Kunstwerke und ganzer Sammlungen in das Ausland sich in erschreckender Weise gehäuft haben. Wir stehen dabei auf dem Standpunkt, daß zwar in erster Linie die Aufgabe einer solchen Verordnung sein muß, alle Kunstwerke dem Vaterlande zu erhalten, die irgendwie für die Geschichte der deutschen Kunst und nationalen Kultur von Bedeutung sind, daß daneben aber auch die Auswanderung der größeren Sammlungen, die bislang öffentlich zugänglich waren und als Gemeinbesitz des deutschen Volkes angesehen werden konnten, insbesondere auch der fürstlichen Kunstsammlungen, unter allen Umständen verhindert werden sollte.

In Bezug auf die Wahrung der finanziellen Interessen des Reiches glaubt der „Tag für Denkmalpflege“ bei aller Würdigung unserer finanzpolitischen Notlage doch darauf hinweisen zu müssen, daß ein augenblicklicher Gewinn von einigen Millionen an Auslandswerten in gar keinem Verhältnis stehen würde zu der nie wieder gut zu machenden Beraubung und Verarmung Deutschlands an nationalem Kunstbesitz und zu der dadurch herbeigeführten dauernden Schädigung der geistigen Kraftquellen des deutschen Volkes.

In letzter Stunde vor der Entscheidung hält sich der unterzeichnete Ausschuß für verpflichtet, den Standpunkt des „Tages für Denkmalpflege“ in dieser hochwichtigen Angelegenheit zur Kenntnis der Reichsregierung und der gesetzgebenden Körperschaft zu bringen und ebenso dringend, wie ehrerbietigst zur Berücksichtigung zu empfehlen.“ —

gez.: Dr. A. von Oechelhaeuser,
Geh. Rat, Prof. an der Techn. Hochschule zu Karlsruhe.
gez.: Dr., Dr.-Ing. P. Clemen,
Geh. Reg.-Rat, Prof. an der Universität Bonn.

Wiederherstellungs - Arbeiten an der Kathedrale von Reims sind dem „Journal des Débats“ zufolge in Angriff genommen worden. Die Kathedrale hat ein vorläufiges Dach erhalten, das Schiffe und Gewölbe vor den Unbilden der Witterung schützen soll. Bevor die endgültigen Arbeiten, die eine Reihe von Jahren dauern werden, durchgeführt werden können, hat man beschlossen, den Querschiff, in dem sich die große Orgel befindet, für den Gottesdienst herzurichten und zu diesem Zweck eine Mauer zu erbauen und eine Decke anzubringen, die die Gemeinde vor dem Herunterfallen von Steinen sichern. Die Kosten dieser ersten Bauten, die sich auf 84000 Franken belaufen, werden vom Staat getragen. Die im Jahr 1917 begründete „Gesellschaft der Freunde der Kathedrale von Reims“ entfaltet eine rührige Werbetätigkeit, um die Arbeiten so rasch zu fördern, daß bereits am Totensonntag die erste Messe in der Kathedrale zelebriert werden kann: sie hat namhafte Beträge zusammen gebracht, die über die vom Staat bewilligten Kosten hinaus zur Durchführung der großen Wiederherstellungs-Arbeiten verwendet werden sollen. —

Wettbewerbe.

Im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Umgestaltung des Platzes vor dem Potsdamer Hauptbahnhof in Berlin nach Beseitigung des bisher dort bestehenden Kirchhofes der Dreifaltigkeits-Gemeinde sind 76 Arbeiten eingelaufen, über die die Entscheidung voraussichtlich um die Mitte November fallen wird. Wir haben über den Wettbewerb selbst im Jahrgang 1914, S. 316 und über seine Wiederaufnahme nach dem Krieg in diesem Jahrgang S. 340 berichtet. —

Chronik.

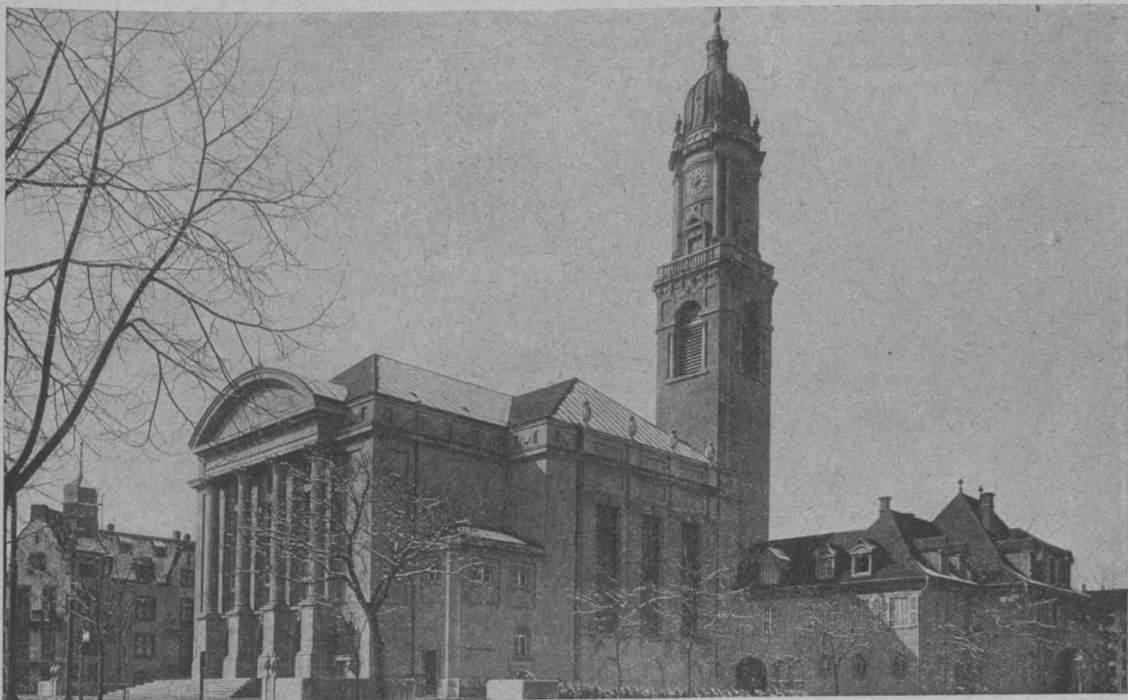
Ein großes Schwimmdock in Pearl Harbour bei Honolulu auf den Sandwich-Inseln ist nach Mitteilungen der Tagespresse kürzlich dem Betrieb übergeben worden. Es soll bei 300 m Länge 40 m Lichtweite besitzen, würde also zur Dockung der größten Ozeandampfer genügen. Die Ausführungskosten sollen 5 Mill. Dollar betragen haben. —

Der Plan des Baues eines Rhein-Seitenkanales im Elsaß ist jetzt wieder aufgegriffen worden und soll nach den Entwürfen des elsässischen Ingenieurs René Köchlin nach der „Köln. Ztg.“ bereits die Zustimmung des Obersten Rates im Elsaß und der maßgebenden französischen Regierungsstellen gefunden haben. Der Kanal soll in 300 m Abstand vom linken Rheinufer geführt werden und 8 Schleusen von je 170 m Länge bei 25 m Breite erhalten, die zu je 4 ober- und unterhalb Breisach einzubauen wären. Sie würden einen Schleppzug von 1 Schleppdampfer zu 1000 P.S. und 2 Schleppkähnen zu je 1200 t gleichzeitig aufnehmen können. Im Zusammenhang mit der Ausführung dieses Kanales soll der Rhein-Rhône-Kanal zwischen Mülhausen und Besançon verbreitert, der Hüniger Hafen, in dem die von Lyon kommenden Kanalschiffe den Rhein erreichen, ausgebaut und der Rhein-Marne-Kanal elektrisch beleuchtet werden, um auch Nachtbetrieb zu gestatten. —

Die Ausführung eines Handelshafens in Budapest ist bereits vor Ausbruch des Krieges in Angriff genommen worden als gemeinschaftliches Unternehmen der Regierung und der Stadtgemeinde. Die erste hatte für die erste Bauperiode 31, die letztere 16 Mill. Kr. ausgeworfen. Die Arbeiten sollten im Frühjahr d. J. wieder aufgenommen werden, sind aber durch die augenblickliche Lage wieder unterbrochen worden. Der Hafen würde nach seinem Ausbau in dem gegebenen Umfang zu den größten Binnenhäfen zählen. (Oest. Zeitschr. f. d. öff. Baudienst.)

Inhalt: Die neue Luther-Kirche in Freiburg im Breisgau. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



Ansicht der Gesamt-Anlage von Nordost.

Die neue Luther-Kirche in Freiburg i. Br. Architekt: Hans Christen in Freiburg i. Br.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. N^o 90. BERLIN, DEN 8. NOVEMBER 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Neufassung der Gebühren-Ordnung der Architekten und Ingenieure.

(Fortsetzung aus No. 84.)

Nach dem neuen Entwurf gehen den Sonder-
teilen der Gebührenordnung für die einzelnen
Fachrichtungen „Allgemeine Bestim-
mungen“, gültig für alle Fachrichtungen,
voraus, die zunächst die Stellung der Ar-
chitekten und Ingenieure zum
Auftraggeber als dessen Vertrauensmann cha-
rakterisieren, der für dessen Rechnung handelt, ihm gegen-
über die Verantwortung auf Grund der „Bestimmungen
über die zivilrechtliche Verantwortlichkeit für Leistungen
der Architekten und Ingenieure“ trägt, von ihm für seine
Leistung Gebühren erhält, „die nach der nachfolgenden G.-O.
bemessen, als „übliche Vergütung“ und Mindest-
sätze gelten, und der außerdem noch vom Auftraggeber
den Ersatz bestimmter Nebenleistungen zu
erhalten hat.

Es werden dann die Rechte des Auftraggebers
und des Beauftragten gegen einander festgelegt,
wobei vor allem betont wird, daß die Gebühren die ein-
malige und alleinige Vergütung für die vereinbarte
Leistung sind, daß also wiederholte Verwendung
durch den Auftraggeber erneut gebührenpflichtig
ist, während andererseits der Beauftragte keine irgend-
wie gearteten Zuwendungen von dritter Seite im Zusam-
menhang mit seiner Leistung annehmen darf, Bestimmun-
gen, die übrigens dem sachlichen Inhalt nach auch schon in
der alten G.-O. standen. In diesem Abschnitt ist auch ein
Hinweis auf die Entschädigung bei Zurücknahme eines Auf-
trages aufgenommen und es wird die Vergütungspflicht für
Mehrleistungen, die Frage des Urheberrechtes am Entwurf
und des dinglichen Eigentumsrechtes an Akten usw. etwas
schärfer behandelt als früher.

Es schließen sich nun allgemeine Grundsätze
für die Bemessung der Gebühren und den Er-
satz der Nebenkosten an, die diese Fragen in ähn-
licher Weise wie in der alten G.-O. behandeln. Die Regel
soll danach die Bemessung der Gebühr nach Hundertsteln
der Herstellungssumme bleiben. Bei den im Zusammenhang
mit einem gebührenpflichtigen Auftrag auszuführenden
Reisen ist die Aufwands-Entschädigung, die früher auf
30 M. bemessen war, zeitgemäß auf 60 M. erhöht, wobei je-

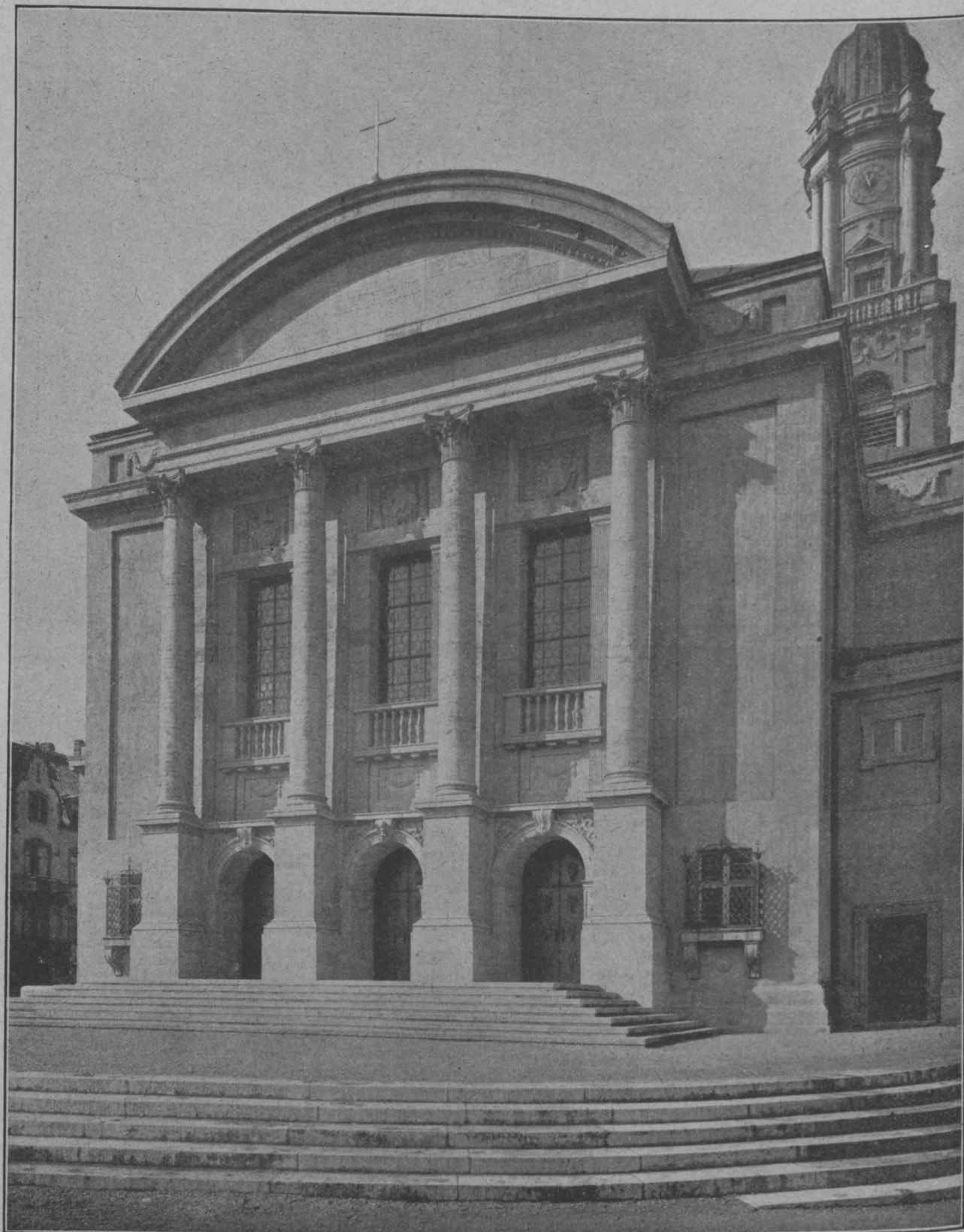
doch für den Tag ohne Uebernachten eine Herabsetzung auf
40 M. eintritt.

Ein besonderer Absatz ist den Gebühren für Sach-
verständigen-Arbeiten usw. und den nach
Zeit zu berechnenden Gebühren gewidmet, die
in der alten G.-O. nur flüchtig behandelt wurden und daher
oft zu stark von einander abweichenden Anschauungen zwi-
schen Auftraggeber und Beauftragtem führten. Eine ein-
wandfreie Regelung war aber hier um so nötiger, als das
berufsmäßige Gutachterwesen seit Feststellung der G.-O.
von 1901 einen viel breiteren Raum gewonnen hat als frü-
her. Bei der Festlegung dieses Abschnittes hat daher auch
der „Verband deutscher Gutachtermakler“ besonders mit-
gewirkt. Es wird zunächst der Kreis der in diesen Ab-
schnitt fallenden Leistungen genau umschrieben. Sofern die
Vergütung für diese Leistungen nicht nach der Schwierig-
keit, dem Wert der Leistung, der wirtschaftlichen Bedeu-
tung der Frage und fachlichen Stellung des Beauftragten im
Gesamten bemessen wird — am besten nach vorheriger Ver-
einbarung — ist sie mindestens nach den Stundensätzen zu
vergüten, welche die neue G.-O. wie folgt festsetzt: Bei
einer Tätigkeit am Wohnsitz des Beauftragten wird die
Gebühr für 1 Stunde Inanspruchnahme von 5 auf 12 M.
erhöht, wobei für kleinere Leistungen im Ganzen min-
destens 30 M. zu vergüten sind. Die frühere Bestimmung,
daß die erste Stunde mit dem erhöhten Betrag von 20 M.
zu bemessen sei, offenbar auch in der Absicht für kleinere
Leistungen ein angemessenes Mindesthonorar zu erlangen,
die aber zu vielen Anfechtungen Veranlassung gab, ist
durch diese klarere Bestimmung ersetzt. Bei Reisen wer-
den Reisekosten und Aufwand in gleicher Weise ersetzt wie
bei solchen Reisen, die im Zusammenhang mit einem Bau-
auftrag ausgeführt werden. Außerdem wird jetzt aber
klar zum Ausdruck gebracht, daß die Reise- und War-
tezeit, soweit sie als den sonstigen Berufs-
arbeiten entzogen anzusehen ist, wie Arbeits-
zeit nach den erwähnten Stundensätzen zu
vergüten ist. Das war bisher ein sehr strittiger Punkt in der
alten G.-O.

Den Beschluß des allgemeinen Teiles bildet ein Ab-
schnitt über Zahlung und Gerichtsstand, der zu-

nächst festlegt, daß der Geschäftssitz des Beauftragten als Erfüllungsort anzusehen ist, und die Höhe der dem Beauftragten auf Verlangen zu gewährenden Abschlagszahlungen von bisher $\frac{3}{4}$ der Leistung auf die jeweilige volle Leistung erhöht und auch sonst Zahlungsweise und -Frist genauer regelt. —

nauer umschrieben, ziemlich im Sinn der alten G.-O., wobei jedoch die Ausführungszeichnungen, die zur unmittelbaren Benutzung auf der Baustelle dienen und alle Maße und Konstruktionen enthalten müssen, also besondere Teilleistung neu eingeführt sind. Erst auf Grund dieser Zeichnungen sind Massenberechnung und Kostenanschlag



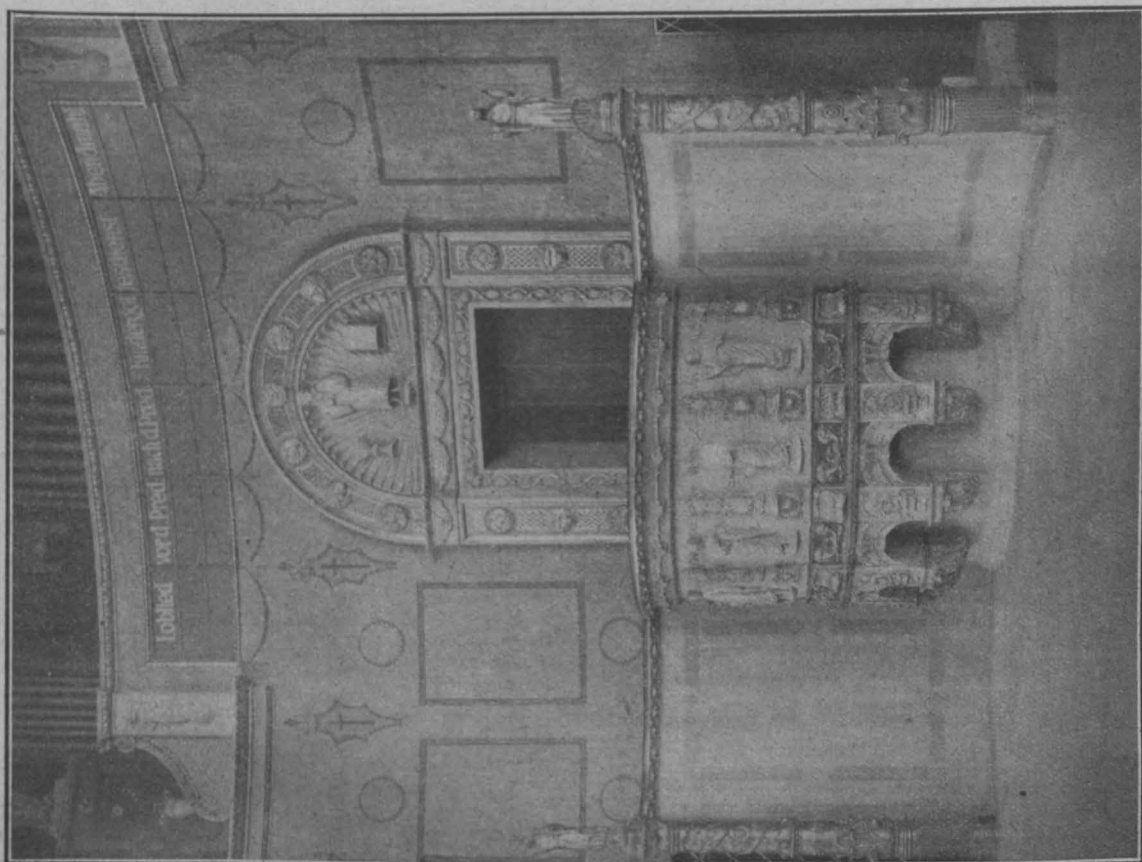
Hauptansicht nach dem Hohenzollern-Platz.
Die neue Luther-Kirche in Freiburg i. Br. Architekt: Hans Christen in Freiburg i. Br.

Diesem allgemeinen Teil schließen sich nun die Sonderbestimmungen für die verschiedenen Fachrichtungen an, zunächst diejenigen für Architekten, die also für architektonische und kunstgewerbliche Arbeiten gelten sollen. Hier werden einleitend die Leistungen des Architekten ge-

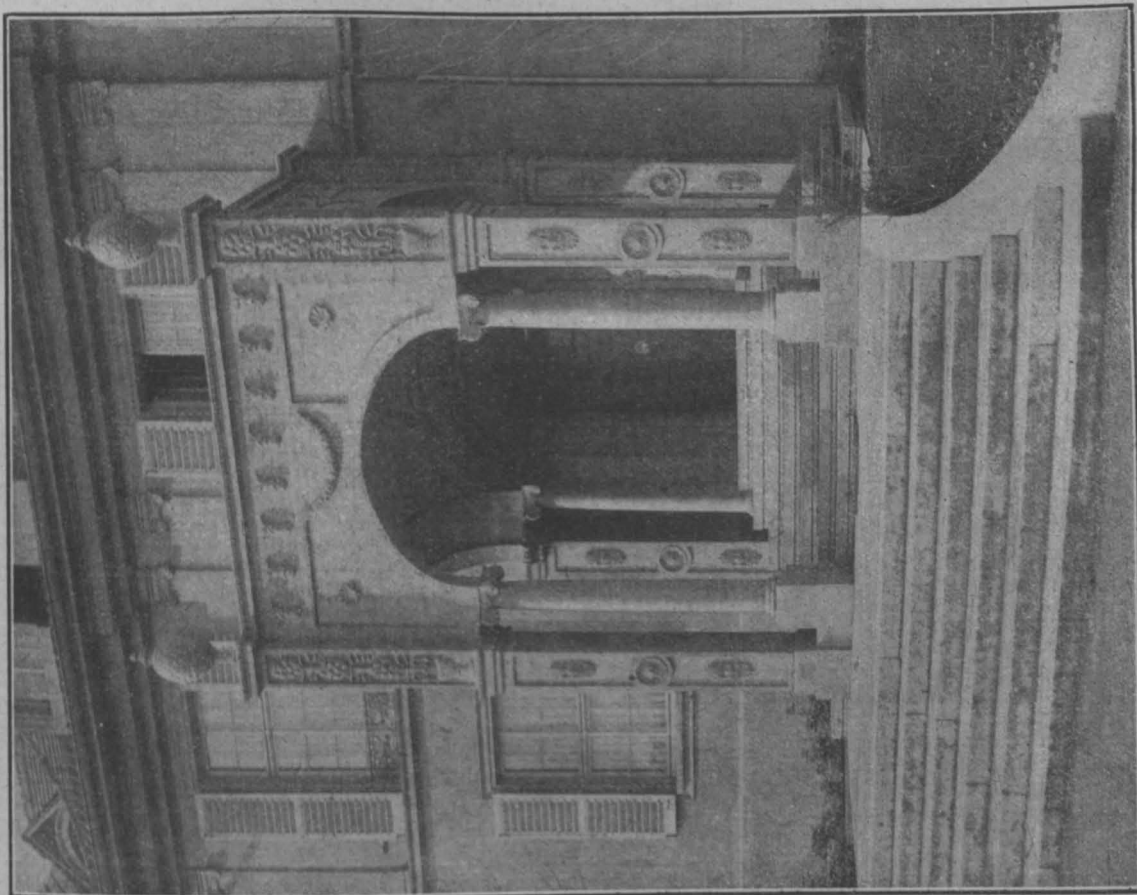
aufstellbar; sie gehören daher zu den Arbeiten, die abgeschlossen sein müssen, ehe die Vergebung der Arbeiten erfolgt und die eigentliche Bautätigkeit einsetzen kann. Bezüglich der Verteilung der Gebühr auf die Einzelleistungen ist zu bemerken, daß für Vorentwurf, Entwurf, Werkzeichnungen, Oberleitung die Anteile der

alten G.-O. festgehalten wurden, daß für die Ausführungszeichnungen, die anstelle der Bauzeichnungen treten, 10 % festgesetzt und die Gebühren für Kostenanschlag und Bauvorlagen gleichmäßig auf 10 % erhöht sind. Neu ist hier

wähnt wurde, an der Bewertung nach dem Ausbau-Verhältnis festgehalten. Es ist jedoch zu dessen gerechterer Ermittlung ein neuer Begriff der „allgemeinen Bauarbeiten“ eingeführt, die von den ge-



Teilansicht der Kanzelwand der Kirche.
Die neue Luther-Kirche in Freiburg i. Br. Architekt: Hans Christen in Freiburg i. Br.



Pfarrhaus. Ansicht des Einganges.
Die neue Luther-Kirche in Freiburg i. Br. Architekt: Hans Christen in Freiburg i. Br.

ferner die Bestimmung, daß der Architekt, falls er ausnahmsweise einmal die örtliche Bauleitung mit übernimmt, mindestens Anspruch hat auf die Vergütung, wie sie für einen örtlichen Bauführer zu zahlen gewesen wäre.

Für die Bemessung der Gebühren ist, wie schon er-

samten Herstellungskosten zunächst abzuziehen sind, ehe das Ausbau-Verhältnis ermittelt wird, das sie sonst herabdrücken würden. Zu diesen allgemeinen Arbeiten gehören z. B. Abbruchsarbeiten, besondere Erdarbeiten, wie Terrassierungsarbeiten bei steilem Gelände, besondere Grün-

dungen, Gartenanlagen usw. Auf diese Weise wird erreicht, daß für gleichwertigen Ausbau auch gleichwertige Bemessung der Gebühr eintritt, während die besonderen örtlichen Verhältnisse und Schwierigkeiten nur noch durch die höhere Gesamtbausumme ihren Einfluß auf die Gebühr ausüben. Wenn auch wahrscheinlich bei außergewöhn-

lichen Verhältnissen von den Architekten auch bisher schon in ähnlicher Weise gerechnet sein wird, so konnte man doch den früheren Wortlaut der G.-O. gegen eine solche Berechnung ins Feld führen. Im übrigen wird in ähnlicher Weise wie früher zwischen Rohbau- und Ausbau-Arbeiten unterschieden. —
(Schluß folgt.)

Vermischtes.

Bautechnische Vorträge und Uebungen des „Vereins deutscher Ingenieure“. Im November und Dezember 1919 finden seitens des Vereins u. a. die folgenden Vorträge statt:

Folge C (2. Teil). Das Eisen im Hoch- und Ingenieurbau, Lichtbilder-Vorträge des deutschen Eisenbau-Verbandes: Neuzeitliche Ingenieurbauten in Eisen; bemerkenswerte Aufstellungs- und Auswechslungs-Arbeiten; Vor- und Nachteile der Eisenbauweise; schönheitliche Ausgestaltung von Eisenbauten; die deutsche Eisenbau-Industrie auf dem Weltmarkt vor Ausbruch des Krieges; Kriegsleistungen der deutschen Eisenbau-Industrie. (Begonnen 4. Nov., abends 8 Uhr; Teilnehmerkarte 12 M.).

Folge E, 1: Das Siedelungswesen und die neuzeitlichen kohlesparenden Bauweisen (Reichsverb. zur Förderung spars. Bauw.):

6. Nov.: Einführung. Die volkswirtschaftl. Grundlagen.

10. Nov.: Das Kleinhaus auf wirtschaftlicher Grundlage. Der Wärmeschutz, das wichtigste Moment im Kleinhausbau. Neuzeitliche Isolierstoffe. Vergleich der Hauptbaustoffe in wärmewirtschaftlicher Hinsicht.

2. Dez.: Die Heizungsfrage für das Kleinhaus; der Herd, die lokale Heizung, die Zentralheizung.

5. Dez.: Der Ziegelstein in der heutigen Zeit; die Anpassung der Ziegelindustrie an die heutige wirtschaftliche Lage. Der Backstein und die sparsame Bauweise; Amerika als Vorläufer.

12. Dez.: Der Schwemmstein und die leichten Bimsbeton-Bauweisen.

15. Dez.: Der Beton für den Kleinhausbau unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Zuschlagstoffe, wie Schlacke und Schlackensand. Die Hochofen-Zemente, ihre Herstellung, Verwendung und besonderen Eigenschaften. Die Betonplatten- und die Betonhohlstein-Verfahren, Ambi-Bauweise, Becher-Bauweise.

16. Dez.: Lean- und Borchers-Bauweise. Die übrigen Plattenbauweisen und der Termosbau. Das Gußbau-Verfahren.

18. Dez.: Das Holz im heutigen Sparbau. Wirtschaftlicher Vergleich aller Sparbauweisen.

19. Dez.: Der Heimatschutz und sein Verhältnis zu den neuzeitlichen Bauweisen. Schlußwort.

Es werden sprechen die Hrn.: Dr.-Ing. Borchers (Dortmund), Reg.-Bmstr. Geißler, Geheimer Reg.-Rat Dr. Glass (Reichsarbeits-Min.), Dr.-Ing. Hencky (München), Ingenieur Hiescher, Reg.-Bmstr. Langen, Reg.-Bmstr. Hiller, Baurat W. Hoffmann, Dipl.-Ing. Krakau, Dr.-Ing. Lindner, Prof. Nußbaum (Hannover), Geh. Ob.-Brt. Saran, Dipl.-Ing. von Schwarze (Osnabrück), Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Seesselberg u. a.

Die Vorträge finden abends von 8—10 Uhr statt. Teilnehmerkarte 25 M., für einen Vortragsabend allein 5 M.

Folge E, 2: Die Naturbauweisen. Die Bedeutung der Naturbauweisen und ihre Wirtschaftlichkeit. Die neuzeitlichen Vervollkommnungen an den Naturbauweisen. Das Selbstbauen der Siedler. Besondere Naturbau-Verfahren. Die Ergebnisse bisheriger Lehrkurse. Die Stellung der Hypothekenbanken und Feuerversicherungs-Gesellschaften zu den Naturbauweisen. Neuere Versuche der Lehmhärtung und der Anbringung des Putzes.

Es werden hierüber sprechen die Hrn.: Arch. Anker, Arch. Brodersen, Bauinsp. Engelhardt, Stadtbrt. Fauth, Reg.-Bmstr. Fisch und Dr. Plönnis.

Die Vorträge finden in unmittelbarer Aufeinanderfolge vom 12.—14. Nov. von 6—10 Uhr statt. Teilnehmerkarte 15 Mark.

E, 3: Wirtschaftlicher Baubetrieb (Forschungsges. f. wirtschaftl. Baubetrieb). Grundsätzliches zur Frage der wirtschaftlichen Betriebsführung (Arch. Paulsen). Welche neuen Anforderungen sind an die Baugeräte, einschl. Gerüste, im Hochbau zu stellen? (Ing. Becher). Bedeutung der sich wiederholenden Abmessungen im Hochbau (Arch. Westedt). Aufgaben der Berufs-Psychologie im Bauwesen (Priv.-Doz. Dr. Moede). Typen- und Normenbildung im Bauwesen (Dipl.-Ing. Leyser). Die Entlohnung nach unseren Lohnsystemen im Hochbau (Ing. Becher).

Die Vorträge finden in unmittelbarer Aufeinanderfolge am 17., 18. und 20. Nov. von 6—10 Uhr statt. Teilnehmerkarte 15 M.

Sämtliche Vorträge finden im Ingenieurhaus, Sommerstraße 4 a in Berlin statt. —

Techniker als Bürgermeister.

Das Amt des Ersten Bürgermeisters der Stadt Kiel ist neu zu besetzen. Gehalt 30 000 M., keine Teuerungszulagen. Bewerber mit „geeigneter Vorbildung und Erfahrung“, Bewerber mit technischer Vorbildung also nicht ausgeschlossen, werden ersucht, Bewerbungen bis mit 15. Nov. 1919 an den Stadtverordneten-Vorsteher Spiegel in Kiel, Rathaus einzureichen. Wir empfehlen die Bewerbung von in der Verwaltung bewährten Technikern unter allen Umständen, auch wenn ein unmittelbarer Erfolg sich nicht ergeben sollte. Schon die zunehmende Erkenntnis der Gleichberechtigung von Technikern und Juristen wäre ein Erfolg. —

Tote.

Franz Wichards †. Am 30. Sept. 1919 starb in Berlin im 65. Lebensjahr der Architekt Reg.-Bmstr. a. D. Franz Wichards, einst mit dem schon vor Jahren gestorbenen Architekten Herm. Solf zu der Firma Solf & Wichards verbunden. Nach der langjährigen Erkrankung Solfs und nach dessen Tod zog sich auch Wichards von den Geschäften zurück und ist in den letzten Jahren kaum mehr öffentlich hervor getreten. Die hervorragende künstlerische Stellung, die einst Solf & Wichards in der neueren Baukunst Preußens einnahmen und die um die Wende des Jahrhunderts ihren Gipfelpunkt erreichte, ist bekannt. Das größte, nicht zugleich auch künstlerisch bedeutendste Werk, das aus der Zusammenarbeit der beiden Künstler hervorging, ist der Neubau des Patentamtes an der Gitschiner-Straße in Berlin. Ihren künstlerischen Höhepunkt erreichten die Arbeiten der Verstorbenen jedoch in den städtischen und ländlichen Einfamilienhäusern und Gutshäusern, die zahlreich im Grunewald, in Lichterfelde, in der weiteren Umgebung Berlins und in der Mark entstanden sind. Sie vereinigen in schönster Weise gemütvolle Wohnlichkeit mit feinstem, an der italienischen und der deutschen Renaissance gebildeten Kunstsinn. —

Wettbewerbe.

Wettbewerb für die Schiffbarmachung der Oberrhein-strecke Konstanz-Basel. Die schweizerische und badische Regierung sind überein gekommen, den Zeitpunkt für die Beendigung des Wettbewerbes zur Schiffbarmachung des Oberrheines endgültig auf den 1. März 1920 festzusetzen. Diese Mitteilung ist jedoch eine lediglich private. Nur eine amtliche Mitteilung wäre für die Teilnehmer am Wettbewerb von Bedeutung. —

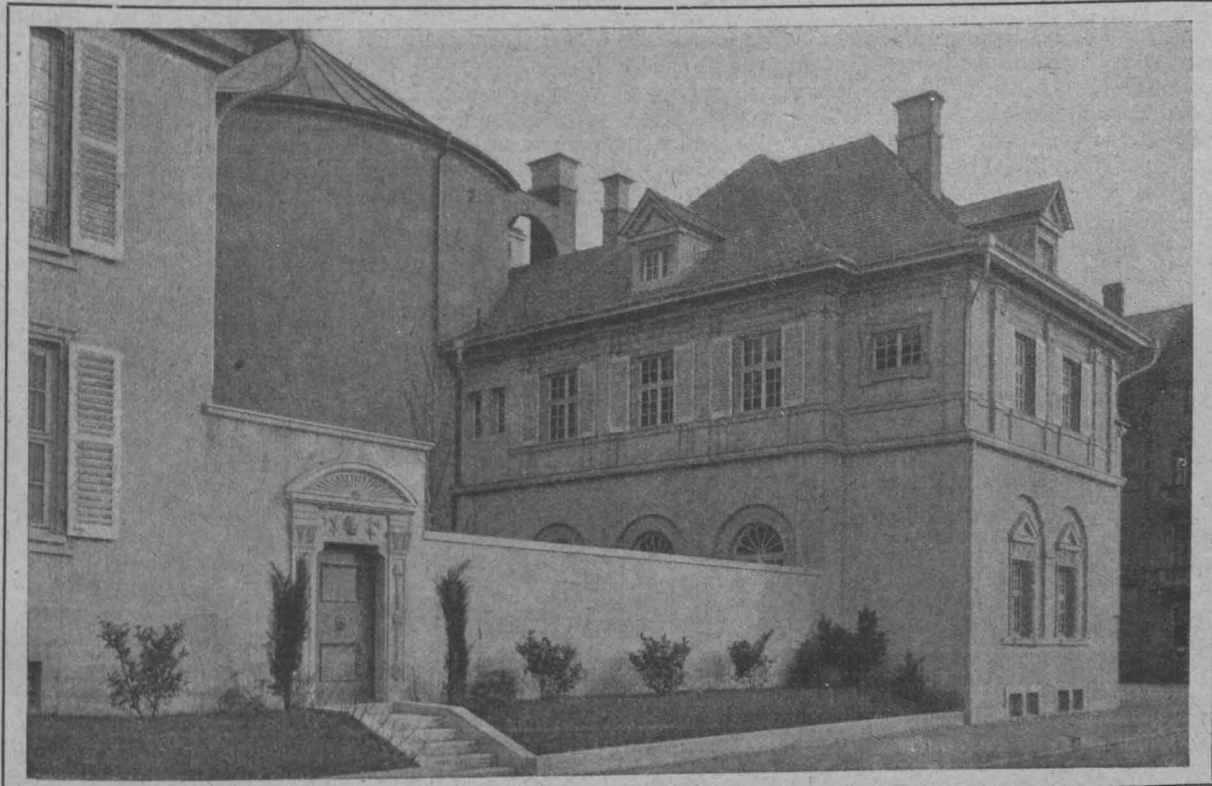
Im Wettbewerb der Silberwarenfabrik P. Bruckmann & Söhne in Heilbronn zur Erlangung von Entwürfen zu Schmuck liefen 1251 Arbeiten ein. Der I. Preis wurde nicht verteilt. 10 gleiche Preise von je 400 M. fielen an Georg Behnke in Berlin-Wilmersdorf, Karl Beyerlen in München, Prof. Otto Hamel in Hannover, Eduard Hopf in Hanau, Rob. Hüttel in Nürnberg, Anton Jaumann in Berlin, Karl Wahl in Heilbronn, C. A. Weber in Iserlohn, Paul Wolf in Ludwigsburg und Herbert Zeitner in Hanau. 5 Arbeiten wurden zu je 100 M. angekauft, weitere 5 zu je 50 M. —

In einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Kriegerdenkmal in Asendorf, beschränkt auf Bewerber der Provinz Hannover, waren 54 Arbeiten eingegangen. Als Summe für die Errichtung des Denkmals waren 25 000 Mark angenommen. Das Preisgericht, bestehend u. a. aus den Hrn. Arch. Schädler, Landesbaurat Scheele und Prov.-Konservator Prof. Siebern in Hannover, verlieh den I. Preis von 1000 M. und den III. Preis von 300 M. den Hrn. Arch. H. Behrens in Lehrte mit Bildhauer G. Hildebrandt in Burgdorf; der II. Preis von 500 M. fiel an Arch. Küsthardt in Hildesheim. Für 200 M. wurde der Entwurf des Arch. Sasse in Linden angekauft. —

Im Wettbewerb zur Erlangung einer Exlibris-Radierung gewannen 3 Preise von je 2000 M. die Hrn. Hans Freese in Südinge, Heinrich Seufferheld in Tübingen und Karl Michel in Berlin. —

Inhalt: Neufassung der Gebühren-Ordnung der Architekten und Ingenieure. (Fortsetzung aus No. 84.) — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. — Abbildungen: Die neue Luther-Kirche in Freiburg im Breisgau. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



Hof-Ansicht des Gemeindehauses.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. N^o 91. BERLIN, DEN 12. NOVEMBER 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Die neue Luther-Kirche in Freiburg im Breisgau.

Architekt: Hans Christen in Freiburg i. Br. (Fortsetzung aus No. 89.) Hierzu die Abbildungen in No. 90.



ür die Anlage der Baugruppe waren neben den Bestimmungen des Bauprogrammes die örtlichen Verhältnisse bestimmend. Das von der Stadt Freiburg erworbene Gelände hat Dreiecksform, wird von drei Straßen umschlossen, liegt nach der Stadtseite zu an einem geräumigen Platz, von dem mehrere Straßen ausgehen und hat

An das Pfarrhaus nach Süden angebaut, im Uebrigen aber vollständig von ihm getrennt und mit eigenem Eingang von einer gewölbten offenen Halle aus bedacht ist

außerdem eine größere Tiefenlage als die übrigen Teile der Stadt. Dem entsprechend wurde, wie der Grundriß der Gesamtanlage S. 526 zeigt, auf dem nach dem freien Platz spitz zulaufenden Teil des Geländes die Kirche angeordnet, mit der Schau- und Haupteingangsseite nach Platz und Stadt gewendet. An der Basis des rechtwinkligen Dreiecks wurden die Hausgruppen angeordnet, und zwar nach Osten und nach Norden die Schwestern-Wohnung und das Pfarrhaus, nach Nordwesten das Gemeindehaus. Es schließt sich an die Chorseite der Kirche an und enthält im Erdgeschoß den Konfirmandensaal, darüber Wohnräume für den Vikar und den Kirchen-diener. Eingänge zum Gemeindehaus, sowie ein Nebeneingang zur Kirche liegen an einer vierteiligen Bogenhalle. Der Zugang zu den oberen Geschossen des Gemeindehauses erfolgt durch ein nördlich angebautes Treppenhaus. Gemeindehaus und Pfarrhaus umschließen mit dem Chor der Kirche einen kleinen Garten. Das Pfarrhaus hat seinen Hauptzugang von Osten, unter einem bedeckten und gewölbten Vorbau mit Terrasse. Es ist gleich dem Gemeindehaus zweigeschossig mit teilweise ausgebautem Dachgeschoß. Die Räume gruppieren sich um eine Diele mit Stocktreppe. Durch ihre Gestaltung besonders ausgezeichnet sind die südlich gelegenen Räume, die als Amtszimmer Verwendung finden.



Innerer Nebeneingang.

das Schwestern-Wohnhaus. Es steht mit seiner Architektur in Uebereinstimmung mit der Kirche und stößt in westlicher Richtung auf den Kirchenturm, der den Mittelpunkt der gesamten Anlage bildet und deren nördlichen Teil schließt.

Die Kirche selbst wurde als Zentralanlage mit der Hauptachse Nord-Süd ausgebildet. Altar, Kanzel und Orgel wurden hinter einander im Angesicht des Kirchenbesuchers angeordnet. Die Orgel wird von einer geräu-

streckte Vorhalle mit Tonnengewölbe, die außer den Eingängen noch durch zwei Fenster erleuchtet wird. Von hier aus gelangt der Teilnehmer unter einer Empore hinweg in das Schiff. Die Empore für die Kirchenbesucher wurde nur gegenüber dem Altar angeordnet. Der Zugang zur Empore, die sich tief über die Vorhalle erstreckt, erfolgt durch zwei seitliche Treppen mit unmittelbarem Zugang von außen. Diese Treppenhäuser sind nur bis zur halben Höhe des Aeußeren des Schiffes



Ansicht des Pfarrhauses.

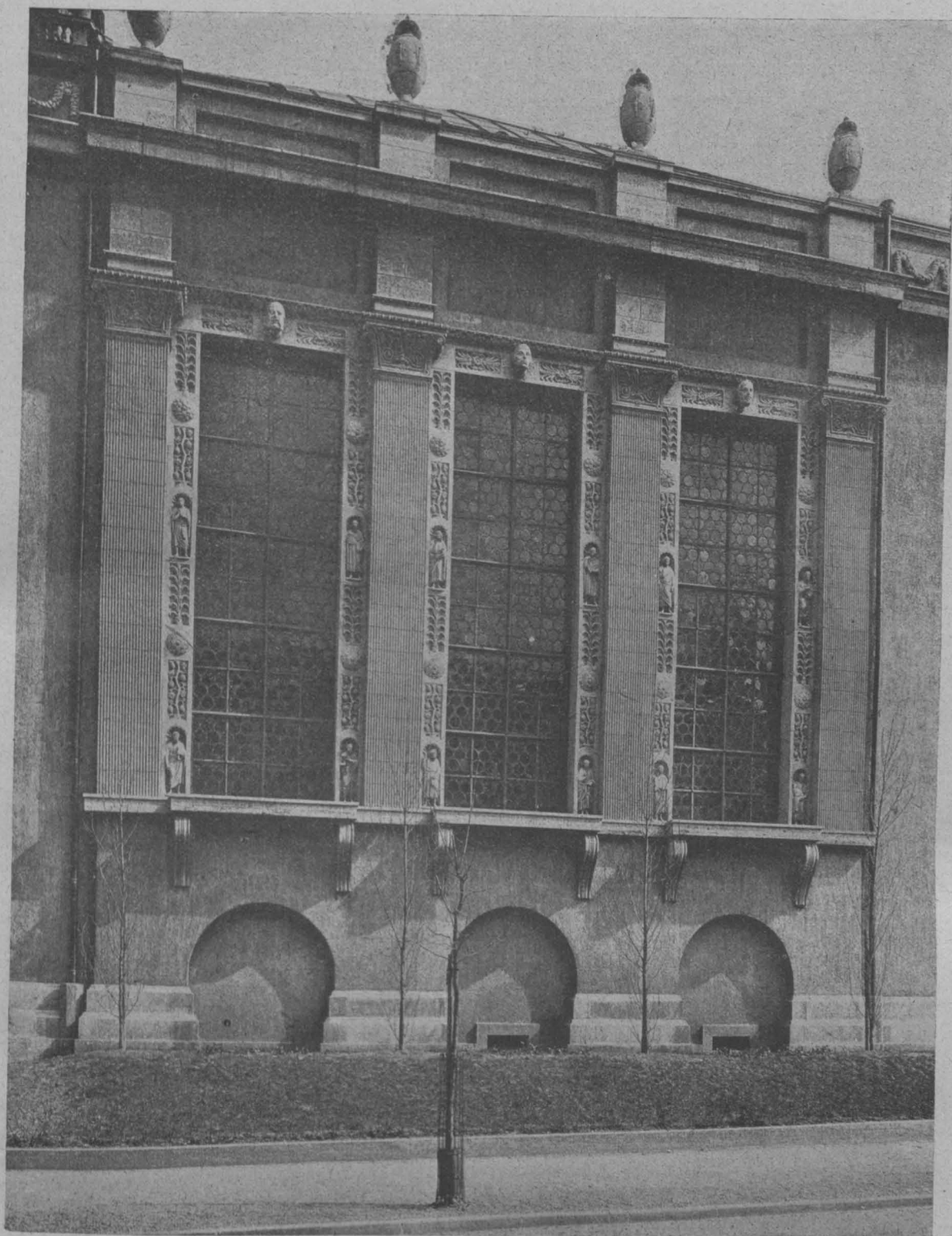
migen Orgel-Empore umgeben, die das Halbrund des Chores füllt. Unter dieser Empore befinden sich die Sakristei mit Zugang zur Kanzel, sowie andere Nebenräume für die Kirche. Das eigentliche Kirchenschiff ist breiter wie tief, um alle Besucher möglichst nahe an den Ort der heiligen Handlung zu bringen. Zur Aufstellung des Altares ist eine Art Chornische gebildet. Zu beiden Seiten derselben ist der Innenraum durch Nebeneingänge zugänglich. Der Teilnehmer am Gottesdienst betritt die Kirche durch drei Eingänge und eine lang ge-

empor geführt. Das Querhaus mit ausgerundeten Ecken entwickelt sich zu großen Abmessungen: Es ist 26 m breit, 19 m tief und 17 m hoch; der Chor ist 12 m breit und 10 m tief; die gegenüber liegende Empore ist 19 m breit und 10 m tief. Die Empore hat den Zweck eines Ausgleiches bei starkem Besuch der Kirche an hohen Festtagen. Unter gewöhnlichen Verhältnissen faßt das Schiff 800 Besucher. Seine Fassungskraft reicht im Allgemeinen aus für die einfachen Sonntage des Jahres. Eine Benutzung der Empore braucht dann nicht statt-

zufinden; nach ihrer Anlage fällt sie als unbenutzter Raumteil nicht auf. An hohen Festtagen oder bei anderen außergewöhnlichen Anlässen sind ihre 400 Plätze aber eine willkommene Ergänzung zum Schiff. In der hier gegebenen Form der Zentralanlage ist der Grundriß des Gotteshauses von außerordentlicher Einfachheit.

Eine über die Kirche erschienene Schrift enthält

Aufgängen von beiden Seiten gehalten, ist dem Altar so nahe, daß der Prediger auch auf der Kanzel sich von der Gemeinde nicht entfernt, sondern unter ihr bleibt. Die Kanzel ist zugleich so niedrig angeordnet worden, daß der Prediger, aus einer ähnlichen Empfindung, nicht von oben herab zu seinen Zuhörern redet, sondern mit ihnen und als Teil von ihnen Zwiesprache halten kann.



Ansicht der Südseite der Kirche.

einige auch hier zu erwähnende Angaben von grundsätzlicher Bedeutung. Die Aufstellung von Altar, Kanzel und Orgel in einer Flucht im Angesicht des Kirchenbesuchers entspricht denjenigen Anschauungen des protestantischen Kultus, die alle Kulthandlungen vereinigen und unter einander in Beziehung halten wollen. Der Altar bleibt der vornehmste Ort der Kulthandlungen. Die Kanzel, in altchristlicher Form der Ambonen mit

Hinter der Kanzel ist kein diese und den Prediger erdrückender Aufbau aufgeführt, sondern sie erhebt sich lediglich in einer geschwungenen Abschlußwand. Die Orgel ist nicht als selbständiger Teil der Raumausstattung aufgefaßt, der den Eintretenden zunächst nicht an einen Kirchenraum, sondern an einen Musikraum erinnert, sondern sie tritt ganz zurück und beobachtet die gleiche Haltung wie die niedrig gehaltene Orgelbühne,

bei der durch eine einfache Maßnahme, durch Verdeckung des Spieltisches der Orgel durch einen Aufsatz auf der Emporenbrüstung mit den Liedertafeln, verhindert wird, daß die auf der Orgelbühne Beschäftigten vom Schiff aus gesehen werden und unter Umständen durch Bewegungen die Ruhe der Andacht stören. Allerdings werden hierdurch die auf der Orgel-Empore weilenden

Mitglieder der Gemeinde von dieser gewissermaßen abgetrennt, was den Anschauungen des Protestantismus über die Bildung der Gemeinden und ihre herrschende Stellung im evangelischen Kultus widerspricht. Denn nach dieser Anschauung ist die Gemeinde eine Einheitlichkeit und selbst der Prediger ist nur ein Glied der Gemeinde, inmitten deren er weilt. — (Schluß folgt.)

Vermischtes.

Eine internationale Kunstausstellung in Venedig soll als 12. Ausstellung in der Lagunenstadt am 15. April 1920 eröffnet werden. Die Anmeldungen an den Generalsekretär Vittorio Pica haben bis zum 1. Jan. 1920, die Einsendung der Kunstwerke hat bis zum 10. März 1920 zu erfolgen. Da das Programm keine Einschränkung für Teilnehmer aus dem feindlichen Ausland enthält und da Italien schon jetzt das Land ist, mit dem ein gegenseitiger Handels- und Kulturverkehr auf beiden Seiten lebhaft gewünscht und betrieben wird, so dürfte sich, wenn die politischen Verhältnisse in den beiden Ländern es irgendwie erlauben, eine Teilnahme Deutschlands umso mehr empfehlen, als die Kunst noch stets das hervorragendste vermittelnde Element in den Beziehungen der Völker gewesen ist und wir mehr als eine Ursache haben, mit Italien bald wieder in freien Verkehr zu treten. Auch eine Beteiligung der deutschen Baukunst an der Kunstausstellung sollte betrieben werden, da ihre Bedeutung im Dreiklang der Künste mehr und mehr wächst, Venedig hat während des Krieges durch Fliegerangriffe erheblicher gelitten, als allgemein bekannt geworden ist. Es ist anzunehmen, daß bis zum Frühjahr ein großer Teil der Schäden wieder ausgebessert und die Stadt von ihrem Kriegszustand beseitigt sein wird, sodaß sie wieder die Anadyomene der Adria von einst ist. —

Ein technischer Zweckverband in Auslands- und Auswandererfragen ist von einer Reihe großer technischer Verbände gebildet worden, der in Zusammenarbeit mit Vertretern des Handels und der Industrie und Landwirtschaft, sowie im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt die bei den unglücklichen wirtschaftlichen Verhältnissen mit Sicherheit zu erwartende starke Abwanderung deutscher Techniker ins Ausland in gesunde Bahnen lenken, den Auswanderer selbst beraten und ihn draußen dem Deutschtum und als einen wichtigen Werbefaktor für die heimische Wirtschaft erhalten will. Es soll zunächst eine technische Nachrichtenzentrale geschaffen werden, die über die auch draußen durch den Krieg veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse Auskunft geben, den Bedarf an Arbeitskräften, die Arbeitsbedingungen, die Rechtsverhältnisse klar stellen will. Erfahrene Fachleute sollen zu diesem Zweck ins Ausland gesandt werden, um die Fäden wieder anzuknüpfen und die tatsächlichen Verhältnisse festzustellen und unsere amtlichen Vertretungen im Ausland nach dieser Richtung zu beraten und zu unterstützen. Der neu gegründete „Technische Zweckverband in Auslands- und Auswandererfragen“, mit dem Sitz in Charlottenburg, Fasanen-Str. 13, wendet sich mit einem Aufruf an alle technischen Verbände, Vereine und Einzel fachleute mit der Bitte um Unterstützung und Mitarbeit. Den Vorstand des Zweckverbandes bilden z. Zt. Stadtbau- meister Jentsch und Dr. v. Loesch. —

Erleichterungen in der Baustoff-Verteilung. Eine Neuregelung der Baustoff-Beschaffung ist jetzt vorgenommen worden. Zur Beschleunigung des Verfahrens wird künftig durch die unteren Verwaltungsbehörden (Land- und Stadtkreise, Bezirke, Gemeinden usw.) bereits eine Vorprüfung aller, auch der nicht mit öffentlichen Zuschüssen beteiligten Bauanträge bezüglich der Notwendigkeit vorgenommen. Diese Prüfung soll sich, soweit möglich, auch auf die Menge und Auswahl der gewählten Baustoffe erstrecken. Für die Bautenvorprüfung kommen Gebühren in Anwendung, die zur Deckung der erwachsenen Selbstkosten erhoben werden.

Die Bauanträge, deren dringende Notwendigkeit anerkannt ist, werden an die zuständigen Baustoff-Beschaffungsstellen weiter geleitet, zugleich mit einer Liste sämtlicher befürworteten Bauten in der Reihenfolge der ihnen beizulegenden Dringlichkeit. Dabei wird die Zahl der weiter zu leitenden Bauvorhaben so beschränkt, daß nach Möglichkeit eine tatsächliche Versorgung mit Baustoffen erfolgen kann. Nach abermaliger Nachprüfung der Baustoff-Beschaffungsstellen gehen dann die Baustoff-Bedarfsnachweisungen der genannten Bauten an die unteren Verwaltungsstellen mit Bewilligungs-Vermerk zurück. 10 % der Gesamtmenge an Baustoffen — Ziegel, Zement, Kalk — werden für notwendige Ausbesserungsarbeiten den unteren Verwaltungsbehörden zu selbständiger Verfügung überwiesen. —

Anlage von Kleingärten. Vom preuß. „Ministerium für Volkswohlfahrt“ geht uns die folgende Mitteilung zu:

„Unter Hinweis auf die Kleingarten- und Kleinpachtland-Ordnung vom 31. Juli 1919 hat der Minister für Volkswohlfahrt gemäß Beschluß der Preussischen Landesversammlung die Bezirkswohnungs-Kommissare angewiesen, auf die Gemeinden einzuwirken, daß sie möglichst viel Land in der Umgebung von Industrieorten und vor allem von Städten zu billigen Preisen unmittelbar an die nicht Land besitzende Bevölkerung oder an gemeinnützige genossenschaftliche Organisationen zur Anlage von Kleingärten abgeben. —

Wettbewerbe.

Zum Wettbewerb betr. die Gestaltung des Platzes vor dem Potsdamer Hauptbahnhof in Berlin erhalten wir zur Weitergabe an das Preisgericht die Anregung, die Preissummen von 3000, 2000 und 1000 M., sowie die Ankaufspreise von je 300 M. zeitgemäß zu erhöhen. Die Bedingungen und die Höhe der Preise seien bereits im Jahr 1914, noch in der Friedenszeit, festgestellt worden, könnten aber bei der heutigen Entwertung des Geldes nicht mehr den Werten entsprechen, die damals in Aussicht genommen waren. Die Anregung ist berechtigt, wir unterstützen sie. Ihre Befolgung durch die ausschreibende Stelle würde dieser den Dank der Architektenschaft Groß-Berlins auslösen. —

Mißbräuche bei Wettbewerben. Anfang September dieses Jahres schrieb die Hotel-A.-G. Bad Elster unter den im Freistaat Sachsen lebenden oder dort geborenen Architekten einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Vergrößerung des Palast-Hotels Wettiner Hof aus. Bei 3 Preisen von 4000, 3000 und 2000 M., sowie 2 Ankäufen für je 500 M. sollten die Entwürfe bis zum 15. Nov. 1919 abgeliefert werden. Unter den Preisrichtern befanden sich die Hrn. Geh. Bt. Bähr in Dresden, Bt. Dybwad in Leipzig, Stadtbtr. Götze in Plauen und Bmstr. Paul Seifert in Oelsnitz. 3 Wochen vor dem Ablieferungstermin erhielten die Teilnehmer eine weitere Zusendung von abgeänderten Unterlagen, nach welchen der Termin auf 15. Dez. 1919 und statt 2 Ankäufen 3500 M. für mindestens 5 Ankäufe nach dem Ermessen des Preisgerichtes zur Verfügung gestellt wurden. Das Preisgericht wurde vermehrt um die Hrn. Geh. Hofrat Prof. Dr. h. c. Martin Dülfer und Ob.-Bt. Grube, beide in Dresden. Zugleich wurden sowohl die Anforderungen an die Arbeitsleistung vermehrt, wie auch das Bauprogramm wesentlich verändert wurde. Es dürfte zutreffend sein, daß, wie uns ein Teilnehmer am Wettbewerb schreibt, die meisten Bewerber bereits mit ihrem ursprünglichen Entwurf fertig sind, der nach den neuen Programm-Bestimmungen unbrauchbar geworden ist und nun von neuem bearbeitet werden muß. Es wird vermutet, daß der Einsendungstermin verschoben wurde, um den Dresdener Architekten, für die am 15. Nov. 1919 verschiedene städtische Wettbewerbe ablaufen, die Teilnahme an diesem Wettbewerb zu ermöglichen. Dagegen würde sich auch kaum Wesentliches einwenden lassen, wenn die Bekanntmachung über den veränderten Einsendungstermin früher erfolgt und damit keine Programmänderungen verbunden gewesen wären. So aber fühlen sich die Teilnehmer, die nicht an den Dresdener Wettbewerben beteiligt und seit längerer Zeit schon in die Bearbeitung des Wettbewerbes für Bad Elster eingetreten waren, mit Recht benachteiligt und es wird gefragt: Waren die Preisrichter mit der Verlegung des Termines und der Abänderung des Programmes einverstanden? Zutreffend bemerkt ein Einsender, es liege im Interesse der gesamten Architektenschaft, daß solche Mißgriffe in Zukunft unterbleiben. Es wird gefordert, daß die Preisrichter dafür eintreten, daß das erste Programm volle Gültigkeit behält; jedenfalls wird von ihnen eine Kundgebung zu der Angelegenheit, welche die Teilnehmer beruhigt, erwartet. —

Inhalt: Die neue Luther-Kirche in Freiburg im Breisgau. (Fortsetzung aus No. 89.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



Amtszimmer im Pfarrhaus.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. N^o92. BERLIN, DEN 15. NOVEMBER 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Die neue Luther-Kirche in Freiburg im Breisgau.

Architekt: Hans Christen in Freiburg i. Br. (Schluß.)



Der Aufbau der Baugruppe gliedert sich nach der inneren Bedeutung ihrer einzelnen Teile, auf deren charakteristischen Ausdruck überall Wert gelegt ist. Da das Gelände gegenüber der Höhenlage der übrigen Stadtteile tiefer, also ungünstiger liegt, so wurde die Baugruppe zunächst auf eine erhöhte Terrasse gestellt, zu der eine Anzahl Stufen führen und die zu ansprechenden Bildungen mit Gartenanlagen benutzt wurde. Aus den gleichen

Gründen wurde der in den Mittelpunkt der Anlage zwischen Chor und Schwesternhaus gestellte Turm mehr in die Höhe getrieben, als es für die Wirkung in der Baugruppe an sich nötig gewesen wäre. Der Turm durfte nicht im Stadtbild hinter dem dasselbe beherrschenden Münsterturm verschwinden und nicht hinter die ausgebauten Tortürme zurück treten. Mit seiner formalen Ausbildung behauptet er sich selbständig neben den das Stadtbild aus der Ferne zeichnenden Turmbauten.

Der beherrschende Bauteil der Baugruppe ist naturgemäß die Kirche. Sie erhält ihre charakteristische äußere Form durch den Umstand, daß sie eine flach gedeckte Saalkirche ist. Gegen die Stadt bezeichnen vier frei stehende korinthische Säulen auf hohem Stuhl und mit dreiteiligem Gebälk mit geschwungenem Giebel die Haupteingangsseite. Gegen die vorgezogene Säulenstellung mit den von ihr eingeschlossenen rundbogigen Eingängen, über welchen sich hohe, rechteckige Emporenfenster entwickeln, treten die Seitenteile in flächiger Behandlung zurück. Sie sind lediglich im untersten Geschoß durch Fenster mit schön geschmiedeten Gitterkörben, welche die Vorhalle beleuchten, durchbrochen. In die Ecke zwischen Langhaus und Querhaus sind beiderseits der Hauptfassade die nieder gehaltenen und bescheiden durchgebildeten Treppenhäuser zur Empore gelegt. Das Querhaus tritt gegen Osten und Westen mit drei großen, rechteckigen Fenstern in die Erscheinung, die zwischen einer korinthisierenden Pilasterstellung mit hohem, dreiteiligem, verkröpftem Gebälk, das eine



Eingangstür zur Kirche.

Attika mit Vasen trägt, ausgeschnitten sind. Die innere Umrahmung dieser sechs Fenster hat eine reiche ornamentale Behandlung erfahren, die aus Pflanzen- und figürlichen Elementen gebildet ist. Am Sturz treten die vollrunden Köpfe der Reformatoren hervor; auf der einen Seite Luther mit Brenz und Melanchthon, auf der anderen Zwingli, Calvin und Zasius. Auf die Umrah-

schensbildungen beleben den unteren, sehr einfachen Teil der Fassaden des Querhauses. Durchaus sachlich schlicht ist der Chor behandelt, der größtenteils eingebaut ist. Eine reichere Ausbildung als kirchliches Wahrzeichen erhielt der Turm. Ein quadratischer, in seinen unteren Teilengeschlossener Unterbau ist in seinem oberen Teil durch ein palladiofensterartiges Motiv schön durchbrochen.



Blick in den Chorraum mit Altar, Kanzel und Orgel nebst Orgelempore.

mung verteilt und in kleine Nischen gestellt sind die ornamental behandelten Standbilder der Verkündiger des Evangeliums, der zwölf Apostel, durch Reben- und Aehrenranken, das Brot des Lebens und das Blut Christi darstellend, füllungsartig behandelt und durch Rosetten getrennt, mit einander verbunden. Auf Konsolen stark vorspringende Fensterbänke und flache Ni-

Es sind die Schallöffnungen der Glockenstube. Sie wird durch ein ornamental behandeltes Krönungsgesims mit Balustrade abgeschlossen. Ueber ihr entwickelt sich ein durch korinthische Säulen gegliedertes Rundgeschoß mit Attika und Vasen, das in seinem unteren Teil Oeffnungen mit Verdachungen, in seinem oberen die Zifferblätter der Uhr trägt. Eine welsche Haube mit Hahn

krönt den sich schlank in die Lüfte erhebenden Turm. Neben diesem ist das Pfarrhaus noch architektonisch ausgezeichnet worden. Es erhebt sich zweigeschossig. In die Flächen sind die Fenster mit Läden rechteckig eingeschnitten. Die Vorderseite hat eine Gliederung durch Risalite und jonische Pilaster erhalten, die ihr ein maßvolles Relief geben. Ihr Haupt-

dachungen, im Obergeschoß gleichfalls rechteckige Fenster mit Läden zwischen einer Aufteilung durch jonische Pilaster mit verkröpftem Gebälk. Mit feinem Sinn ist Wert darauf gelegt, besondere Punkte der Baugruppe, z. B. kleine Portale in sonst ruhigen Flächen, durch reichere ornamentale Behandlung auszuzeichnen. Das ist der Fall beim Eingang zum Gartenhof des Pfarrhauses



Blick in das Innere gegen die Eingangsseite mit Empore.

schmuck aber ist der dem Eingang vorgelagerte, palladianisch behandelte und in reicher Weise ornamental geschmückte Vorbau mit oberer Terrasse. Unter ihm betritt der Besucher auf Stufen die Eingangshalle des Pfarrhauses. Ein Aufbau im Dachgeschoß zeigt die gleiche Gliederung wie das erste Obergeschoß. In verwandter Weise ist das Gemeindehaus ausgebildet. Im Untergeschoß in Blenden rechteckige Fenster mit Ver-

an der Rückseite, bei der Tür zum Emporen-Treppenhause usw. Es ist die durch altchristliche Motive bereicherte Formensprache der italienischen Frührenaissance, in welche die Baugruppe gekleidet ist. Die Ausbildung zeigt ein feines Formgefühl und in der Behandlung von Fläche und architektonischer Gliederung einen geläuterten Geschmack. Durch die Anwendung eines muschelnkalkartigen Edelputzes für Fläche, architekto-

nische Form und Ornament hat die Baugruppe eine erfreuliche Einheitlichkeit in der Gesamt-Erscheinung erhalten.

Das Innere wird von den praktischen Gesichtspunkten des Gottesdienstes beherrscht. Die Sitzreihen, deren Anordnung mit zwei Mittelreihen, sodaß vor dem Altar die geschlossenen Reihen der Kirchenbesucher sich niederlassen, der Grundriß zeigt, steigen nach rückwärts an, doch nur so hoch, daß die hintersten Reihen in Kopfhöhe des Predigers liegen und zu diesem, wie zur Kanzel und zur Orgelmusik noch in enge Wechselbeziehung treten. Die farbige Behandlung des Kirchenraumes ist zurückhaltend. Ein grauer, leicht violett gestimmter Grundton, durch die etwas gedämpften Glasfenster noch etwas mehr zurück gehalten, beherrscht das Ganze. Von ihm heben sich die helleren Flächen der Pilaster mit ihren aufsteigenden Ornamenten ab. Eindrucksvoll wirken die sparsamen braunen, roten, gelben und grünen Töne und das vereinzelt an Vasen, Kapitellen und am Deckenrand verwendete Gold. Im Gegensatz dazu stehen die tiefbraunen Holzflächen der Sitzreihen. Im Chorraum sammeln und steigern sich

Vermischtes.

Ein preußisches Bautenministerium. Ein Sterbelied hat Arch. Dr.-Ing. Behrendt unter Verneinung der Frage, ob wir ein preußisches Bautenministerium brauchen, der Hochbauverwaltung gesungen: ein bischen Kunst, unter den Fittichen des Kultusministeriums, ein bischen Technik unter dem Handelsministerium und bei jedem der anderen Ressorts ein paar Baubeamte als Handlanger für den Hausgebrauch. So sieht das empfohlene Programm aus. Keine Spur von dem Geist, der heute in den technischen Berufen lebt. Die Zeiten müssen endgültig vorüber sein, da der Techniker lediglich als sachverständiger Gutachter von den Verwaltungsbeamten der einzelnen Ressorts herangezogen und je nach Bedarf oder Willkür hier oder dort vor die Lösung einer Einzelaufgabe gestellt wurde. Heute haben die Vertreter der technischen Hochschulbildung gelernt, die großen Zusammenhänge der Gesamtwirtschaft zu erfassen, zu erkennen, was Not tut, selbst Ziele aufzustellen und Programme zu entwickeln. Diese Fähigkeit können sie mit Erfolg nur im organischen Aufbau einer einheitlich geschlossenen Verwaltung betätigen und dem Gemeinwohl nutzbar machen. Der gesamte Staatsbesitz an Gebäuden und Baugrundstücken stellt eine große werbende Anlage dar, gleichviel, ob der Ertrag nun in tatsächlich von Seiten Privater gezahlten Mieten, in einem Teil der an die staatlichen Unterrichtsanstalten gezahlten Schul- und Kolleggelder oder in der mietfreien Unterbringung von Behörden und Beamten zum Ausdruck kommt. Von einer auch nur einigermaßen wirtschaftlichen Verwaltung dieser werbenden Anlage konnte auch nicht entfernt die Rede sein, solange die einzelnen Ressorts wie bisher ihre Grundstücke und Gebäude auf ihrem besonderen Etat stehen hatten, allein und ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit verwalteten. Diesen Luxus der Eigenbrödelei können wir uns heute nicht mehr leisten. Eine streng wirtschaftliche Beurteilung und Durcharbeitung der Materie kann nur von einer fachmännisch geleiteten Bauverwaltung mit einheitlicher Spitze geleistet werden. Ist doch heute die Reichsverwaltung aus den gleichen Erwägungen heraus zu ganz ähnlichen Ergebnissen gekommen, insofern, als sie für das Reichsvermögen an Grundstücken und Bauten eine einheitliche Verwaltung einrichtet!

In das Bautenministerium gehört aber auch das Arbeitsgebiet organisch hinein, das man neuerdings in den Wirren der Kriegszeit aus der Hochbau-Abteilung des preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten herausgerissen und jetzt als Abteilung II dem Wohlfahrts-Ministerium angegliedert hat: das Wohnungs- und Siedelungswesen, das Baupolizeiwesen und ferner auch die Denkmalpflege und der Heimatschutz. Denn auch hier bedeutet Zersplitterung Verschwendung, und die unnatürliche Trennung hat unzählige Fäden und Zusammenhänge zerrissen. Die große deutsche Kunst der Landessiedlung war im vorigen Jahrhundert zugrunde gegangen. Das völlig planlose Wuchern unserer ungesunden städtischen Bauerei hat unser Volk ruiniert. Erst die gediegene fachmännische Arbeit der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, was wir verloren hatten, und Ansätze für eine neue Siedelungskunst hervorgebracht. Diese Ansätze dürfen nicht verkümmern, ihrer Entwicklung und Förderung müssen in geschlossener Organisation alle Kräfte der Staatsbauverwaltung dienstbar gemacht werden. Das ist nicht nur eine Angelegenheit des Landes, sondern des ganzen Reiches. Es ist zu wünschen, daß in nicht zu ferner Zeit dem Reichsverkehrswesen das

die farbigen Töne und die glänzenden Lichter in dem reich bemalten hölzernen Altar, in der steinernen Kanzel, in der goldbraunen Fläche der Orgel und in der Schar der sie bekrönenden vergoldeten Engel. Hier verstärkt sich auch der plastische Schmuck im Sinne altchristlicher und früher Renaissance-Formengebung. Tiefsinnige Darstellungen und Motive sind dem Schmuckwerk der Altarnische und der Wände des Inneren, sowie dem Aeußeren eingeflochten. Ihr Gedanke geht auf den Pfarrer Otto Lang zurück, ihre Ausführung auf den Maler E c k e von der Firma Schmidt & Co. in München und den Bildhauer K i l l e r in Freiburg. „Aehre und Traube an den Türen der Kirche, wie Erntesegen heimgetragen, als unentbehrlich für das Leben und als heilige Wahrzeichen innigster Lebensgemeinschaft mit Christus; Glaube, Liebe, Hoffnung Umkreis und Inhalt des Christenlebens.“ So entstand, während draußen die Kanonen donnerten und die Völker sich feindlich blutig zerfleischten, hier ein stilles Werk christlicher Nächstenliebe mit einem tiefen Gehalt frommen Glaubens und göttlicher, von feinem Künstlersinn getragener nicht alltäglicher Kunstübung. —

Reichssiedelungswesen im weitesten Sinn des Wortes ebenbürtig zur Seite tritt. Bis dahin aber hat Preußen die Pflicht, an seinem Teil alle Kräfte zu einheitlicher schöpferischer Leistung zusammen zu fassen. —

Dr.-Ing. G e s s n e r, Regierungs-Baumeister in Potsdam.

Deutsche Ingenieure im Ausland. Veranlaßt durch die vielen an die Geschäftsstelle des „Ver eins deutscher Ingenieure“ herantretenden Anfragen über die Möglichkeit der Betätigung von deutschen Ingenieuren im Ausland hat die Geschäftsstelle eine Auskunftsstelle eingerichtet. Hier werden die einschlägige Literatur gesammelt und Adressen von Auslands-Vereinigungen, Wirtschaftsverbänden und von Herren, die auf Grund eigener Erfahrungen sich zu Auskünften über die Verhältnisse in den einzelnen Ländern bereit erklärt haben. Vermittlung von Stellen kann die Geschäftsstelle nicht übernehmen und Angaben über Gehälter, Lebensverhältnisse usw. in den betreffenden Ländern im Allgemeinen nicht machen.

Für die Mitglieder, die sich in der nächsten Zeit nach dem Ausland, insbesondere nach Uebersee begeben wollen, ohne den erforderlichen Rückhalt auf Grund früherer Beziehungen usw. zu haben, sei darauf hingewiesen, daß sowohl für die Reise wie auch für den Aufenthalt drüben heute sehr große Mittel erforderlich sind, wegen des tiefen Standes der deutschen Valuta und der auch drüben herrschenden Teuerung. So kostet z. B. eine Reise nach Buenos Aires oder Veracruz mit einem holländischen Dampfer in der ersten Kajüte rund 6000 M., in der zweiten rund 3500 M. Die Schiffsplätze sind zudem auf Monate voraus zu bestellen, da der Andrang außerordentlich ist.

So sehr daher vielleicht bei Manchem der Wunsch begreiflich sein wird, sich unter neuen Verhältnissen ein neues Betätigungsgebiet zu schaffen, wird man im Allgemeinen nur denjenigen Ingenieuren dazu raten können, die auf Grund fester Anstellungsverträge hinausgehen, oder die über reichliche Mittel verfügen, die es ihnen ermöglichen, geraume Zeit davon leben zu können, ohne auf andere Einkünfte angewiesen zu sein.

Eine weitere große Schwierigkeit besteht in der Handhabung der deutschen Verordnungen über Auswanderung und Steuerflucht. Die heute noch immer erforderliche Einreise-Erlaubnis der europäischen neutralen Staaten, von deren Häfen mangels deutscher Dampferlinien die Ausfahrt vor sich gehen muß, erschweren jede Absicht, sich ins überseeische Ausland zu begeben, außerordentlich. Für die Ausreise nach Mexico über Holland sind z. B. etwa acht bis zehn Genehmigungen einzuholen, die aber nicht immer erteilt werden.

Im Uebrigen haben sich die Verhältnisse im überseeischen Ausland seit der Zeit vor dem Krieg so erheblich geändert, daß es sich nicht empfiehlt, heute allein frühere Erfahrungen seinen Entschlüssen zugrunde zu legen, sondern man wird gut tun, erst neuere Urteile über die betreffenden Verhältnisse abzuwarten. —

Was hier für Ingenieure ausgeführt ist, gilt naturgemäß auch für Architekten. —

Inhalt: Die neue Luther-Kirche in Freiburg im Breisgau. (Schluß.) — Vermischtes. — Vereinsmitteilungen. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

Versammlungen und Berichte.



Thüringer Städtetag. Anlässlich der Tagung des „Thüringer Städtetages“ in Gera am 27. Sept. 1919 hielt Hr. Stadtbaurat Luthardt-Gera einen Vortrag über „Probleme der städtischen Siedelungsreform“.

Der Vortrag bewegte sich in folgenden Gedankengängen: Die herrschende Wohnungsnot verlangt gebieterisch die Lösung aller der Fragen, die mit der schon lange Jahre vor dem Krieg als notwendig erkannten Siedelungsreform zusammenhängen. Die Frage zunächst, ob die Förderung des Wohnungsbaues überhaupt zu den Aufgaben der Gemeinden gehöre, ist unter dem Druck der Wohnungsnot in letzter Zeit von fast allen Städten praktisch bejaht worden, meist sogar in der weitestgehenden Form dadurch, daß die Städte den Neubau von Wohnungen selbst in Angriff genommen haben. Diese außergewöhnlichen Maßnahmen werden, wenn die Jahre dringendster Not vorbei sind, wieder dem Normalzustand weichen müssen, der den Wohnungs-Neubau dem privaten Baugewerbe wieder überläßt. Um so mehr muß dann eine vom Gesichtspunkt des Gemeinwohles geleitete weitreichende Bodenpolitik die Vorbedingungen dazu schaffen, daß der Wohnungsbau vorwiegend Flachbau bleibt und nicht wieder in das überwundene Mietkasernenwesen zurück fällt. Ebenso setzen andere neuzeitliche Forderungen des Städtebauers und des Volkswirtes, wie Schaffung von Grünanlagen, Erholungsparks für Erwachsene, Sportplätze für die Jugend, Rasen- und Sandplätze für Kinder, Familien- und Schrebergärten für Miethausbewohner, weitreichende bodenpolitische Maßnahmen der Gemeinde voraus. Ziel dieser Maßnahmen ist die möglichste Vergrößerung des städtischen Grundbesitzes und seine Bereitstellung für die genannten Zwecke seitens der Gemeinde. Da es in vielen Fällen nicht möglich sein wird, den Widerstand eigensinniger Grundbesitzer anders als durch Enteignung zu brechen, so ist das Taxatorenwesen, das immer noch der wunde Punkt auch des neuen Enteignungsgesetzes ist, auf amtliche Grundlage zu stellen.

Besondere Beachtung verdienen neuerliche Bestrebungen, die Familien- und Schrebergärten, deren Ausgestaltung im Interesse der Volksgesundheit und Ernährung liegt, in die öffentlichen Grünanlagen, Parke, Plätze usw. einzu beziehen, um einerseits diese „Lungen“ der Stadt zu erweitern, anderseits sie auf eine wirtschaftlichere Grundlage zu stellen, d. h. möglichst werbende Anlagen daraus zu machen.

Der Begriff der Kleinhäuser ist mit der Höchstzahl von 2 Vollgeschossen und 4 Familien ziemlich eng gefaßt. Mit Rücksicht darauf, daß der Fortfall der Ueberteuerungs-Zuschüsse, der ja nur noch eine Frage der Zeit ist, dazu zwingt, höhere Mieterträge zu erwirtschaften, ist es Aufgabe der Zukunft — unbeschadet der besonderen Pflege des reinen Flachbaues — auch die 3-geschossigen Bauten, die Mittelhäuser, in die Siedelungs- und Wohnungsreform einzubeziehen. Die Forderung, möglichst schnell und billig zu bauen, führt zur Erörterung des Typenhauswesens, der Bauweisen mit ungebrannten Steinen, der verschiedenen Baracken- und Ersatzbauweisen, der Bauerleichterungen, der Straßenbreiten-Einschränkung und schließlich der Neuorganisation des eigentlichen Baubetriebes im Taylor- und Gilbrethsystem. Bei der Erörterung der besonders wichtigen finanztechnischen Seite des Wohnungsbauproblems der Gegenwart und Zukunft wurde auf den Vorschlag des Dr.-Ing. M. Wagner verwiesen, der die Mietsteuer als Mittel zur Beschaffung der Ueberteuerungsgelder empfiehlt. Besonders wurde die Notwendigkeit der Gewährung nachstelliger Hypotheken einschließlich der Amortisation seitens der Stadt betont. Diese Ausführungen gipfelten in dem Vorschlag, seitens der Stadt wohlorganisierte, möglichst Ueberschüsse abwerfende Grundstücksfonds, Baufonds, Hypothekenfonds, Familiengartenfonds einzurichten.

Schließlich wurde noch im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, in der Öffentlichkeit Verständnis für die Fragen der Wohnungs- und Siedlungsreform zu wecken, auf einen seitens des Stadtrates mit staatlicher Unterstützung vorbereiteten Zyklus von Vorträgen über Kleinwohnungs- und Siedlungswesen in Gera aufmerksam gemacht.

Einige Gedanken des Vortrages wurden nach der bautechnischen und baukünstlerischen Seite durch Lichtbilder zum Schluß anschaulich erläutert. U. A. waren die an einen neuzeitlich gestalteten Stadtorganismus zu stellenden Anforderungen in einem „Idealschema“ einer Stadtentwicklung schematisch zeichnerisch zur Darstellung gebracht. —

Hafenbautechnische Gesellschaft. Die erste Hauptversammlung am 29. Oktober 1919 im Festsaal der Handelskammer in Berlin wurde von Hrn. Geheimrat Prof. de Thierry-Berlin, mit einem Ueberblick über die Ziele und das bisherige Wirken der Gesellschaft eröffnet. Der Grund für die Entstehung der Gesellschaft war der Wille, durch zielbewußte Arbeit aller am Bau und Betrieb von Hafenanlagen beteiligten Kreise die höchste Vollkommenheit auf diesem Gebiet zu erreichen. Durch höchste Leistungsfähigkeit von Lösch- und Ladeeinrichtungen muß der Hafenaufenthalt eines Schiffes im Seehafen wie im Binnenhafen auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden. Während in der Industrie durch immer verbesserte Maschinen Bruchteile von Pfennigen gespart werden, wird im Transport und Umschlag noch immer Geld vergeudet. Durch gemeinsame Arbeit müssen hier Verbesserungen geschaffen werden, die infolge der Verschiedenartigkeit der Hafenbetriebe in fast allen Fällen ein Kompromiß zwischen einer Reihe von Forderungen darstellen. Bei den heute hinsichtlich des Geldaufwandes völlig veränderten Grundlagen des Wirtschaftslebens der ganzen Welt muß der Wert wohl durchdachter Hafenanlagen sich unbedingt Geltung verschaffen.

Professor Dr. Tiessen von der Berliner Handelshochschule führte alsdann in einem bemerkenswerten Vortrag über „Die Lage der See- und Binnenschifffahrt nach dem Friedensschluß“ aus:

Die Aufgaben der Hafenbautechnischen Gesellschaft setzen im Mittelpunkt unserer wirtschaftlichen Not ein: denn die schlimmste aller wirtschaftlichen Krankheits-Erscheinungen, die Verkehrsnot, ist aus der Seesperre hervorgegangen und kann nur durch die Wiederbelebung der Häfen zur Gesundheit gebracht werden. Das nachzuweisen war das Hauptziel des Vortrages. Die Fäden der Erforschung der Verkehrsnot, nicht nur auf den Binnenwasserstraßen, sondern auch auf den Eisenbahnen, laufen in den Häfen zusammen. Nach Ausbruch des Krieges wäre eine hochgespannte Leistung der Binnenwasserstraßen schon mit Rücksicht auf die unvermeidliche militärische Belastung der Eisenbahnen dringend erwünscht gewesen. Statt dessen ging im ersten Kriegsjahr der Eisenbahn-Güterverkehr nur um 27 %, der Binnenwasserverkehr aber

um rd. 60 % zurück. Der Vortragende leitete die Gründe dieses auffälligen Versagens der Wasserstraßen teils aus der Seesperre, teils aus dem fehlenden, oder ungenügenden Ausbau der Querverbindungen zwischen den norddeutschen Strömen (Mittellandkanal, Mosel) ab und zeigte, in welcher Art die einzelnen Häfen hauptsächlich der Nordsee und des Rheines an diesem Niedergang beteiligt waren. Dieser Mangel einer hinreichenden Unterstützung der Eisenbahnen durch die Wasserstraßen in den militärischen Leistungen wurde aber in katastrophalem Grad gesteigert durch die fast ganz unvorhergesehene und leider zu spät erkannte Umwälzung auch des inneren Eisenbahnverkehrs durch die Seesperre. Die mittlere Betriebsbelastung der Eisenbahnen, die durch die durchschnittlich von 1 Tonne des Güterverkehrs zurückgelegte Entfernung in Kilometern angegeben wird, war — trotz starker Abnahme der Transportmengen — schon 1916 um 39 % gestiegen, und zwar nur zum kleinen Teil durch die Leistungen für die Heeresversorgung und die Kriegsindustrie, vielmehr hauptsächlich durch die Wirkung der Seesperre. Diese unerwartete Tatsache wird durch den Nachweis sicher gestellt, daß die unentbehrlichsten Massengüter an der Mehrbelastung der Eisenbahn entsprechend dem Grad mitgewirkt haben, in dem sie im Frieden am Seeverkehr beteiligt waren, also am stärksten das Getreide (auch die mit allen Mitteln zum Ersatz herangeholten Kartoffeln), Erdöl, Eisenerz und andere Erze, pflanzliche Fette und Öle, Kleie, auch Steinkohle (Ausfall der englischen Kohle für die Seehäfen). Beim Getreide war die Betriebsbelastung der Eisenbahn schon 1916 auf mehr als das Doppelte des Friedensbetrages gestiegen — also Hungers- und Verkehrsnot aus derselben Quelle, der von England zielsicher durchgeführten Blockade der Häfen. Vortragender zeigte dann die von Jahr zu Jahr zunehmende Zersplitterung und Ueberbelastung des inneren Verkehrs an einigen seiner neuen verkehrsgeographischen Karten, die ein auch zahlenmäßiges Bild der Transportwege und Transportmengen für die einzelnen wichtigen Massengüter vermitteln, und zwar für Steinkohle, Eisenerz und andere Erze, Erdöl und Getreide. Dabei wurde die Beteiligung der wichtigsten See- und Binnenhäfen am Verkehr der Eisenbahnen und Wasserstraßen im Frieden und in den Kriegsjahren veranschaulicht. Ueberall traten die Wirkung der Lähmung des Seeverkehrs auf die Umwälzung und Zersetzung des Binnenverkehrs scharf hervor, am stärksten bei den Nahrungsmitteln. Das Ergebnis ist also, daß die Seesperre nicht nur der physischen Kraft des deutschen Volkes, sondern auch unserem Verkehrswesen trotz aller zu spät dagegen gerichteten Arbeiten und Organisationen das Rückgrat gebrochen hat.

Vortragender schloß mit dem Hinweis auf die hohe Aufgabe der „Hafenbautechnischen Gesellschaft“, an der Heilung der Verkehrsnot und damit der wirtschaftlichen Not des Vaterlandes durch das einzige Radikalmittel einer möglichst raschen und starken Hebung des See- und Wasserstraßenverkehrs mit allen Kräften und an hervorragender Stelle einzuwirken.

Im nachfolgenden geschäftlichen Teil der Verhandlungen wurde die im Entwurf vorliegende Satzung mit einigen die Beiträge betreffenden Änderungen angenommen. Als Sitz der Gesellschaft wurde Hamburg bestimmt, und es wurde beschlossen, die gerichtliche Eintragung herbeizuführen. Die Hrn. Geheimrat Professor de Thierry-Berlin, Oberbaurat Wendemuth-Hamburg, und Dir. Kauermann-Düsseldorf, welche den vorläufigen Vorstand gebildet hatten, wurden als Vorsitzende des Gesamtvorstandes gewählt; weiter wurde die Wahl von 12 Beisitzern aus den Kreisen des Hafenbaues und Hafenbetriebes, der See- und Binnenschifffahrt, des Schiffbaues, der Tiefbau-, Maschinenbau- und Elektrizitäts-Industrie vorgenommen. Die Gesellschaft beabsichtigt den Anschluß an den „Verband Technisch-wissenschaftlicher Vereine“ und wählte einen Ausschuß, der die Stellung der Häfen zu den Reichseisenbahnen behandeln wird. —

Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanales. Die Frage der Fortführung des Mittellandkanales war Gegenstand einer am 3. Okt. 1919 in Braunschweig stattgehabten Mitgliederversammlung. Vertreten waren alle Landesteile, die an der südlichen Linienführung interessiert sind. Auch die hauptsächlich beteiligten Verwaltungsbehörden hatten Vertreter entsandt. Der Vorsitzende, Geh. Reg.-Rat Dr. Stegemann, gab einen einleitenden Bericht über die Tätigkeit der Vereinigung. Die unter Hinzuziehung von Sachverständigen der verschiedensten Gebiete durchgeführten Untersuchungen hätten gegen Ende des verflossenen Jahres zum Abschluß gebracht und die Ergebnisse derselben in der Denkschrift „Die Vollendung des Mittellandkanals“

les in südlicher Linienführung“ der Öffentlichkeit übergeben werden können. Die Vereinigung habe sich ferner bemüht, die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Untersuchungen weiteren Kreisen in Form von Lichtbildervorträgen näher zu bringen. Die hohe Bedeutung, die der Vollendung des Mittellandkanales in der südlichen Linienführung beigelegt werde, trete aus den zahlreichen Erklärungen kommunaler Verbände, von Städten, Handelskammern usw. deutlich in die Erscheinung. Rückhaltlose zustimmende Erklärungen lägen vor von den Regierungen und der Bundesstaaten Sachsen, Braunschweig und Anhalt; von den Kreisausschüssen: Wolfenbüttel, Wernigerode, Halberstadt, Goslar, Ballenstedt, Oschersleben, Bernburg; von den Magistraten: Wolfenbüttel, Bad Harzburg, Wernigerode, Halberstadt, Goslar, Hornburg, Quedlinburg, Ballenstedt, Seesen, Leopoldshall, Staßfurt, Bernburg, Leipzig, Schmöln, Markranstädt; von den Korporationen: Handelskammern Goslar, Leipzig, Halle, Braunschweig, Dessau, Handwerkskammer Braunschweig, Gewerbekammer Leipzig und von einer großen Zahl von Verbänden und Vereinen.

Es seien ja nach wie vor auch Einwendungen gegen den Südlinienplan erhoben, die, soweit sie sachlich ausreichend begründet seien, auch volle Berücksichtigung finden, soweit sie aber auf unrichtigen Voraussetzungen beruhten, die entsprechende Richtigstellung erfahren würden. Aus den gelegentlichen Mitteilungen der Presse sei zu entnehmen, daß demnächst seitens des preuß. Arbeitsministeriums eine Denkschrift erscheinen werde, welche einen vorbereitenden Charakter tragen, d. h. vor der der preuß. Landesversammlung zu machenden Vorlage die Grundfrage, ob für die Weiterführung des Mittellandkanales die Mittel- oder Südlinie zu wählen sei, klären, oder eine endgültige Stellungnahme erleichtern solle. Nach Erscheinen dieser Denkschrift würde für die Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanales der Zeitpunkt gekommen sein, sich erneut mit den in Betracht kommenden Gesichtspunkten zu beschäftigen. Bezüglich einer der wichtigsten Fragen, nämlich der Wasserversorgung des Kanales, könne die erfreuliche Mitteilung machen, daß die jetzt so ziemlich abgeschlossenen Arbeiten der Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harz den unumstößlichen Nachweis erbracht hätten, daß die ausreichende Wasserspeisung der Südlinie durch die geplanten Harztalsperren voll gewährleistet sei. Da diese Wasserspeisungs-Anlagen zugleich von außerordentlicher Bedeutung für die Kraftwirtschaft der Vorlande des Harzes seien, würde man auch nach dieser Richtung hin die befriedigende Lösung freudig begrüßen können.

Der offenbare Wille der zuständigen Stellen im Reich und in den Gliedstaaten, den Plan des Mittellandkanales nunmehr beschleunigt zur Verwirklichung zu bringen, werde überall und nicht nur in den Kreisen der Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanales mit Genugtuung begrüßt werden. Man würde nach dem, was bekannt geworden sei, wohl mit einiger Sicherheit damit rechnen dürfen, daß noch vor Ablauf dieses Jahres den gesetzgebenden Körperschaften eine entsprechende Vorlage gemacht werden würde.

In der anschließenden Besprechung, in der die weiteren Maßnahmen zur Förderung des Planes besprochen wurden, gab man allgemein einem Gefühl der Genugtuung Ausdruck, daß das von so vielen Stellen seit Jahren ersehnte Ziel, die Vollendung des Mittellandkanales, nun endlich seiner Verwirklichung entgegen zu gehen scheine. Alle Kräfte im Reich müßten in dieser Zeit der sinkenden Wirtschaft darauf gerichtet sein, die produktiven Faktoren unserer Güter-Erzeugung aufrecht zu halten und planvoll zu stärken. Es könne geradezu als ein Zeichen unserer ungebrochenen Kraft und des unerschütterlichen Vertrauens in unsere Zukunft gelten, wenn so bedeutende und weiterschauende Kulturwerke, wie sie die Vollendung des Mittellandkanales und die Schaffung einer großen Wasser- und Kraftwirtschaft darstellen, mit ungeschwächter Energie durchgesetzt würden. —

Wohnungsverband Groß-Berlin. In der Sitzung am 6. Oktober erstattete Stadtbaurat a. D. Beuster Bericht über die gegen die Wohnungsnot bisher ergriffenen Maßnahmen. Seit Anfang des Jahres sind 8000 neue Wohnungen in Groß-Berlin hergestellt worden, während bis zum Winter noch weitere 2000 zu erwarten sind. Vom Verband selbst sind zurzeit 900 Wohnungen in Baracken und Holzhausbauten in Ausführung begriffen, die bis zum Eintritt des Winters fertig gestellt werden sollen. Von den 5500 subventionierten Wohnungen in Dauerbauten werden infolge des Versagens der staatlichen Baustoffbewirtschaftung durch planlose Verteilung der Baustoffe noch nicht 1000 bis zum Winter fertig gestellt werden können, wäh-

rend etwa 3000 unfertig überwintern müssen. Der Verbandsausschuß lehnt für die Groß-Berliner Gemeinden die Verantwortung hierfür ab, nachdem von den Staatsbehörden auf die rechtzeitigen Vorstellungen des Wohnungsverbandes nicht gehört worden ist, und hat eine Kommission unter Führung des Oberbürgermeisters Wermuth beauftragt, beim preußischen Wohlfahrtsminister mit allem Nachdruck auf durchgreifende und schnelle Aenderung zu dringen.

Insgesamt werden bis zum Winter 11—12000 neue Wohnungen, sei es als Notwohnungen, sei es als Dauerbauten, errichtet werden. Hierzu treten die von den Kriegsgesellschaften, militärischen Behörden usw. zurückgewonnenen Wohnungen. Ob diese Ziffern ausreichen werden, ist noch nicht zu übersehen, da der Zuzug zurzeit außerordentlich stark ist. Durchschnittlich melden sich auf der Verteilungsstelle des Wohnungsverbandes täglich 70 neu angekommene Flüchtlingsfamilien. Es hat sich daher nicht vermeiden lassen, die Maßnahmen zur Teilung großer Wohnungen und zur Zwangseinquartierung in Groß-Berlin in Gang zu setzen, und auf Veranlassung des Wohnungsverbandes sind alle Groß-Berliner Gemeinden mit den erforderlichen Befugnissen ausgestattet worden. Abgabepflichtig sind alle Räume, welche die Zahl der Bewohner einschließlich Hausangestellten um mehr als eins überschreitet. Die abgabepflichtigen Räume einer Wohnung gelten im Allgemeinen als hinreichend ausgenutzt, wenn in einem entbehrlichen Raum eine Person, in zwei oder mehr entbehrlichen Räumen zwei Personen oder eine Familie mit Zustimmung des Wohnungsamtes aufgenommen werden.

Der Verbandsausschuß will zurzeit davon absehen, für Groß-Berlin Zuzugsbeschränkungen zu erwirken, die für Handel und Verkehr sehr lästig wirken würden, läßt aber die dringende Warnung vor weiterem Zuzug nach Groß-Berlin ergehen, da es bald nicht mehr möglich sein wird, für die Ankömmlinge Obdach, geschweige denn Wohnung zu beschaffen.

Auf Grund einer Ermächtigung des Wohlfahrtsministers beschloß ferner der Verbandsausschuß den Erlaß einer Anordnung, nach welcher künftig in Groß-Berlin alle frei werdenden Räume nur mit Zustimmung der Wohnungsämter weiter vermietet werden dürfen, sodaß letztere in der Lage sind, die Räume den Wohnungsbedürftigen zuzuführen. Ferner wurde die Einrichtung einer Verteilungsstelle für alle von außerhalb Zuziehenden beim Wohnungsverband beschlossen, welche den Zuzug auf die einzelnen Groß-Berliner Gemeinden verteilt. Die Verteilungsstelle befindet sich in Berlin, Klopstock-Str. 24. —

Fränkisch-Oberpfälzischer Bezirksverein Deutscher Ingenieure in Nürnberg. Die Besichtigung des Großkraftwerkes Franken. Wohl 120 Teilnehmer mögen es gewesen sein, welche sich am 5. Juli 1919 im Großkraftwerk eingefunden hatten. Die Besichtigung fand unter Führung der Hrn. Dir. Scholtes, Obering. Dr. Lambertin und der Betriebsingenieure Maas und Schuh statt.

Man besichtigte zunächst das Maschinenhaus, in welchem bisher 2 Turbodynamos zu je 5000 PS und 2 Stück zu je 12 500 PS zur Aufstellung gelangten. Gewaltig wirkt der mächtige Raum auf den Besucher, besonders der Blick von der Schaltbühne in den Saal macht einen erhebenden Eindruck. Außerst lehrreich waren die Erklärungen über die Tätigkeit des Schaltbühnenwärters. Denn von der Schaltbühne aus werden nicht nur die Maschinen durch Fernsteuerung reguliert, zu- und abgeschaltet, sondern auch die Transformatoren, die Fernkabel und Freileitungen. Auf der Schaltbühne sind ferner in übersichtlicher Weise alle Apparate vorgesehen, zum Teil registrierend, welche Aufschluß geben über die jeweilige Belastung, Stromstärke, Leistungsfaktor von Maschinen und Fernleitungen.

Im Schalthaus fällt vor allem die übersichtliche Anordnung der 5000 und 20000 Volt Einzelschaltzellen auf. Im Erdgeschoß stehen 6 Transformatoren 5000/20000 Volt je 4250 K. V. A. mit Selbstkühlung, fahrbar eingerichtet, sodaß dieselben bei einer Reparatur schnell und bequem aus der Zelle weggeschafft werden können. Im neuen Kesselhaus stehen 6 Garbekessel zu 500 qm. Hier interessierte unter anderem der Kohlenbunker aus Eisenbeton von 2000 Tonnen Rauminhalt. Bis zu schwindelnder Höhe stiegen wir hinan, woselbst wir einen Blick in den nur zum Teil gefüllten Bunker nehmen konnten. Das Füllen des Bunkers erfolgt durch ein Becherwerk von 60^t Stundenleistung bei 30 PS Kraftbedarf. Das Becherwerk gibt die Kohlen auf ein Transportband ab, von welchem sie durch eine fahrbare Abwurf-Vorrichtung in die einzelnen Bunker-Abteilungen fallen. Durch die Schrägbrücke des Becherwerkes abwärts gelangten wir in den Hof und sahen den Aschentransport der neuen Kesselanlage. Weiter gings durch den Maschinenhauskeller, wo sich die Kondensa-

tionsanlagen, Luftfilter, Kesselspeisepumpen und die Wassereinigung befinden. Sehr interessant waren die Vorführungen von dem Waggonkipper und dem Kohlengreifer. Von der geräumigen Gleisanlage wäre zu erwähnen, daß auf ihr 56 Waggons aufgestellt werden können. Am groß angelegten Kohlenvorratsraum vorüber, welcher wegen der Kohlenknappheit einen nicht großen Kohlenvorrat zeigte, — das Großkraftwerk braucht zurzeit täglich 250 t Kohle, — führte uns der Weg weiter zur pneumatischen Pumpstation für die Aschenabförderung von den Kesseln des alten Kesselhauses. In letzterem sahen wir die verschiedensten Systeme der Wanderkettenroste, welche uns näher erklärt wurden. Als Erinnerung an die Besichtigung des Werkes wurde uns eine hübsch ausgestattete Karte mit Ansicht des Werkes überreicht. Vor dem Portal dankte der erste Vorstand, Hr. Dir. Sieber, dem Leiter des Großkraftwerkes, Hrn. Dir. Scholtes, sowie seinen Mitarbeitern für den hohen Genuß, welcher uns durch die Besichtigung zu Teil geworden. Hr. Dir. Scholtes gab in seiner Erwiderung noch Aufschluß über die Zukunft des Großkraftwerkes, besonders in Bezug auf das im Bau begriffene Bayernwerk. —

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg. In der Versammlung vom 4. Oktober 1918 sprach unter Vorsitz des Hrn. Rambatz und vor 24 Personen Hr. Löwengard „Zum Gedächtnis von Hugo Groothoff“. Aus den längeren, von warmer, freundschaftlicher Verehrung für den Verstorbenen getragenen Ausführungen entnehmen wir die folgenden tatsächlichen Mitteilungen:

Groothoff, am 23. Nov. 1851 zu Hamburg geboren, hat nach einer glücklich verlebten Jugend und nach Absolvierung des Johanneums 1869 die Technische Hochschule zu Hannover bezogen. Dort hat er 4 Jahre lang zu Füßen Conrad Wilh. Hase's gesessen. Diesem Altmeister der Baukunst, der zu den hervorragendsten Lehrern gehörte, die jemals einen deutschen Professorensessel einnahmen, der seine jungen Schüler mit wahrer Begeisterung für ihren Beruf erfüllte und der nicht nur den Fachmann, sondern den ganzen Menschen zu bilden suchte, hat Groothoff, wie die meisten seiner Schüler, durch's ganze Leben hindurch tiefste Dankbarkeit bewahrt.

Hase stand bekanntlich in formaler Beziehung auf dem historischen Boden des gotischen Backsteinbaues. Aber er handhabte diese Formen mit einer für die damalige Zeit erstaunlichen Freiheit und war weit davon entfernt, das Heil der Baukunst in sklavischer Nachbetung alter Formen zu erblicken: Hase verschloß sich im Gegenteil keinem technischen Fortschritt, keinem neuen Baustoff, keiner neuen Konstruktionsart, wenn sie nur ehrlich, wahr und zweckfördernd waren, und trat hingebend jeder neuzeitlichen Bauaufgabe gegenüber. In diesem besten Sinn war Hase ein durchaus moderner Künstler, und so verlangte er es auch von seinen Schülern. Groothoff, und unterstützt von einer hervorragenden Begabung und feinem Sinn für Verhältnisse und Formen, hat sich diese Lehren so zu eigen gemacht, daß sie ihm in Fleisch und Blut übergingen.

So konnte er, wohl ausgerüstet, 1873 die Hochschule verlassen, um nach einem kurzen Aufenthalt in Wien, der freien Studienzwecken diene, 1874 nach Frankfurt a. M. übersiedeln, wo er die Ausführung des städtischen Archivs unter Dombaumeister Denzinger als Bauführer übernommen hatte.

Als er 1876 diese Arbeit vollendet sah, fühlte er sich reif für die erste italienische Reise, die damals für jeden jungen Architekten, einerlei ob er zur Gotik oder zur Renaissance schwor, fast einer Verpflichtung gleichkam. Die sonnigen Erinnerungen an diese vielleicht glücklichste Zeit seines Lebens, die gleichgesinnte Genossen wie Thiersch, Gildemeister u. a. mit ihm teilten, und in der er seine künstlerischen Anschauungen in hohem Maß erweiterte, begleiteten ihn durch sein ganzes Leben. Zurückgekehrt ging Groothoff nach Wiesbaden, wo er in den Jahren 1877—79 für Gropius & Schmieden (Berlin) ein städtisches Krankenhaus ausführte. Dann machte er eine Studienfahrt durch Holland und Belgien, war ein Jahr am Dombau in Frankfurt a. Main tätig und führte von 1880—82 unter Christoph Hehl eine Kirche in Hannover aus.

Nach Beendigung dieser Aufgabe glaubte er den Augenblick gekommen, sich selbständig zu machen. Er nahm daher ein Anerbieten seines Freundes Hans Grisebach (später in Berlin) an, sich gemeinschaftlich mit ihm in Wiesbaden niederzulassen, und so sehen wir Groothoff denn 1882 anscheinend für die Dauer in Süddeutschland sitzen. Aber nur zwei Jahre hat diese Gemeinschaft gedauert. Dann zog es ihn mit Macht zur Heimat hin; denn er war nach Stamm und Art ein echter Niederdeutscher, und die dauernde Verpflanzung hätte ihn vielleicht um sein Bestes gebracht. So zog er denn 1884 wieder in die Vaterstadt ein, der er gehörte und in der er dann auch sein Lebensglück und Ziel in jeder Beziehung finden sollte.

Zunächst, um sich einzuleben in die ihm fremd gewordenen Verhältnisse und aus Liebe zum Lehrberuf, für den er außerordentlich geeignet war, trat er als Lehrer für Kunstgewerbe in die Kunstgewerbeschule ein. Drei Jahre hat diese Tätigkeit, die ihm die Liebe seiner Schüler eintrug und ihm große, aber doch nicht dauernde Befriedigung bot, gedauert. Dann zwang ihn der Schaffenstrieb zur Ausübung der Baukunst zurück, und 1887 machte er sich als freier Architekt selbständig. — (Schluß folgt.)

Pfälzischer Architekten- und Ingenieur-Verein. Der Verein tagte am 1. Nov. 1919 in Ludwigshafen, um unter Führung des Hrn. Stadtbaumeister Heberer die Arbeiten für die städtische Kanalisation zu besichtigen. Nach einem Vortrag und Erläuterung der Pläne im Stadtbauamt wurde die Baustelle besucht und anschließend daran noch die Unterführung der Frankenthaler Straße besichtigt. Der große Zug, mit der diese städtischen Arbeiten in Angriff genommen werden, fand ungeteilten Beifall bei den Teilnehmern an der Tagung. —

Bund Deutscher Architekten. Am 14. Oktober 1919 fand unter zahlreicher Beteiligung der Architektenschaft aus Ost- und Westpreußen sowie den angrenzenden Landesteilen in Königsberg die Bildung des Bezirksverbandes für den Osten im Einheitsverband des „Bundes Deutscher Architekten“ statt. Gleichzeitig wurden das Spruchamt, das Bezirksamt eingesetzt und Bauberatungsschöffen-Ausschüsse bestätigt. Zum Vorsitzenden wurde Arch. Schönwald, zum Amtmann Arch. Lotz gewählt. Zu Mitgliedern des Spruchamtes wurden ernannt die Hrn. Arch. Emil Arndt-Königsberg, Arch. Paul Engler-Gerdauen, Arch. Erich Götting-Pillkallen, Arch. Paul Knobbe-Lyck, Arch. O. Walter Kuckuck-Königsberg, Arch. Heinrich Lotz-Königsberg, Arch. Hans Meyer-Angerburg, Arch. A. Pflaum-Königsberg, Dr.-Ing. Rannacher-Neidenburg, die Arch. Max Schönwald-Königsberg, Fritz Schopohl-Goldap, Johannes Wilhelm-Graudenz.

Das Bezirksamt befindet sich in Königsberg i. Pr., Steindamm 9 b. —

Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz. Der Ausschuß des Vereins hielt am 18. Okt. 1919 im Stadthause zu Köln seine erste diesjährige Sitzung ab. Die aus allen Teilen der Provinz gut besuchte Sitzung beschäftigte sich u. A. mit der Verschandelung, die dem reizvollen Landschaftsbild der Moselortschaft Beilstein durch den geplanten Bahnbau droht. In dieser Angelegenheit faßte der Ausschuß einstimmig folgenden Beschluß:

„Der Ausschuß nimmt von den Schritten des Vorstandes, die gegen die drohende Verschandelung von Beilstein sich richten, Kenntnis; er billigt diese Schritte und ersucht den Vorstand, mit allen zu Gebot stehenden Mitteln auf eine solche Lösung der Bahnfrage hinzuwirken, die den berechtigten Interessen des rheinischen Heimatschutzes Rechnung trägt.“

In den sonstigen reichhaltigen Erörterungen und Anregungen traten besonders organisatorische Fragen und namentlich der vom Vorsitzenden vorgetragene Gedanke in den Vordergrund, dem Verein einen örtlichen Unterbau zu schaffen und die Tätigkeit des Vereins volkstümlicher zu gestalten. Einmütig ging die Meinung des Ausschusses dahin, daß gerade in der jetzigen materialistisch gerichteten Zeit eine gesteigerte Tätigkeit des Vereins notwendig erscheine, und daß auch der Verein mit berufen sei, den Charakter unserer rheinischen Heimat als eines kerndeutschen Landes mit großer kunsterfüllter Vergangenheit zu wahren. — In den Vorstand wurde Hr. Landrat Geheimrat von Reumont zu Erkelenz gewählt. Die nächste Ausschußsitzung soll in Verbindung mit der Hauptversammlung am 3. Dez. 1919 zu Bonn in den Räumen des kunsthistorischen Institutes abgehalten werden. —

Sächsische Architektenschaft. Am 11. Oktober 1919 ist zum weiteren Ausbau der Organisation der Kreisverband Zwickau gegründet worden, in dem nun sämtliche namhaften selbständigen Privatarchitekten vereinigt sind. Der Zweck der Organisation ist, Behörden und Baulustigen die Gewähr zu bieten für eine einwandfreie Geschäftsführung und vorbildliche Leistungen der Mitglieder. Landesauschußmitglied ist Architekt F. Kohl in Plauen. Für Gruppe Plauen ist Vorsitzender Architekt H. Oehler in Plauen, für Gruppe Zwickau Architekt O. Geyer in Zwickau. —

Der Verband Deutscher Holzhaus- und Barackenfabrikanten e. V., Berlin W. 57, welcher fast alle, annähernd 60 der größten deutschen Barackenfabrikanten zu Mitgliedern zählt, hielt am 2. Nov. 1919 in Berlin eine Hauptversammlung ab, in welcher u. a. Wiederaufbau- und Exportfragen, Barackenrichtpreis-Feststellung und Gründung einer Lieferungsgemeinschaft auf der Tagesordnung standen. —



Dom-Umgang in Bremen. Architekt: Heinrich Müller † in Bremen. Zustand vor dem Brand.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. N^o 93. BERLIN, DEN 19. NOVEMBER 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Zur künstlerischen Ausgestaltung des baulichen Mittelpunktes von Bremen.

Von Dr. Albert Hofmann. Hierzu die Abbildungen Seite 547.



Im Jahr 1915 zerstörte ein verheerender Brand die südlich an den St. Petri-Dom in Bremen angebauten Baulichkeiten und vernichtete sie in einem solchen Umfang, daß sie abgetragen werden mußten und nur Bauteile des alten, aus Backstein errichteten Klosters aus den Trümmern zu fernerer Erhaltung gerettet werden konnten.

Bremen hat hierdurch vorübergehend einen Mittelpunkt seines geistigen Lebens verloren. Hier war der Sitz des Künstlervereins, dem das alte Domstift gastliche Stätte bot; die „Segnungen seiner modernen Geistigkeit“ sind dem nach geistigen Genüssen strebenden Teil der Bevölkerung zuteil geworden, seit um die Mitte des vorigen Jahrhunderts „ein kluger Romantiker die entzückende Verwandtschaft zwischen Domstift und Künstlerverein entdeckte“. In der höheren Geselligkeit der alten Hansestadt spielte in den Jahrzehnten des neuen Reiches diese im Mittelpunkt der ersten Stadtsiedelung gelegene Stelle die wichtigste Rolle. Es kann daher nicht überraschen, wenn die Jahre hindurch seit den Tagen des Brandes um das Kulturleben Bremens besorgte Stimmen sich mit immer größerer Dringlichkeit dafür ausgesprochen ha-

ben, daß an dieser bedeutsamsten Stelle neben dem ehrwürdigsten Gotteshaus der Stadt geistiges Leben bald wieder erstehen möge. Doch nicht das allein. Fritz Schumacher in Hamburg hat vor drei Jahren an dieser Stelle einer Anregung Raum gegeben, die als eine Folge der vernichtenden Wirkungen des Völkerkrieges zu betrachten ist. Durch die Zerstörung des Dom-Umganges ist eine Lage entstanden, bei welcher, wie es bisweilen das Schicksal will, aus einem großen Unglücksfall ein großer Glücksfall werden kann. Denn durch den vernichtenden Brand ist „in den baulichen Mittelpunkt Bremens, der kaum noch beweglich erschien, weil hier das Gefüge des historisch Gewordenen lückenlos in einander greift, unvermutet eine gewisse Beweglichkeit gekommen“. Das bringe allerlei Straßen-Erweiterungs- und Gruppierungs-Fragen mit sich, die bereits erörtert werden, es löse aber zugleich gewisse geschichtliche Gestaltungen, die mit dem Dom in Verbindung stehen, aus dem Bann, in den sie durch die zerstörten Bauten vor mehr als einem halben Jahrhundert geschlagen worden seien. Heinrich Müller war es, der den Dom-Umgang baute und ihm die Form gab, die in unserer Abbildung am Kopf wiedergegeben ist. Zu seiner Zeit „waren die Grundsätze über das Verhältnis von Neugestalten zu Bestehendem noch nicht in dem Sinn erkannt und durchgebildet, wie das heute der

Fall ist“. Müller war, wie Schumacher mit Recht ausführt, „im Rahmen seiner Zeit dem Bestehenden gegenüber im Allgemeinen ein feinfühlerender Architekt; trotzdem müssen wir heute sagen, daß er bei den Doms-Umgang-Bauten sein Gegenwartsrecht nach heutigen Begriffen gewalttätig durchgesetzt hat“. Das beziehe sich vor Allem auf den alten Kreuzgang des Domes. Die schlichte Viereckform, in der er sich ursprünglich entfaltet habe, sei in der Folge schräg abgeschnitten worden, sodaß nur noch ein Teil des alten Gewölbeganges bestehen blieb. „Später wurde das reizvolle Bild dieses Teiles durch Einbauten entstellt, der Kreuzgang wurde aufgesogen von den Bedürfnissen des neuen Bauwerkes, er verschwand für das Bewußtsein der Außenwelt.“ Diesen Kreuzgang neu zu erwecken sei eine der selbstverständlichsten Aufgaben beim Aufbau eines Neuen an dieser Stelle. In ihm sieht Schumacher den gegebenen Rahmen für die Stätte der Ehrung und des Gedächtnisses, die der Krieg auch von Bremen fordern wird. Die schönen alten Gewölbe seien in einem stattlichen Zug sowohl aus dem einstigen Umbau wie aus dem Brand unversehrt hervor gegangen, das Ganze werde ohne viel Zutaten seinen alten feierlichen Charakter wieder erhalten und eine Anlage für die Ehrung der Helden des Weltkrieges aus Bremen werden können. Im Hintergrund sehe man das Grün alter Bäume locken; man schreite durch eine bildergeschmückte Halle neben der Turmfront des Domes und plötzlich umfange den Beschauer die Stille des alten Hofes. „Auf der einen Seite blicken in malerischen Verkürzungen die Vierungskuppel des Domes und die hochragenden Umrisse seiner Türme herein; ringsum aber sind die alten Gewölbe Träger der Erinnerung an neue Taten geworden.“ In der Mitte des Hofes aber solle auf dem Rasen unter den Bäumen ein Bildwerk stehen, in dem ein Künstler in begnadeter Stunde die Gefühle zusammen fassen möge, welche die monumentalen Erschütterungen dieses Weltkrieges im Menschen ausgelöst haben. So könne hier ein Ehrenhof entstehen, „auf dessen alten Wänden in der Sprache des Freskobildes und des Steines eine Chronik sich entrolle, in der man ungleich lebensvoller, als im üblichen Denkmal, lesen kann von gewaltigem Geschehen“. Es sei eine Anlage, ein Denkmal, das lebendig aus sich heraus wachse und das für Bremen eine vor Allem wichtige besondere Bedingung erfülle: „Es gibt wenig Städte, die wie Bremen einen historischen Mittelpunkt haben, der so stark sämtliche anderen Eindrücke der Stadt überwiegt, daß alles, was nicht mit diesem Mittelpunkt in Zusammenhang gebracht wird, schon da-

durch an Bedeutung zu verlieren scheint.“ Als man in Bremen den Platz für ein Bismarck-Denkmal gesucht habe, sei es bereits deutlich hervorgetreten, daß der Bremer für die Ehrung der Dinge, die ihm als stärkste Werte am Herzen liegen, nur eine Stätte als würdig und angemessen empfinde: jenes eigentümliche Platzgefüge, das sich um sein Rathaus und seinen Dom gebildet habe. Aber damals schon habe sich gezeigt, wie schwer es sei, innerhalb dieses mit geschichtlichen Malen bereits eng besetzten Gebietes einen würdigen Platz für neue Betonungen zu schaffen.

Dafür nun aber hat der Brand des Bestehenden die Möglichkeit geschaffen und die St. Petri-Domgemeinde als Eigentümerin hat den Gedanken aufgegriffen, ihn jedoch aus der Not der Tage heraus mit einem praktischen Zweck verknüpfen müssen. So entstand der Wettbewerb für den Bau eines Gemeindehauses der St. Petri-Domgemeinde anstelle der abgebrannten Teile des Doms-Umganges und so entstand gleichzeitig der Gedanke, in Verbindung mit der neuen Anlage den Kreuzgang mit dem inneren Hof, dem alten Klosterhof, als Gedächtnisstätte der Domgemeinde für den Weltkrieg, als eine Stätte stiller Andacht auszubilden. Die einzelnen Joche des Kreuzganges sollen im Lauf der Zeit mit Kunstwerken der Erinnerung geschmückt werden und es soll ein Einzelkunstwerk im Hofraum die Bestimmung der Stätte in besonderer Weise zum Ausdruck bringen. Auch der schön gewölbte Raum des ehemaligen Remters soll zur Verwirklichung des Gedankens der Gedächtnisstätte herangezogen werden. So lassen sich Denkmalzwecke mit Bildungszwecken vereinigen und es kann auch ferner nach den schönen Worten Schumachers das Kulturleben der Stadt im Schatten der Türme seines ehrwürdigsten Bauwerkes gastliche Aufnahme finden und es kann der Einwohner Bremens mit besonderer Freude eine Heimstätte richten für die künstlerische Gestaltung eines Stückes gewaltiger Geschichte. Denn wenn auch die Anregungen Schumachers vor der Niederlage Deutschlands gegeben wurden, so sind sie darum nicht gegenstandslos geworden.

Ehe wir nun in eine Besprechung der Grundlagen eintreten, auf denen der Wettbewerb aufgebaut ist und ehe wir das bemerkenswerte Ergebnis dieses eigenartigen Wettkampfes zu würdigen versuchen, sei in Kürze eine geschichtliche Entwicklung der baulichen Ereignisse gegeben, die sich im Lauf der Jahrhunderte an dieser Stätte abgespielt haben und die Bildung neuer Gedanken notgedrungen beeinflussen müssen. —

(Fortsetzung folgt.)

Neufassung der Gebühren-Ordnung der Architekten und Ingenieure.

(Schluß aus No. 90.)

Die Gebührentafel ist nun aber so gestaltet worden, daß nicht mehr wie früher zwischen Grundgebühr und Zuschlag für höheres Ausbau-Verhältnis unterschieden wird und die Gesamtgebühren dann jedesmal erst berechnet werden muß, sondern es sind jetzt für bestimmte Ausbau-Verhältnisse von $\frac{5}{100}$ steln bis $\frac{100}{100}$ steln um je $\frac{10}{100}$ steln steigend die Gesamtgebühren gleich ausgerechnet in die Tabelle eingesetzt, die bei 2000 M. (früher 1000) beginnend bis auf 20 Millionen M. (früher 10 Mill.) fortgeführt ist. Eine solche Tabelle würde nun bei Beibehaltung der früheren Bauklassen-Einteilung für jede Bauklasse besonders nötig geworden sein. Die Bauklassen-Einteilung erwies sich aber bei dieser scharfen Durchführung der Bewertung nach dem Ausbau-Verhältnis garnicht mehr als nötig, da ja den einfachen Bauten, die in den niederen Klassen früher enthalten waren, auch ein niedriges Ausbau-Verhältnis, den höheren ein entsprechend höheres und damit auch ein höherer Gebührensatz entspricht, sodaß diese Bauten auch ohne besondere Klasseneinteilung ein angemessen reichlicheres Honorar erhalten, falls nur die Prozentsätze der Tabelle richtig bemessen werden. Es war also überhaupt nur eine Einheitstabelle nötig, in die sich selbst kunstgewerbliche Arbeiten zwanglos einreihen ließen, bei denen das Ausbau-Verhältnis einfach mit $\frac{100}{100}$ steln einzuführen ist. Um die Durchführung dieses Gedankens, der die Gebührenberechnung außerordentlich vereinfacht und auch dem Bauherrn verständlicher macht, um die Berechnung der Tabelle selbst, wie überhaupt um

die Fassung der G.-O. der Architekten hat sich Hr. Arch. Reg.-Bmstr. Fabricius in Köln besonders verdient gemacht. Die Gebührensätze selbst sind durchweg entsprechend erhöht, und zwar in den niedrigeren Ausbaustufen mehr als bei den höheren. Eine Vergleichsberechnung mit einzelnen Stichproben, auf deren Wiedergabe wir hier aber verzichten müssen, gibt darüber leicht Aufschluß.

Die übrigen Bestimmungen über die Bemessung der Gebühr bei Teilleistungen, mehreren Entwürfen für denselben Auftrag usw. entsprechen etwa der alten G.-O. Neu ist die Gewährung eines Nachlasses auf die Gebühr bei Miethäusern mit übereinstimmendem Grundriß in den verschiedenen Geschossen; neu geregelt wird auch die wiederholte Benutzung desselben Entwurfes. Diese Frage ist allerdings noch nicht ganz geklärt, dürfte aber ihre Regelung in dem Sinn finden, daß in diesem Fall dem Architekten nicht nur seine Mehrleistung zu vergüten ist, sondern daß ihm auch ohne solche für wiederholte Benutzung seines geistigen Eigentumes eine bestimmte Vergütung zufällt (diese Frage, die bei Siedlungen eine besonders wichtige Rolle spielt, ist in der „Siedlungsnorm“, vergl. No. 68, Seite 404 besonders geregelt). —

Der Entwurf der Sonderbestimmungen für Ingenieure zeigt keine so grundsätzliche Abweichung von der früheren G.-O. Es ist hier an der Einteilung nach Bauklassen festgehalten, jedoch deren Zahl von 4 auf 3 verringert, wobei außerdem eine teilweise Verschiebung innerhalb der Klassen und eine klarere Zu-



Durchblick auf Börse und altes Rathaus.
Zur künstlerischen Ausgestaltung des baulichen Mittelpunktes von Bremen. Doms-Umgang in Bremen. Architekt Heinrich Müller † in Bremen. Zustand nach dem Brand.



sammenfassung in einzelne Gruppen stattgefunden hat. Die maschinentechnischen Anlagen gehören dabei, wie früher, zur höchsten Klasse; es ist aber jetzt deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sich die G.-O. hier nicht bezieht auf die Planung einzelner Maschinentypen, die jetzt ja ausschließlich Sache von Spezial-Fabriken ist, sondern nur auf die Gesamtanlage eines maschinellen Betriebes.

Die Gebühren-Tabelle ist vollständig neu berechnet und bis auf die Bausumme von 10 Millionen M. ausgedehnt, während die unterste Bausumme, bis zu welcher die Verrechnung nach Zeit erfolgen darf, von 5 auf 10000 M. hinaufgesetzt worden ist. Für diese neue Stufe ist aber die frühere Höhe des Prozentsatzes der Gebühr festgehalten, während die Prozentsätze für 3 Mill. M. Bausumme jetzt etwa den früheren für 1 Mill. M. entsprechen. Es ist damit eine mäßige Erhöhung aller Gebührensätze erreicht.

Geändert ist die Verteilung der Gebühren auf die Einzelleistungen. Zunächst hat es sich als notwendig erwiesen, hier für die Arbeiten des Bau-Ingenieurs einerseits, des Maschinen- und Elektro-Ingenieurs andererseits getrennt vorzugehen, da sich hier die Leistungen im Einzelnen anders zusammensetzen. Bei den Bauingenieuren hat insofern eine Verschiebung stattgefunden, als Vorentwurf mit Kostenüberschlag um 5 % niedriger, die Ausführungszeichnungen (statt Werkzeichnungen gesetzt, welche letztere Sache des Unternehmers sind) um 5 % höher bemessen wurden. Sonst ist hier die alte Bewertung beibehalten, wobei jedoch für Vorentwurf und Kostenüberschlag sowie Entwurf und Kostenanschlag jetzt auch getrennte Sätze eingeführt sind.

Die alte G.-O. sah ferner für gewisse Arbeiten statt der Bewertung nach der Baukostensumme eine solche nach der Länge der Linie (Straßen, Deiche, Eisenbahnen und Schiffahrtskanäle) oder nach der Fläche (Bebauungspläne, Meliorations-Arbeiten) vor, wobei feste Sätze für 1 km Länge oder 1 ha Fläche gegeben waren, die je nach einfachen oder schwierigen Verhältnissen verschieden hoch bemessen und zwischen diesen Grenzen

vertragsmäßig mit dem Bauherrn zu vereinbaren waren. Der neue Entwurf läßt zunächst die Berechnung nach der Fläche ganz fort, da ja die Bebauungspläne Gegenstand einer besonderen G.-O. werden sollen, während die meliorationstechnischen Arbeiten in die nach der Baukostensumme zu berechnenden eingereiht sind. An der Berechnung nach der Länge der Linie wird zwar festgehalten, die bisherigen Einheitssätze sollen aber nur noch für die Vorarbeiten gelten, während die Ausführungsarbeiten hier ebenfalls nach der Bausumme berechnet werden. Außerdem ist der etwas dehnbare Begriff „einfache“ und „schwierige“ Verhältnisse etwas schärfer umschrieben durch den Zusatz „Flachland“ und „bewegtes Gelände“.

Die Grundsätze, nach denen die Gebühren in einzelnen besonderen Fällen, bei Teilleistungen, bei mehrfachem Entwurf für dieselbe Aufgabe usw. bemessen werden, entspricht ziemlich den früheren Bestimmungen. Es läßt sich bei der jetzigen Anordnung der G.-O. leider nicht vermeiden, daß die einzelnen Sonder-Gebührenordnungen sich in diesen Abschnitten z. T. in ähnlicher Form wiederholen. —

Der Entwurf der neuen G.-O., der, wie schon bemerkt, z. T. noch einer letzten Durchsicht unterzogen wird, dürfte gegenüber der früheren G.-O. eine namentlich für den Architekten wesentliche Vereinfachung, in verschiedenen bisher unklaren und strittigen Punkten, z. B. hinsichtlich der Vergütung von Reisen, Gutachten usw., eine Streitigkeiten auf ein Mindestmaß herabsetzende schärfere Fassung erhalten haben, während er andererseits eine angemessene Erhöhung der Gebühren vorsieht. Diese Erhöhung erscheint bei den nach Hundertsteln der Bausumme zu berechnenden Leistungen vielleicht als eine geringe für die augenblicklichen Verhältnisse. Es ist aber dabei zu berücksichtigen, daß die G.-O. doch für eine längere Zeit gelten soll und daß andererseits durch die gewaltige Erhöhung der Baukosten ja ohnehin eine wesentliche Erhöhung der Gebühren eintritt. —

Fr. E.

Vermischtes.

Eine Techniker-Gruppe in der preuß. Landesversammlung, die sich die Aufgabe gestellt hat, alle von der Versammlung zu erwägenden Arbeiten technischer Art vom Standpunkt der Technik ohne Rücksicht auf Parteisteilung zu bearbeiten, hat sich gebildet und es gehören ihr die sämtlichen 12 technisch tätigen Vertreter der Landesversammlung an. Es sind das die folgenden Abgeordneten: Landmesser und Ingenieur Blank (Zentr.), Werkmeister Buers (Dem.), Betriebsleiter Fries (Soz.), Geh. Reg.-Rat Garnich (Dtsch. Volksp.), Prof. Dr.-Ing. Klotz (Dtsch. Nat.), Arch. Laser (Dem.), Ing. Lüdemann (Soz.), Ing. Meyer (Soz.), Schiffb.-Ing. Rebehn (Dem.), Ing. Rosebrock (Soz.), Landmesser Twardy (Soz.), Ing. Woldt (Soz.). Den Vorsitz in der Gruppe hat Hr. Rebehn erhalten, an den auch alle Eingaben über technische Angelegenheiten und Wünsche der Techniker zu richten sind, die dann von der Gruppe geprüft und dem Hause vorgetragen werden sollen. —

Verbot von Luxusbauten. Vom preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt geht uns nachstehende Mitteilung zu: Trotz der den Bezirkswohnungs-Kommissaren auf Grund der Verordnung zur Beseitigung der dringenden Wohnungsnot vom 15. Jan. 1919 erteilten Ermächtigung zum Verbot von Luxusbauten werden solche immer noch in Angriff genommen. Unter den Begriff „Luxusbauten“ sind im weiteren Sinn auch Laden- und Ausbauten zu rechnen, ferner Lichtspiel-Theater, Bars, Kaffees und Villen, durch deren Errichtung erhebliche, meist auf dem Schleichhandelsweg erworbene Baustoffmengen dem Wohnungsbau entzogen werden. Der Reichskommissar für das Wohnungswesen, dem die Bewirtschaftung der Baustoffe obliegt, hat daher erneut auf die Beachtung des bestehenden Bauverbotes hingewiesen und den Bezirkswohnungs-Kommissaren zur Pflicht gemacht, durch die zuständigen Organe der Ortspolizeibehörde oder andere geeignete Kontrollorgane in ständigen örtlichen Prüfungen feststellen zu lassen, ob die bereits in Angriff genommenen Bauten geeignet sind, für Kleinwohnungszwecke in Anspruch genommen zu werden und auf welchem Weg diese Inanspruchnahme am zweckmäßigsten erfolgen kann. Insbesondere wird angeraten, bei der Entscheidung über Anträge auf Laden- und Ausbauten die zuständigen Wohnungssämter zu beteiligen. —

Ueber die Zulässigkeit der Lehmbauweise herrschen vielfach noch Zweifel. Es wird häufig angenommen, daß der Lehmstampfbau für Gebäude mit mehr als Erd- und Dachgeschoß auf Grund amtlicher Bestimmungen nicht zu-

lässig sei. Diese Annahme trifft nicht zu. Bereits in dem Entwurf zu einer Bauordnung, den der frühere preußische Staatskommissar für das Wohnungswesen hat aufstellen lassen, ist ausdrücklich der Lehmstampfbau, die Ausführung in Lehmputzen und in sogenannten Grünlagen allgemein für Kleinhäuser, auch für Häuser mit zwei Vollgeschossen, für zulässig erklärt worden. Auch die Herstellung der Grund- und Kellermauern in Lehmputz erscheint unbedenklich, wenn diese Bauteile nicht mehr im Grundwasser stehen und gegen aufsteigende und seitlich eindringende Bodenfeuchtigkeit unter allen Umständen durch wirksame Abwehrmittel geschützt sind. Anderenfalls kann eine Durchfeuchtung in Verbindung mit dem seitlichen Erddruck zu langsamen und gefährlichen Ausbeulungen und Ausbiegungen der Wände führen. —

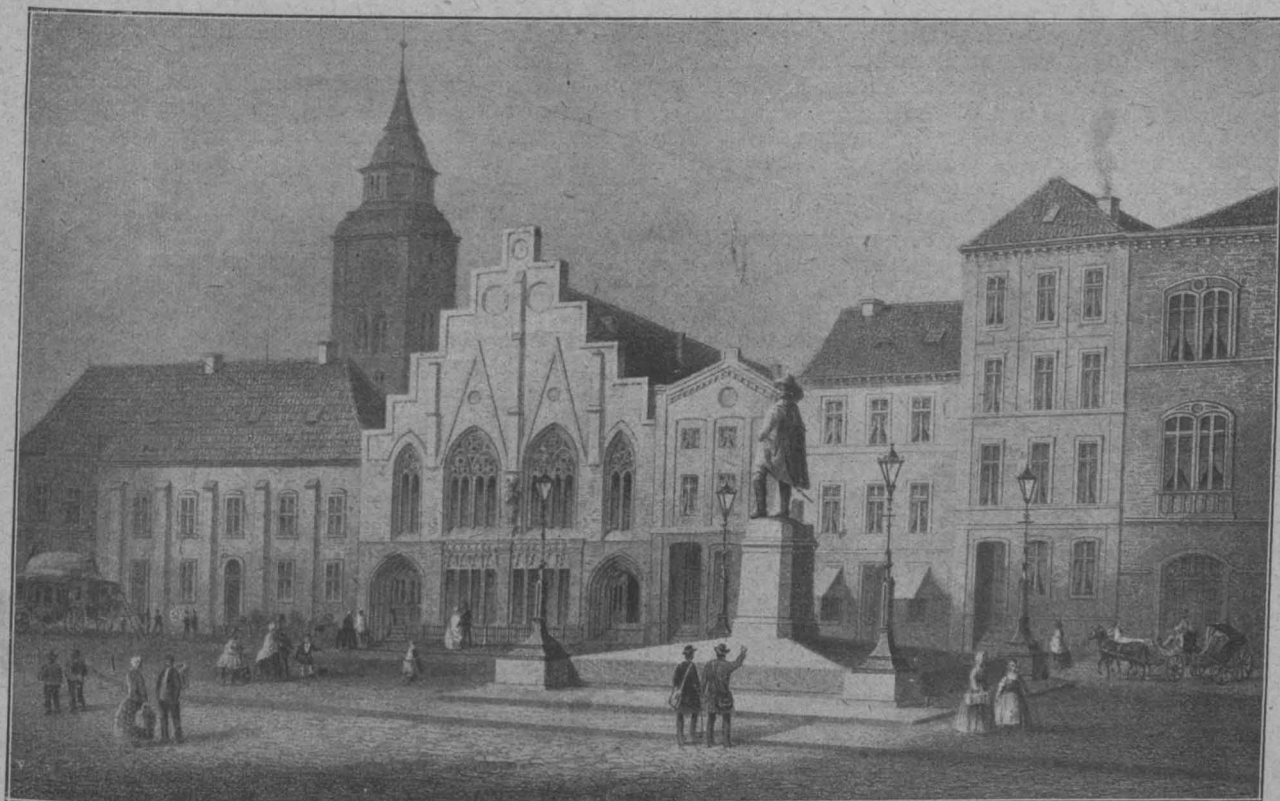
Entlohnung geistiger Arbeit. Einen hübschen Beitrag zu dieser Frage enthält No. 87 vom 29. Oktober 1919 unserer Zeitung:

Die oberschlesische, 20 000 Einwohner zählende, Industrie-Gemeinde Ruda schreibt die Stelle eines Amts- und Gemeindebaumeisters aus, der neben den staatlichen Teuerungszulagen mit einem Gehalt von 3600 Mark entschädigt werden soll. Der gewünschte Techniker soll nicht nur durchaus selbständig, energisch und arbeitsfreudig, sondern auch zur Leitung aller in der Gemeindeverwaltung vorkommenden technischen Arbeiten befähigt, insbesondere im gesamten Hoch- und Tiefbau, im Straßen- und Kanalisationsbauwesen, in der Wasserversorgung und im Beleuchtungswesen wohl erfahren sein.

Ein derartig umfangreiches Arbeitsgebiet wird in Gemeinden von ähnlicher Größe meist durch einen Stadtbaurat und besoldetes Magistrats-Mitglied wahrgenommen. Doch scheint man sich für eine solche Bezeichnung wohl deshalb nicht entschließen zu wollen, weil man dann doch anständigerweise diesen Beamten nicht mit 3600 M. Gehalt besolden könnte. Bei 8 stündiger Arbeitszeit entspricht dieses einem Stundenlohn von 1,50 M., mit Einschluß der Teuerungszulage einem solchen von 2,10—2,20 bei ledigen und 2,35—2,40 M. (170 M. Teuerungszulage) bei Verheirateten. Man vergleiche damit die Löhne der Bauarbeiter! —

Inhalt: Zur künstlerischen Ausgestaltung des baulichen Mittelpunktes von Bremen. — Neufassung der Gebühren-Ordnung der Architekten und Ingenieure. (Schluß). — Vermischtes. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



Ansicht des Doms-Anbaues in Bremen in den Jahren 1857 bis 1869.
Nach einem Bild im kunsthistorischen Museum in Bremen.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 94. BERLIN, DEN 22. NOVEMBER 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Zur künstlerischen Ausgestaltung des baulichen Mittelpunktes von Bremen.

Von Dr. Albert Hofmann. (Fortsetzung.)



Bei der kurzen Darstellung der baugeschichtlichen Ereignisse, die sich im Lauf der Jahrhunderte an der Stätte südlich des St. Petri-Domes abgespielt haben, Ereignisse, an die nach Forträumung der Trümmer aus der Brandkatastrophe der Nacht zum 26. Januar 1915 nur noch bescheidene Ueberreste einer einst grö-

Es handelt sich also um die übliche Form der mittelalterlichen Klosteranlage. Dom und Stiftshof oder Kloster bildeten eine von der Außenwelt abgeschlossene bauliche Einheit, bei der drei niedrige Flügel des Stiftshofes mit der Wand des Südschiffes des Domes ein Viereck mit innerem Hof einschlossen. Südlich von dieser Baugruppe lief in etwas Abstand auf dem Rücken der von Südwesten nach Nordosten streichenden Domsdüne ein Weg in der Richtung des benachbarten Weserstromes.

Bremen Zeit erinnern, stützen wir uns auf zwei Veröffentlichungen in Bremer Tagesblättern. Die eine, im Juni dieses Jahres unter dem Strich in der „Weser-Zeitung“ erschienen, hat zum Urheber Hrn. Oberbaurat E. Ehrhardt in Bremen und führt den Titel: „Die Geschichte des Domanbaues in Bremen“. Die andere ist in den „Bremer Nachrichten“ erschienen; in ihr beschäftigt sich Dr. Friedrich Rauters in Bremen mit „Bilder des alten Domstiftes“ und mit Ausführungen „Zum neuen Künstler-Vereinshaus“. Beide Veröffentlichungen ergänzen einander und bilden eine willkommene Grundlage für das Nachfolgende.

An der heute freien Südseite des Domes lag in früher mittelalterlicher Zeit der Stiftshof in klösterlicher Abgeschlossenheit. Er enthielt die Wohnungen der Geistlichen der Bischofskirche, Werkstätten und vielleicht auch schon eine Schule. Erst mit dem Geschichtsschreiber Adam, der um 1066 nach Bremen kam, kommen die frühesten Nachrichten über das „Kloster“, wie Adam die Anlage nennt, auf uns. Er berichtet, daß Bezelin, der 1035 auf den erzbischöflichen Stuhl kam, anstelle einer hölzernen Anlage ein Kloster aus Stein aufführen ließ, das viele Zellen umschloß, ein gefälliges Aeußere und in der Anlage viereckige Form gehabt habe.

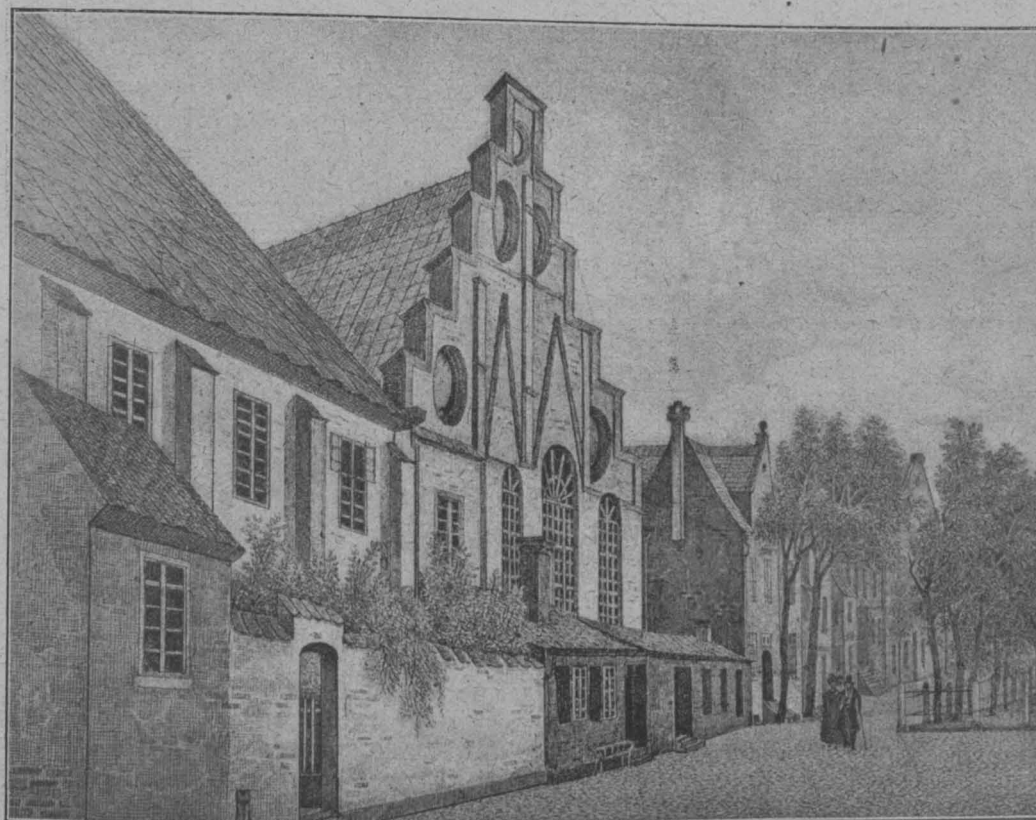
Schon 1042 sank diese Schöpfung Bezelins mit der Domkirche in Asche. Erzbischof Bezelin ging alsbald an den Bau eines neuen größeren Domes und vielleicht auch an die Wiederherstellung des Stiftshofes. Doch er starb bald nach Beginn der Bauarbeiten, sein Nachfolger Adalbert aber ließ den Stiftshof abtragen, um ihn in Stein wieder aufzubauen. Seit 1070 versagen die Nachrichten. Ehrhardt nimmt aus Untersuchungen an den ältesten Teilen in Verbindung mit Ueberlieferungen aus neuerer Zeit an, daß um das Ende des XIII. Jahrhunderts ein völliger Neubau in Backstein errichtet wurde. Ueber Anlage und Form dieses Neubaus unterrichteten uns Ueberreste, die erst vor 40 Jahren verschwunden sind, sowie die Reste, die jetzt noch auf der Brandstätte sich zeigen. Auch dieser Neubau folgte in der Planbildung der mittelalterlichen Klosteranlage. Aber während das von Bezelin erbaute erste Kloster in engster Verbindung mit dem alten kleinen Dom stand und daher auch nur einen kleinen Raum einnahm, mußte die neue Anlage erheblich größer werden, denn der neue Dom Bezelins übertraf den alten Dom bedeutend an Länge und es mußte bei der engen Verbindung leider der neue Stiftshof den neuen Größenverhältnissen folgen. Ehrhardt nimmt den neuen Domanbau um 1300 als vollendet an. „Die Domstifte sind zustande gekom-

men als Lebensgemeinschaft unter geistiger und leiblicher Zucht für die Weltgeistlichen an den großen Kathedralen. Die große Zahl der kirchlichen Bedienten an großen Kirchen und am Bischofshofe erlaubte, dies Ideal, als es einmal gestellt war, durchzuführen. Für die meisten Pfarr- und kleinen Kirchen und die Filialkirchen kommt nur Angliederung an die großen Stifte oder Verzicht in Frage. Darum ist das „Stift“ für die alten Dome ein durchaus zugehöriger Bestandteil, später nicht mehr ganz so, als mit der Entwicklung der Kurien für die einzelnen hohen Geistlichen eine rückläufige Bewegung eintrat. Die mönchische Weltflucht entwickelte sich in ähnlicher Weise zu der Klostergemeinschaft. Das alte Domstift und das Kloster haben also viel gemeinsames, auch baulich, nur daß natürlich die bischöfliche oder gar erzbischöfliche Kathedrale viel gewaltiger aus dem Stift herauswächst, das nur Anhängsel ist, als zumeist die Klosterkirche aus dem Kloster.“ (Rauers.) Das war auch hier der Fall. Die Domkirche überragte die niedrigen Firste des nur zwei Geschosse hohen Stiftshofes bei weitem. Gewölbt

die „Glocke“. Auch in dem neuen Stiftshof befanden sich Räume für das gemeinschaftliche Leben der Insassen, Wohnungen, Studierzellen, Büchereien, Werkstätten und wohl auch eine Schule. Die Erzbischöfe wohnten im 13. Jahrhundert und später in einem Palast westlich vom Dom, an der Stelle des jetzigen neuen Rathauses. Der Stiftshof bestand in der neuen Form bis in die ersten Jahrzehnte des 16. Jahrhunderts. In dieser Zeit ging, vielleicht durch Feuer, der südliche Flügel mit Ausnahme des Kreuzganges verloren; an seiner Stelle erstand ein schlichter, zweigeschossiger Ziegelbau. Es war ein langer Bau von 10 Fensterachsen, der später gekürzt wurde.

Die Reformation brachte neue Verhältnisse. 1532 zog sie in den Dom ein; das Domkapitel wurde evangelisch und verlor sich. Noch ein Jahrhundert blieb im Domstift die Schule; aber 1636 schuf die Verwaltung der Domkirche eine neue Bildungsstätte, die Domschule, eine niedere Lehranstalt, und es wurde von 1642—1684 neben der Domschule eine höhere Lehranstalt, das Athenaeum, entwickelt. Lange Zeit bestanden beide

Anstalten nebeneinander. Ein Grundriß aus dem Jahr 1794 zeigt die Anlage nebst ihrer Umgebung und läßt erkennen, daß sie auch damals noch völlig vier-eckig war. Wir haben ferner Zeichnungen von Johann Daniel Heinbach (1694—1764), „dem tüchtigen Kanonier und unglücklichen Liebhaber der Perspektive“, dessen Verdienst es ist, eine große Anzahl Stadtbauten wenigstens im Bild gerettet zu haben. Von seiner Hand rühren zwei Darstellungen der Domgruppe mit dem Stiftshof her, die in gleicher Weise erkennen lassen, daß es sich um eine vier-eckige Anlage handelte. Wir geben den vorhin genannten Grundriß und die beiden



Ansicht des Doms-Anbaues und der Doms-Heide.
Nach einer Zeichnung aus dem Bremer Haushaltungs-Kalender von 1836.

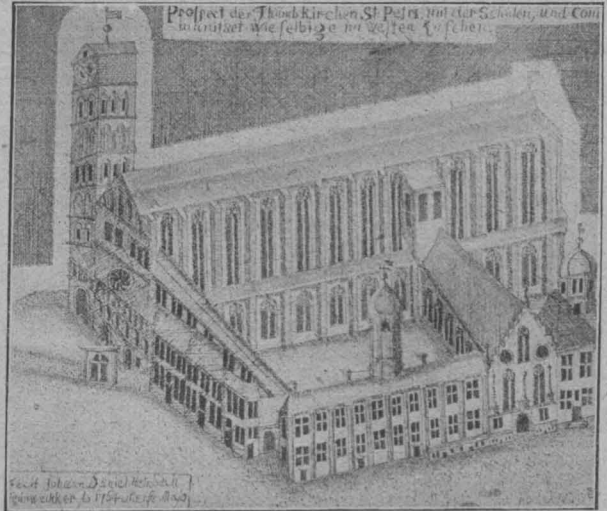
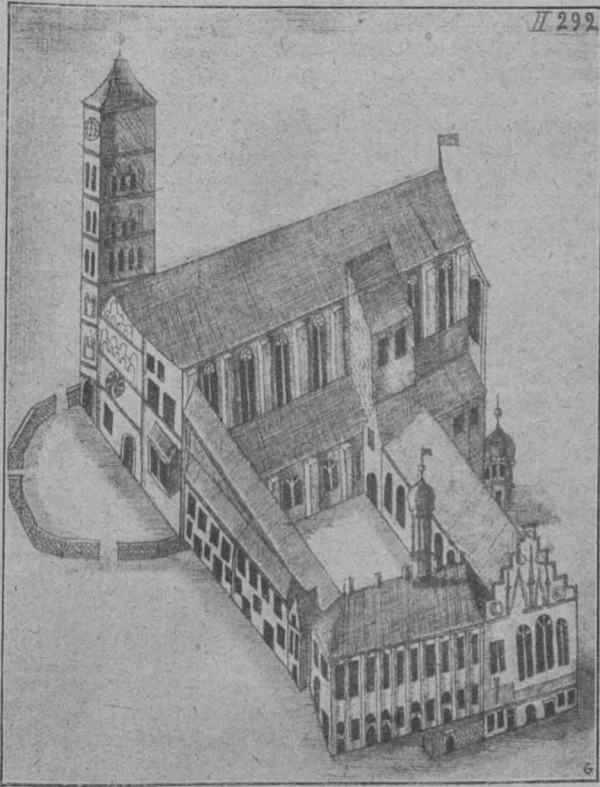
Kreuzgänge, die den Hof in zwei übereinander liegenden Geschossen umzogen, verbanden die Säle und Zimmer. Im östlichen Gebäudeteil waren die größten Säle, nach Süden durch einen Staffeldgiebel ausgezeichnet. Im Erdgeschoß dieses Teiles lag neben dem gewölbten Kreuzgang ein langer gewölbter Saal, der vielleicht den Insassen des Stiftshofes als Versammlungs- und Speisesaal gedient hat. An ihn schloß sich nach Norden bis zum Dom ein anderer, wohl auch gewölbter Saal von gleicher Breite aber geringerer Länge. Wie Säulen und Bogen eines Portales in der Südwand des südlichen Querflügels des Domes beweisen, stand dieser Saal mit dem Dom in unmittelbarer Verbindung. Kürzer und schmaler war der anschließende südliche Flügel des Umganges an der Straße. Im Westen war der Abschluß des Hofes nur ein schmaler Kreuzgang, der unweit des südlichen Domturmes in die Kirche mündete. Zum Stiftshof gehörte ferner ein niedriges, frei stehendes Gebäude von achteckigem Grundriß, das sich zwischen dem östlichen Flügel des Stiftshofes und dem Chor der Domkirche in heute zwei Geschossen erhebt. Es heißt

Darstellungen Heinbachs auf S. 551 wieder. Diese Darstellungen lassen auch erkennen, daß sich im Lauf der Jahre allerlei kleine Häuser an die Stiftsgebäude gedrängt hatten und mit ihren dünnen Wänden an den starken alten Mauern Rückhalt suchten. Vor dem östlichen Flügel, in dem Raum zwischen diesem und der Straße, lagen die Kommunität und Wohnungen für den Bälgetreter und den Domküster und in den toten Winkel westlich vom Stift schoben sich vier kleine Häuser, die im Plan als die des zweiten Musikus und des Notarius capituli bezeichnet werden.

Im Lauf der Zeit erfuhr das Innere der Anlage eine Reihe größerer oder kleinerer Veränderungen, auf die wir nicht näher eingehen können. Die unteren Kreuzgänge behielten zwar ihre alte Form; der im östlichen Flügel liegende wurde aber bis zur Domsheide verlängert, sodaß von dieser ein neuer Zugang zum Dom entstand. Waren diese Veränderungen für den alten Bestand der Anlage von nicht erheblichem Einfluß, so brachte aber der Anfang des 19. Jahrhunderts einschneidende Änderungen. Die große Halle, das Refektorium,

wurde nach 1803 Packraum; hier lagerten bis zu ihrer Wiederherstellung Tabakballen. „Es war“, klagt Ehrhardt, „eine erschreckend nüchterne Zeit, die diesen vor-

lich nicht mehr lange; denn nun kamen die Veränderungen, die auch die große Form dieser Anlage zerstörten. Von dem spätmittelalterlichen Gebäudeflügel



Aufnahme nach einer Zeichnung von Johann Daniel Heinbach (1694—1764) aus dem Jahr 1764.

Links: Aufnahme nach einer Zeichnung von Johann Daniel Heinbach aus dem Jahr 1759.

Dom und Doms-Anbau von Bremen in der Mitte des 18. Jahrhunderts.

Unten: Plan des Domes von Bremen und Umgebung vom Jahr 1794.



nehmen Raum, einen der schönsten, den die mittelalterliche Baukunst in Bremen geschaffen hat, seiner Würde vollständig entkleidet“. Immerhin blieb die Form des Stiftshofes im Großen und Ganzen noch erhalten. Frei-

der Südseite wurde die westliche Hälfte abgebrochen. Verkehrsgründe waren die Ursache und sie sind wichtig für unsere Betrachtung. Der alte, der Düne von Südosten nach Nordwesten folgende Verkehrsweg süd-

lich des Domstiftes behielt sicher so lange seine Lage und Richtung bei, als das Domstift noch einen geringen Flächenraum bedeckte, also wohl bis in das XI. Jahrhundert hinein. Als aber der Stiftshof seinen südlichen Flügel nach Süden vorschob, erfuhr auch der Dünweg eine Ausbiegung nach Süden. Da dieser Weg und der südliche Flügel des Stiftshofes nicht parallel liefen, sondern einen Winkel mit einander bildeten, so entstand vor der Giebelwand des Ostflügels ein dreieckiger Platz. Andererseits sprang die südwestliche Ecke des im Inneren noch viereckigen Stiftshofes so weit in den Weg vor, daß der Verkehr hier eine starke Einschnürung erfuhr. Diese wurde besonders empfunden, als Handel und Wandel in Bremen aufblühten; seit einem Jahrhundert bereits setzten die Bestrebungen ein, dem Verkehr hier eine freiere Bahn zu schaffen. An die Stelle des eben erwähnten niedergelegten Bauteiles trat ein zweigeschossiges Wohnhaus, das zugunsten des Verkehrs nicht nur zurück gesetzt, sondern auch an der Straße stark abgeschrägt wurde. Die Verhältnisse des Lageplanes von 1794 waren damit endgültig verlassen; in der Mitte des XIX. Jahrhunderts war der Stiftshof eine aus alten und aus neuen Bauteilen zusammen gesetzte, somit nicht einheitliche aber malerische Baugruppe. „Verschiedene Jahrhunderte“, schreibt Ehrhardt, „hatten zu seinem Kern ihren Beitrag geleistet, und neuere, selbständige kleine Häuser waren da, wo der Verkehr nicht die Mauern streifte, in engster Anlehnung an den alten Bau aufgewachsen“. Es entstand das Bild,

Vermischtes.

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Von der Technischen Hochschule in Karlsruhe ist dem Ingenieur Hermann Guhl, Direktor der Firma Junker & Ruh in Karlsruhe, wegen seiner Verdienste um die rationelle Ausgestaltung häuslicher Feuerungen (Dauerbrandöfen, Gas-, Koch- und Heizungs-Apparate) die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen worden. —

Rektor und Senat der Technischen Hochschule zu Berlin haben auf einstimmigen Antrag des Kollegiums der Abteilung für Architektur dem ord. Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Danzig, Hrn. Geh. Baurat Dr. Dr.-Ing. Steinbrecht in „Anerkennung seiner großen Verdienste um die baugeschichtliche Forschung und um die Denkmalfpflege, insbesondere bei der sachkundigen und künstlerisch hochbedeutenden Wiederherstellung des stolzesten Denkmals deutscher Baukunst in den Landen jenseits der Weichsel“ die akademische Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. —

Tote.

Oberbaudirektor Georg von Maxon †. In München ist in diesen Tagen im hohen Alter von 86 Jahren der frühere Vorstand der Obersten Baubehörde im bayerischen Ministerium des Inneren, Geheimer Rat Georg Ritter von Maxon nach kurzem Leiden verschieden. Wie viele der in Altbayern in leitender Stellung befindlichen Persönlichkeiten war Maxon in der Rhein-Pfalz, in Speyer, 1833, geboren und erlangte seine Ausbildung auf dem Gymnasium seiner Vaterstadt, sowie auf dem damaligen Polytechnikum in München. Seine erste Tätigkeit übte er im Dienst der Stadt Landau in der Pfalz aus und wurde 1873 Assessor bei der Kreisregierung in Speyer. Darauf wurde er als Berichterstatter für den Landbau an die schwäbische Kreisregierung in Augsburg versetzt, an der er über 14 Jahre tätig war und wurde 1891 in die Oberste Baubehörde in München berufen, in der er bald bis zum Vorstand aufstieg. Er leitete diese Behörde von 1900—1903, um mit 70 Jahren in den Ruhestand zu treten, den er noch 16 Jahre genoß. —

Wettbewerbe.

Preisbewerbung der Schlichting-Stiftung in Charlottenburg. Für Angehörige des Deutschen Reiches setzt die Schlichting-Stiftung in Charlottenburg mit Frist zum 1. Okt. 1920 die Bearbeitung der Frage zur Bewerbung aus: „Welche wirtschaftliche Bedeutung hat für Deutschland eine Wasserstraßen-Verbindung zwischen der Donau und dem Oder-Elbe-Gebiet gegenüber einer solchen zwischen der Donau und dem Rhein?“ Der Preis beträgt 1000 Mark. Dem Preisgericht gehören an: Reederei-Dir. Kins, Reg.- und Brt. Krey, sowie Geh. Ob.-Brt. Ottmann in

welches die Darstellungen auf Seite 549 und 550 zeigen.

Diese Verhältnisse dauerten bis über die Mitte des XIX. Jahrhunderts. 1857 trat die Wendung in der Geschichte der Baugruppe ein. In dieser Zeit entdeckte, mit den Worten von Rauters zu sprechen, „ein kluger Romantiker die entzückende Verwandtschaft zwischen Domstift und Künstlerverein“, der kurz vorher ins Leben getreten war und nach einer passenden Stätte für seine Geselligkeit suchte. Das Domstift wurde „profan und doch nicht profan“. „Ein Teil der geistigen Sammlung, die einst von den Geistlichen ausging, ist in unserer differenzierten Zeit zu den Laien in der profanen Ausprägung wissenschaftlich-künstlerisch-gesellschaftlicher Klubs gekommen. Die Laien von der höheren Weihe sitzen noch heute lesend und sinnierend in Bibliotheken und fröhlich bei der Notdurft des Leibes in Refektorien beisammen, sie brauchen Hörsäle und eine große Aula für diejenigen, die nach ihrer und anderer Weisheit und Kunst lüstern sind, wie einst die Schüler der scholastischen Domschule und des Athenaeums, und auch für ihre Feste, die nicht mehr in der Kirche gefeiert werden. Man kann durch Kreuzgänge so gut wie durch Flure zu den Stätten dieser seiner Lust wandeln, man kann sogar in ihnen und im Kreuzganghof meditierend sich ergehen...“ Das wußte die Künstlerschaft Bremens wohl zu würdigen, als sie sich entschloß, bei der Verwaltung der Domkirche um gastliche Aufnahme zu bitten, welche diese bereitwillig gewährte. —

(Fortsetzung folgt.)

Berlin, Ob.-Brt. Lindner in Potsdam und Geh. Reg.-Rat Prof. O. Schulze in Danzig. —

Zum Wettbewerb um den Schinkelpreis des Architekten-Vereins zu Berlin für 1921 sind als Aufgaben gewählt worden: Der Entwurf zu einem Volks- und Heimatmuseum einer mittelgroßen Provinzstadt Preußens; der Entwurf zur Kreuzung der Havel durch eine Straße bei Gatow (Ueberbrückung oder Untertunnelung) und der Entwurf einer südlichen Umgehungslinie am Blankenheimer-Tunnel an der Strecke Oberröblingen-Sangerhausen der Eisenbahn Halle-Cassel. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Plänen für ein neues Bankgebäude der Volksbank in Zürich eröffnet die Direktion mit Frist zum 31. März 1920 für vor dem 1. Jan. 1919 im Kanton Zürich niedergelassene Architekten schweizerischer Nationalität. Preissumme 35 000 Franken. Unterlagen gegen 15 Franken, die zurück erstattet werden, durch die Direktion der Schweizerischen Volksbank in Zürich. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Bebauung des Elfenau- und Mettlen-Gebietes und Umgebung in Bern erläßt der städtische Baudirektor von Bern mit Frist zum 2. Febr. 1920 für seit dem 1. Jan. 1919 im Kanton Bern niedergelassene und für die bernischen Fachleute. Zur Auszeichnung von 3—5 Entwürfen stehen 15 000 Franken zur Verfügung; Ankäufe für je 1500 Franken sind in Aussicht genommen. Unterlagen gegen 20 Franken, die zurück erstattet werden, durch die Kanzlei der städtischen Baudirektion in Bern. —

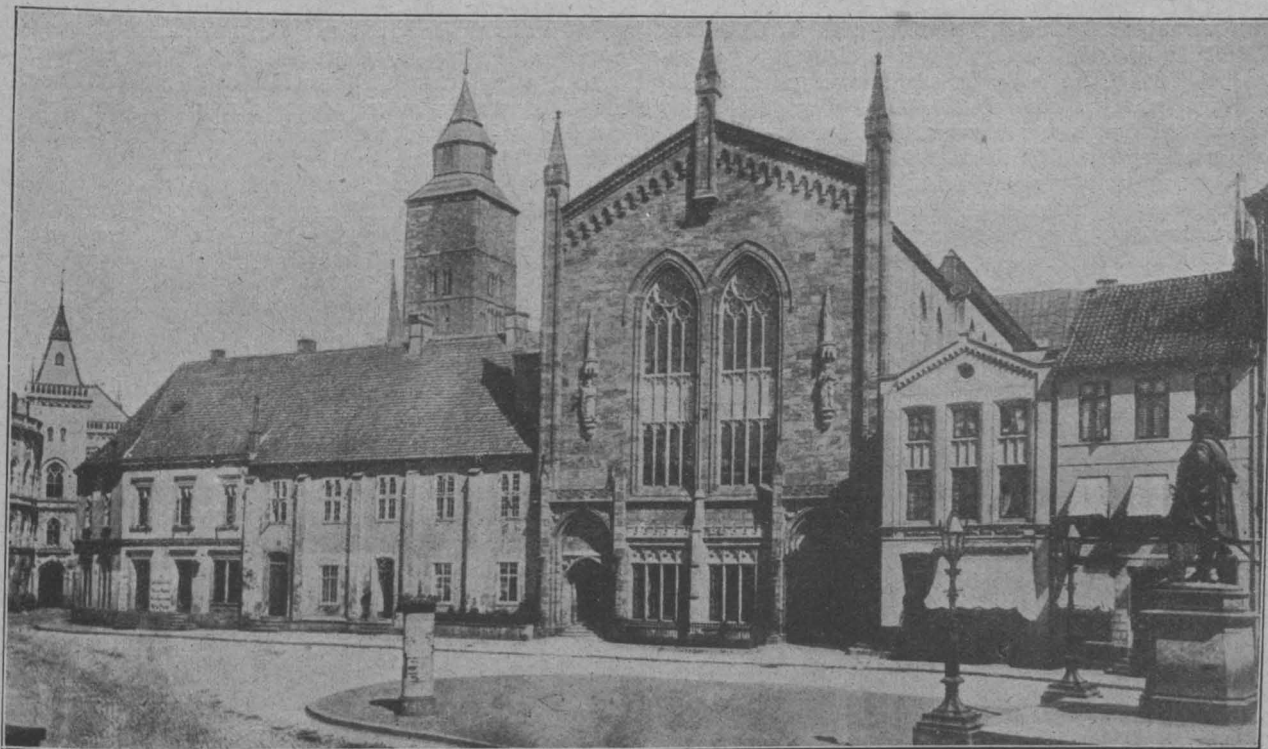
Wettbewerb der Kunst-Akademie in Dresden zur Erlangung von Entwürfen zu Erinnerungsmalen. An dem vom Akademischen Rat in Dresden ausgesprochenen Wettbewerb zur Erlangung von Modellen für Erinnerungsmale, Gedächtnis- und Gedenktafeln für im Krieg Gefallene haben sich 46 Künstler mit 111 Arbeiten beteiligt. Neben Dresden und seiner näheren Umgebung ist namentlich Leipzig mit einer Anzahl von Künstlern vertreten. Auf Vorschlag des Akademischen Rates sind vom Staat 40 Arbeiten von 20 Künstlern mit Geldpreisen im Gesamtbetrag von 18 900 M. ausgezeichnet worden. —

Chronik.

Ein Theater-Variété in Innsbruck mit 1400 Sitzplätzen, Restauration und Kaffee mit Terrassen nach dem Innfluß soll an Stelle des bisherigen Panoramas der Schlacht am Berge Isel nach den Plänen und unter Leitung des Architekten Walter Norden-Bozen und Innsbruck errichtet werden. Der Theater-Entwurf ist zur Genehmigung den zuständigen Behörden bereits vorgelegt; es soll mit dem Bau sofort begonnen werden. —

Inhalt: Zur künstlerischen Ausgestaltung des baulichen Mittelpunkt von Bremen. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



Doms-Anbau in Bremen während der Jahre 1870—74. Saalbau von Heinrich Müller †.
Nach einer Photographie im Kunsthistorischen Museum in Bremen.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. N^o 95. BERLIN, DEN 26. NOVEMBER 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Zur künstlerischen Ausgestaltung des baulichen Mittelpunktes von Bremen.

Von Dr. Albert Hofmann. (Fortsetzung.)



Der Architekt Heinrich Müller, einer der Mitbegründer des Künstlervereins, wurde zu der reizvollen Aufgabe berufen, dem Verein die Stätte zu bereiten. Er stellte den großen gewölbten Saal im Erdgeschoß des östlichen Flügels wieder her und wölbte nach seinem Vorbild den nördlich angrenzenden, bis an den Dom ge-

henden Raum, die ehemalige Wohnung des Kustos des Athenäums. Der große Saal diente zu Versammlungen, der kleinere wurde Lesezimmer; zwischen beiden lag gegen das Oktogon oder die Glocke die Treppe zum Obergeschoß, das teilweise gleichfalls den Zwecken des Vereins diente. Das Erdgeschoß des Oktogons wurde zur Wirtschaftsküche, das Obergeschoß ein mit bremischen Altertümern ausgestatteter Raum für behagliche Geselligkeit. Die der Domscheide zugewendete Fassade des östlichen Flügels erhielt unter Beibehaltung des alten Staffelgiebels neue breite Fenster mit Maßwerk. Auch ein neues Portal für den Saal und ein zweites für den Kreuzgang wurden gebaut. Von unseren Abbildungen zeigt die S. 550 in No. 94 nach dem Bremischen Haushalts-Kalender auf das Jahr 1836 die Stiftsgebäude an der Südseite des Domes mit der Domscheide in ihrem letzten Zustand als Gelehrten- und Domschule, während die Abbildung am Kopf der letzten Nummer den Zustand nach den ersten Umbauten Müllers wiedergibt. Zwölf Jahre bestand dieser Zustand, da wurde durch die Verwaltung der Domkirche der Beschluß gefaßt, einen geräumigen, die ganze Grundfläche des bestehenden Baues bedeckenden, bis beinahe an den Südturm des Domes reichenden Konzertsaal zu erbauen. Wieder wurde Heinrich Müller als Architekt berufen, der 1869 den Bau begann, der aber durch den deutschfran-

zösischen Krieg unterbrochen wurde. Nun entstand das in seinen Anfängen, was in der Januarnacht 1915 durch Brand zerstört wurde. Vielleicht, man kann es heute noch nicht sagen, war hier des Feuers ungebändigte Macht wohlthätig. Denn was Müller schuf, bedeutete einen starken, Schumacher sagt mit Recht, gewalttätigen Eingriff in das Bestehende. Zunächst fiel der alte, charakteristische Staffelgiebel und es entstand eine neue gotische Fassade aus Porta-Stein und aus Oberkirchener Sandstein. Die Fassade überragte ihre ganze Umgebung, wie die Abbildung am Kopf dieser Nummer deutlich zeigt. Jedoch es stand neben ihr immer noch der niedrige spätgotische Flügelbau des XVI. Jahrhunderts. Schon 1874 aber fand nach Müllers Entwürfen die Fortsetzung der Erweiterung statt und es entstand nun der Zustand, den die Kopfabbildung in No. 93, S. 545 zeigt.

Unter großen Opfern von alten Werten, gewalttätig! Denn nun wurde alles niedergelegt, was westlich vom Konzertsaal stand und bisher von Feuer und Menschenhand verschont geblieben war. Der neue Aufbau fand jedoch nicht auf der alten Baulinie statt, sondern es wurde eine „Regulierung“ der Domscheide durchgeführt, um dem Verkehr Rechnung zu tragen, der sich entwickelt hatte, seit 10 Jahre vorher, gleichfalls durch Heinrich Müller, die neue Börse entstanden war. Es galt also, die Stelle zwischen Börse und südwestlicher Ecke des Domshofes zu verbreitern. Zu diesem Zweck besann man sich nicht lange, sondern man ließ einfach den Neubau unter starker Abschrägung der Ecke so weit zurück springen, daß Raum zu einer erheblichen Verbreiterung der Straße gewonnen wurde. Es war also neben dem bereits bestehenden Saalbau über dem östlich gelegenen alten Remter ein westlicher Neubau entstanden, der im Untergeschoß Wohnungen für den Sekretär der Domkirche und den Wirt des Künstlervereins, ein Geschäftszimmer der Domkirche,

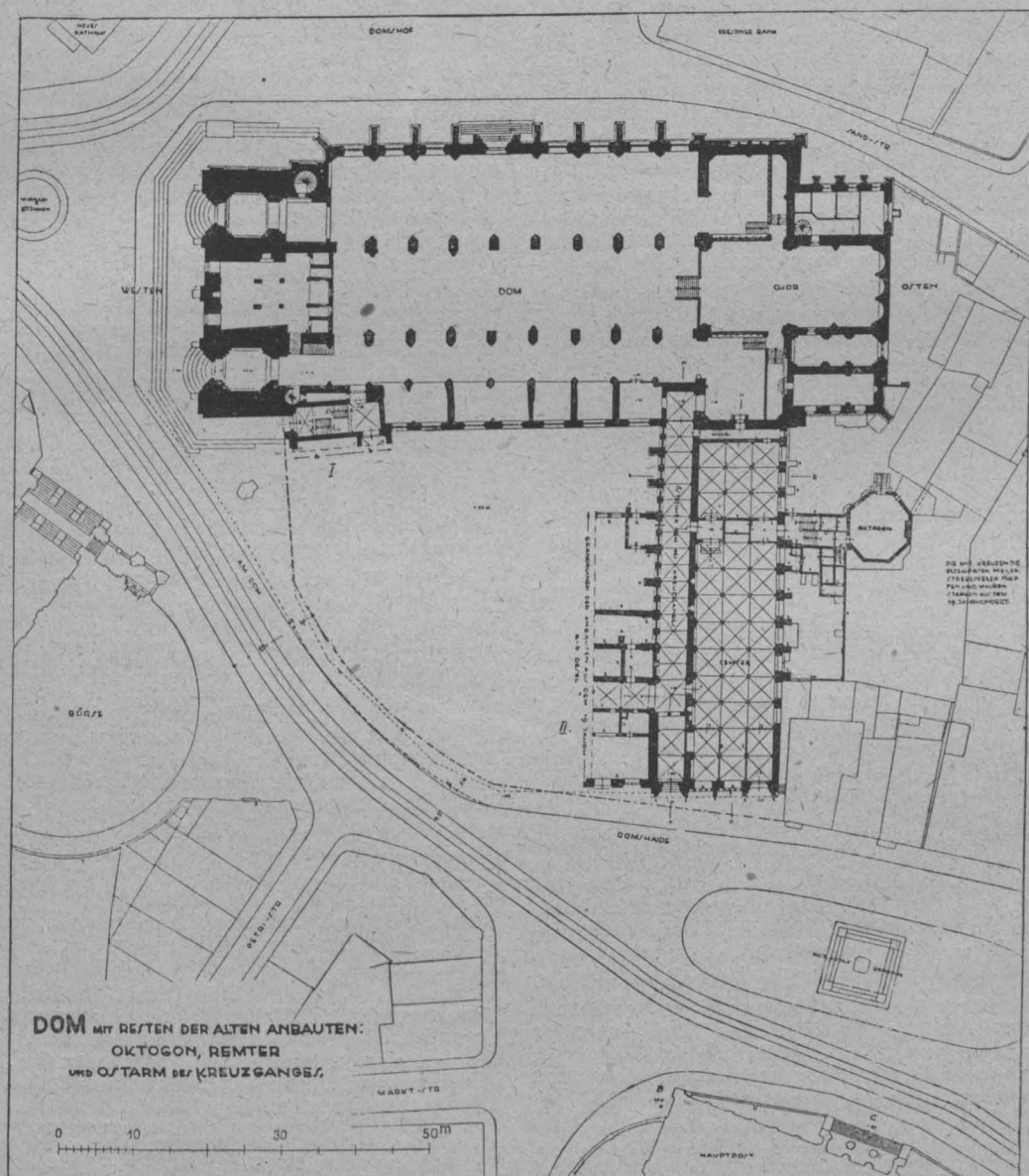
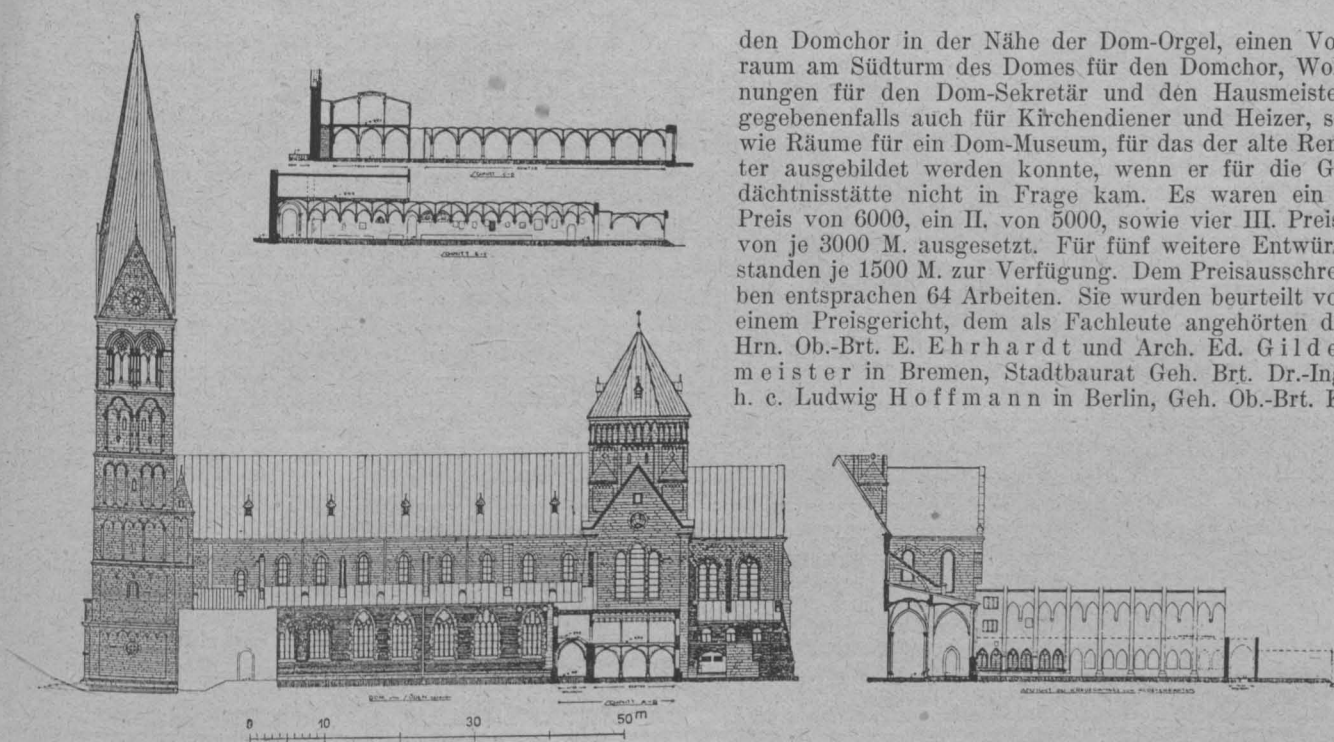
sowie vermietete Läden und Kontore enthielt. Darüber entwickelte sich ein Geschoß, in dem sich an den großen Konzertsaal drei ausgedehnte Säle für den Künstler-Verein reihten. Ein drittes Geschoß enthielt zunächst Sammlungen der Gesellschaft Museum und später Sammlungen des historischen Museums, die zum Glück kurze Zeit vor der Brand-Katastrophe in das Focke-Museum im ehemaligen Altenheim an der Großen-Straße übertragen worden waren, sodaß durch den Brand keine Verluste an wertvollen Sammlungsgegenständen entstanden. Im Jahr 1896 wurde die Anlage durch den Bau einer Bibliothek mit Lesezimmer und oberem Saal im Klosterhof und mit Anschluß an den Kreuzgang des östlichen Gebäudeteiles abgeschlossen. Von dem ehemaligen Domstift waren nur noch bescheidene Reste übrig. Noch 1835 hieß es von den Kreuzgängen: „Man wandelt in denselben auf lauter Gräften und Leichensteinen, deren Inschriften jedoch die Zeit und die Füße der Wandelnden verlöscht haben, indes die Wände an der Seite noch manches alte Epitaphium, auch wohl Motiv-Bild, zeigen, von denen eins und das andere selbst nicht ohne einiges historische Interesse ist. Sie umschließen den ehemaligen zum Dom gehörigen Gottesacker, der aber jetzt, in eine freundliche Gartenanlage umgewandelt, keine Spur mehr von denen aufweist, welche hier ruhen“. So bröckelte schon in jener frühen Zeit ein Stück nach dem anderen des geschichtlich Gewordenen ab; trotz aller Romantik hatte man keinen Sinn für die unwägbaren Ausstrahlungen des aus der Vorzeit Ueberlieferten. Aus dem Jahr 1876 lautet daher ein Urteil: „Der alte Kreuzgang war ein Stück Vergangenheit; freilich war er in der Gestalt, in der wir ihn gekannt, durchaus nicht lieblich anzusehen, ja zum Teil einer Rumpelkammer ähnlicher als einem freundlichen Spaziergang für würdige Domherren. Leitern und Feuereimer und alte Kisten und Packstroh und zerbrochene Stühle lagen wüst übereinander; die Scheiben in den Fenstern zwischen den Säulchen erlagen, trotz aller Erneuerung, immer wieder den Steinwürfen der Schuljugend; durch große, plump zwischengebaute Planken und Türen war ohnehin jede architektonische Wirkung unmöglich gemacht. Keiner dieser Uebelstände wird hinfort mehr vorkommen, aber dafür ist Bremen auch um ein Werk aus dem elften Jahrhundert ärmer“. Ein geistiger Mittelpunkt eines größeren Weltgebietes war damit für Deutschland verloren gegangen: „Von diesem Haus“, schreibt Rauters, „ist die Kultur Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Riga's und der russischen Ostseeprovinzen ausgegangen, hier hat man sich einmal als im Rom des Nordens gefühlt“. Kann man nun aber Heinrich Müller so sehr schelten, wenn man sieht, wie er unter Tabakfässern und Gerümpel die schönen Gewölbe der jetzigen Halle entdeckte und sie 1857 dem neuen Künstlerverein zuführte? Muß man ihn nicht vielmehr loben und preisen und Rauters zustimmen, wenn dieser schreibt: „Es war eine Tat, die Heinrich Müller damals getan hat. Es ist schon möglich, daß sonst auch gar nichts mehr stände. Ist nicht die kleine uralte romanische Kapelle bei St. Stephani den bösen Weg gegangen? Ist nicht die Kapelle an St. Ansgarii, in der Heinrich v. Zütphen einst gepredigt hat, schmählich vernachlässigt worden? Heinrich Müller hat Schlimmeres auf dem Gewissen — als er über den Markt geriet.“ Und dennoch: Dürfen wir bei allem beklagenswerten Verlust an ideellen und materiellen Werten einer noch nicht tief in das Unwägbarere eindringenden Zeit am Anfang einer Entwicklung das Schicksal nicht preisen, das ein Werk uns nahm, das in einer Zeit entstanden war, in der die Künstler „von der Verwechslung von Kulisse und Leben“ lebten? Dürfen wir nicht heute der Hoffnung leben, die der Wettbewerb bekräftigt hat, daß auf den bescheidenen Resten, die alle Schicksalsschläge uns gelassen haben, ein Neues entsteht, das wieder wie einst der Mittelpunkt eines reich ausstrahlenden Kulturstromes wird?

Wir dürfen zur Verwaltung der Dom-Kirche das Zutrauen haben, daß sie die kulturellen Ueberlieferungen, die sich an diese bevorzugte Stelle des Bremer

Stadtbildes knüpfen, auch auf die neue Entwicklungs-Periode zu übertragen verstehen wird. Ehrhardt führt hierzu aus, aus dem Trümmerfeld solle sich bald ein neuer Domanbau erheben, der mit der gewaltigen Westfront des Domes in der Umrahmung der schönsten der deutschen Plätze eine Rolle spiele. Die Form des Neubaus müsse dieser Lage und Bestimmung entsprechen. „Dom und Anbau waren stets zu einer großen Einheit zusammengefaßt, in der den Massen der Kirche eine beherrschende Stellung gebührte. Diese Einheit wieder herzustellen und dieses Verhältnis von Dom und Anbau zu einander, das nur im letzten halben Jahrhundert eine Trübung erfahren hat, wieder klar hervorzuheben, ist eine weitere wichtige Aufgabe. In der hier angedeuteten Richtung bewegen sich auch die Absichten der Verwaltung der Dom-Kirche, die von dem Tage an, da der alte Bau in Trümmer fiel, auf die neue Gestaltung der Dinge ihr Augenmerk gerichtet hat.“

Das beweist in erster Linie das im Mai dieses Jahres durch die Bauherren der St. Petri-Domkirche für die in Bremen ansässigen Architekten erlassene Preisausschreiben. Nach ihm beabsichtigt die Domgemeinde, anstelle der abgebrannten Teile des Domanbaues ein Gemeindehaus zu errichten. Die alten, aus Backstein hergestellten Bauteile des früheren Klosters sollen in dem aus den Plänen S. 555 dargestellten Umfang aus den jetzigen Trümmern gerettet und erhalten werden. „Im übrigen bestehen für die neuen Planungen sowohl hinsichtlich des Zweckes wie hinsichtlich der Massengestaltung andere Gesichtspunkte, als für die abgebrannten Bauten.“ Das Programm forderte, die Baumasse so abzustimmen, daß sie im Zusammenhang mit der Wirkung des Domes sowohl vom Markt wie von der Domscheide aus klare und günstige Bilder ergebe. Zum Zweck der Verbreiterung des Zuganges von der Domscheide zum Markt werde von der Stadterweiterung die im Lageplan S. 555 eingezeichnete Linie als Grenze und Häuserlinie vorgeschrieben. Anträge auf Abänderung dieser Linie waren von der Deputation für die Stadterweiterung wiederholt abgelehnt worden. Es konnten demnach für den Wettbewerb nur Entwürfe in Frage kommen, die der vorgeschriebenen Häuserlinie entsprachen. Da sich nun aber bei der Durcharbeitung der Entwürfe doch die Notwendigkeit herausstellen konnte, zugunsten einer glücklicheren Lösung der schwierigen Aufgabe entsprechend dem Antrag der Domgemeinde die Baulinie vorzurücken, so hat sich die Domverwaltung vorbehalten, drei nicht zum Wettbewerb an sich zugelassene Entwürfe, die sich auf der vorgerückten Häuserlinie aufbauen, gegen je 2000 M. anzukaufen. Die Auswahl sollte durch das Preisgericht erfolgen. Für die Höhenentwicklung war maßgebend, die Türme des Domes für den Anblick von der Domscheide aus noch in Wirkung treten zu lassen. Für Stil und Material des Äußeren waren keine Vorschriften gemacht, jedoch sprach die Domgemeinde den Wunsch aus, die alte Stimmung, die in der Ansicht der Baugruppe von 1857 liegt (S. 549), wieder zum Ausdruck zu bringen. Nur als eine Anregung, nicht als eine Forderung sprach das Programm den Gedanken aus, den Kreuzgang mit dem inneren Hof, dem alten Klosterhof, als Gedächtnisstätte der Domgemeinde für den Weltkrieg, als eine Stätte stiller Andacht auszubilden. Es besteht in dieser Hinsicht der Gedanke, die einzelnen Joche des Kreuzganges im Lauf der Zeit mit Kunstwerken der Erinnerung zu schmücken. Auch der schön gewölbte Raum des ehemaligen Remters konnte zur Verwirklichung des Gedankens der Gedächtnisstätte heran gezogen werden. Ein Portal mit Durchblick auf das Innere des Hofes sollte vom Markt aus in die Erscheinung treten.

Im Uebrigen aber sollte die Anlage den praktischen Bedürfnissen der Domgemeinde dienen und demgemäß enthalten einen Gemeindesaal für 500—600 Personen, mit Erfrischungsraum von 200—220 qm und den nötigen Nebenräumen, einen Vorraum zur Domkirche für Taufen und als Empfangsraum bei Hochzeits-Gesellschaft-



ten; fünf Lehr- und Vortragssäle, Verwaltungsräume für Dom und Gemeindepflege, einen Uebungssaal für Hofmann in Darmstadt, Prof. E. Hoegg in Dresden, Stadtbrt. Prof. K. Roth in Mannheim und Baudir.

Prof. Dr.-Ing. h. c. Fritz Schumacher in Hamburg. Die Beurteilung fand am 8. und 9. Oktober 1919 statt. Sie ergab die Ausscheidung von zunächst 19 Arbeiten, „welche den an die Lösung der Aufgabe zu stellenden Ansprüchen weniger entsprachen, als die übrigen Entwürfe“. Bei der weiteren Beratung wurden noch 25 Arbeiten ausgeschieden, sodaß 15 Arbeiten auf die engere Wahl kamen und zwar die Entwürfe mit den Kennworten „Walhall“, „Platzbilder“, „Bezelin“ (grüne Schrift), „Frieden“, „Neues Leben“, „Zweistöckig“, „Duett“ (2 Lösungen), „Bezelin“ (blaue Schrift), „Sancta Simplicitas“, „Pallas Athene“, „von D“, „Opportunitas“, „Klosterformat“ (Variante) und „Phönix II“. Aus dieser Gruppe wurden schließlich 6 Arbeiten für die zur Verfügung stehenden Preise ausgewählt. Diese wurden jedoch nicht nach dem Ausschreiben verteilt, sondern es wurde „nach reiflicher Abwägung aller für eine Prämierung in Frage kommender Entwürfe“ einstimmig beschlossen, die ganze zur Verfügung stehende Summe in 6 gleiche Preise von je 4000 M., 7 Ankäufe von je 1500 M. und 1 Ankauf für 2000 M. (Variante) zu

teilen. Die Preisträger und die durch Ankauf ihrer Entwürfe ausgezeichneten Verfasser wurden bereits S. 524 in No. 88 genannt.

Das Preisgericht gab der Meinung Ausdruck, bei allen mit Preisen ausgezeichneten Entwürfen seien neben Vorzügen auch „wesentliche Bedenken“ zum Ausdruck gekommen. „Die Aufgabe ist durch das Ineinandergreifen von Altem und Neuem, architektonischen und praktischen Forderungen so erschwert, daß sie beim ersten Anlauf eine völlig reife und für die Ausführung brauchbare Lösung nicht gefunden hat.“ Es wurde daher von den fachmännischen Preisrichtern ein engerer Wettbewerb unter den Preisträgern empfohlen. Diesem sei „eine Lösungsform der Massen zugrunde zu legen, die mit rechtwinklig geführten Gebäudeflügeln den Hof umfaßt“. Der Wettbewerb habe gezeigt, daß auf diesem Wege das Ziel der Aufgabe erreicht werden könne. Auf die wichtige Frage der Baulinie ist bei dieser Äußerung des Preisgerichtes nicht eingegangen worden, und doch hätte ein Urteil des Preisgerichtes hierüber die künftige Gestaltung sehr stützen können. —

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Zum 25jährigen Dienstjubiläum des Direktors der staatlichen Baugewerkschule in Coburg. Anfang November 1919 waren es 25 Jahre, daß der Architekt Baurat Ernst Wustand von Köln, wo er 3 Jahre lang die siebenklassige Filiale der städtischen gewerblichen Lehranstalten der Stadt am Salier-Ring mit bestem Erfolg geleitet hatte, die Direktion der damaligen dreiklassigen herzoglichen Baugewerkschule in Coburg übernahm, um diese Anstalt trotz der Hemmungen des Krieges bis heute zu schöner Blüte zu entwickeln. Zusammen mit dem Direktor wirkten anfänglich die Architekten Keßler und Oelenheinz; heute ist die Lehrerschaft mit dem Direktor auf 9 Köpfe angewachsen. Das letzte Sommerhalbjahr war mit 102 Schülern, das laufende Winterhalbjahr ist mit 180 Schülern besucht. Die Anstalt war zunächst im Gebäude der Sonntagsschule untergebracht und übersiedelte dann in die „Alte Realschule“. Im Lauf der Jahre hat sich die Anstalt so ausgedehnt, daß ihr weitere Räume am Moritzkirch-Platz in Coburg zugewiesen werden mußten. Der Lehrplan lehnt sich an den Lehrplan der preußischen Baugewerkschulen an. —

Zusammensetzung der Provinzial-Kommission für Denkmalpflege in der Provinz Brandenburg. Durch die Veränderung der politischen Zustände und durch Tod hat die Zusammensetzung der „Provinzial-Kommission für Denkmalpflege in der Provinz Brandenburg“ eine Aenderung erfahren. In ihr befinden sich heute kraft ihres Amtes der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Dr. Maier, der Landesdirektor der Provinz v. Winterfeldt, der an Stelle des verstorbenen Theodor Goecke gewählte Provinzial-Konservator Reg.-Rat Prof. E. Blunck und der Vorsitzende des Provinzial-Ausschusses v. Saldern. Auf 6 Jahre gewählte Mitglieder der Kommission sind Reg.-u. Bt. Körner in Berlin-Steglitz, Geh. Med.-Rat Dr. Behla in Charlottenburg, Geh. Bt. Prof. R. Borrmann in Berlin, Geh. Bt. Friedr. Schultze in Berlin-Dahlem, Schriftleiter des Zentralblattes der Bauverwaltung und der Denkmalpflege, Kammerherr von Freier in Hoppenrade, Landrat von Manteuffel in Luckau, Oberbürgermstr. a. D. Koeltze in Spandau, Geh. Archivrat Prof. F. Wolff in Berlin, Pfarrer Hobus in Dechsel bei Landsberg, Pfarrer Dr. Ohle in Prenzlau, Baurat L. Diem in Berlin-Friedenau, Landrat v. Kudehl in Königsberg i. N., Chefredakteur der „Deutschen Bauzeitung“ Dr.-Ing. h. c. Albert Hofmann in Potsdam-Wildpark und Geh. Bt. Kickton in Potsdam.

Die Herausgabe des Denkmäler-Verzeichnisses der Provinz Brandenburg schreitet rüstig fort; an ihr sind beteiligt die Hrn. Landesbauinsp. Dr. Wilh. Jung in Berlin-Grunewald, Arch. P. Eichholtz, Prof. Dr. Spatz und andere. Es ist demnach ein neuer Band zu erwarten. —

Reichsbauten an den neuen Grenzen. Der bayer. Architektenrat versendet folgende Mitteilung: „Im Frieden hat man den Zollbauten an der ganzen langen Grenze des Reiches in weiteren Kreisen keine nennenswerte Beachtung geschenkt. Der Friede hat unsere Grenzen im Norden, Westen und Osten gewaltig verändert. An der langen Strecke sind Gebäude für die Grenzachen nötig. Sie werden sehr schmerzlich empfundene Kosten verursachen. Aber sie geben auch Arbeit und können der Baukunst eine heute besonders erwünschte Aufgabe stellen. Wenn auch derartige Nutzbauten bislang nicht als künstlerische Aufgaben betrachtet worden sind und deshalb ihre Lö-

sungen keine Kunstwerke wurden, so zeigen doch viele Eisenbahnbauten und andere öffentliche Nutzbauten, daß auch diese Bauten künstlerische Leistungen sein können, ohne daß das ihrer Wirtschaftlichkeit Abbruch tut. Es wird so viel von dem Eindruck deutscher Einrichtungen auf Ausländer gesprochen. Das erste, was der Ausländer an der Grenze sieht, ist das Zollamt. Man sollte ihm also zeigen, daß das neue Deutschland in aller Aermlichkeit künstlerisch Besseres bieten kann als das alte mit seinen oft protzig rohen öffentlichen Bauten. Will man das zeigen, dann führe man die privaten Baukünstler vor die Aufgabe, deren bisherige Lösung den Ruhm Deutschlands und deutscher Kunst nicht erhöht hat.“ —

Beschleunigte Zahlung der Baukosten-Zuschüsse. Vom preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt geht uns die folgende Mitteilung zu: An der Aufbringung der Baukosten-Überteuering-Zuschüsse sind bekanntlich Reich, Staat und Gemeinde beteiligt. Auf die staatlicherseits zu leistenden Beihilfen werden von den Gemeinden Vorschüsse geleistet, für die in einzelnen Fällen bereits beträchtliche Mittel aufgewendet werden mußten. Um nun in dieser Hinsicht für die Gemeinden eine Erleichterung zu schaffen, und in der Erstattung der Zuschußgelder keine Verzögerungen eintreten zu lassen, hat der Minister für Volkswohlfahrt jetzt die Regierungspräsidenten ermächtigt, über Anträge auf Darlehn und endgültige Zahlungen der Baukosten-Zuschüsse, die durch Beihilfebescheide zugesagt sind, selbständig zu entscheiden und die Beträge unmittelbar anzuweisen. Damit ist eine wesentliche Beschleunigung des Verfahrens gewährleistet und die Lage der Gemeinden erleichtert. —

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Plakat der Adler-Compagnie Zigarettenfabrik a. G. in Dresden erläßt die Gesellschaft zum 15. Dez. 1919 für in Deutschland ansässige Bewerber. Es gelangen 3 Preise von 1500, 900 und 600 M. und 5 weitere Preise zu je 300 M. zur Verteilung. Ankäufe für je 300 M. vorbehalten. Im Preisgericht u. a. die Hrn. Kunstmaler Prof. Leonh. Fanto, Dir. Prof. Karl Gross, Kunstmaler Prof. Hans Unger, sowie Prof. Dr. Hans W. Singer vom Kupferstichkabinett, sämtlich in Dresden. —

Ein Preisausschreiben des bayerischen Verkehrs-Ministeriums zur Erlangung von Entwürfen für neue Briefmarken, im August dieses Jahres erlassen, war bis zum 31. Okt. 1919 von etwa 350 Künstlern mit 1800 Entwürfen beschiedt. —

In einem Wettbewerb der Stadt Berlin-Friedenau zur Erlangung von Entwürfen für die künstlerische Ausgestaltung ihres Ehrenfriedhofes auf dem Gemeindefriedhof an der Stubenrauch-Straße liefen 42 Arbeiten ein. Der Wettbewerb war auf die in der Gemeinde ansässigen deutschen und deutschösterreichischen Künstler beschränkt. —

Inhalt: Zur künstlerischen Ausgestaltung des baulichen Mittelpunktes von Bremen. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Wirtschaftliche Beilage. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.

WIRTSCHAFTLICHE *** BEILAGE. ***

Estriche und Fußböden von Steinholz.

Am Schluß meiner in Nummer 69 dieser Zeitung erschienenen Abhandlung habe ich den Wunsch ausgesprochen, der „Verband Deutscher Steinholzfabrikanten“ möge unsere Fachblätter mit den voraussichtlich von ihm angestellten Versuchen und Erfahrungen auf dem Laufenden erhalten und die bisherige Verschleierung lüften, wodurch er nicht nur das derzeitige Mißtrauen der Architekten gegenüber Steinholz am raschesten beseitigen, sondern auch seiner Industrie am besten nützen würde. In No. 85 dieses Blattes hat nun der chemische Sachverständige des genannten Verbandes, Dr. Donath in Leipzig, eine Erwiderung auf meine Ausführungen gebracht, die meinem Wunsch leider nicht nachkommt und meinem Gefühl nach mehr den Zweck der Entlastung als den der Aufklärung verfolgt. Nachdem diese Entgegnung sich mit „teilweise irrtümlicher Auffassung von mir“ rechtfertigt, bin ich zur nochmaligen Äußerung genötigt.

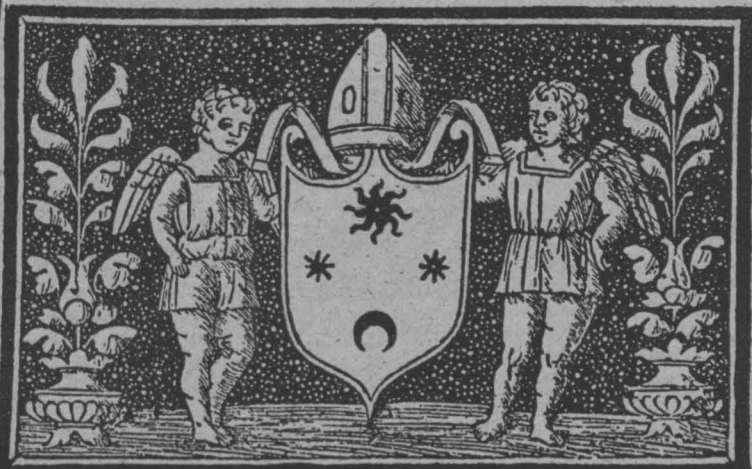
Meine Ausführungen in No. 69 beschäftigen sich überwiegend mit Tatsachen, die durch Zeugen bestätigt werden können; auf einige von mir daran angeschlossene Vermutungen wurde von Dr. D. nicht eingegangen, sodaß sich die vermeintlich irrige Auffassung nicht auf diese beziehen kann; der Nachweis einer solchen ist demnach nicht erbracht.

Bei den Erläuterungen von Dr. D. zu dem von mir herangezogenen besonderen Fall ist Folgendes zu berichtigen:

1. Eine 2–3 cm starke Zementglattschicht zwischen Holzestrich und Bimsbeton war von dem Steinholzgeschäft nicht verlangt und ist deshalb auch nicht ausgeführt worden; statt dieser wurde, wie schon früher bemerkt, der Bimsbeton mit Zementmilch eingeschlämmt;

2. die Erhöhungen des Linoleums über den Trägern zeigten sich nicht „plötzlich“ im Jahre 1918, sondern sind ganz allmählich entstanden, als deren Ursache der Bauherr zunächst fehlerhaftes Verlegen des Linoleums ansah und die Bauleitung deshalb erst 1918 benachrichtigte, nachdem die Erhebungen so stark wurden, daß die Benützbarkeit der Räume darunter litt;

3. dessen Erklärung des Zerstörungs-Vorganges ist eine rein persönliche, das Steinholz möglichst entlastende, die von dem Gutachten anderer namhafter Chemiker erheblich abweicht, ich kann dieselbe schon deshalb nicht als richtig ansehen, weil bei einem anderen, 1909/10 mit derselben Unterkonstruktion (Hohlsteindecken und Bimsbeton) ausgeführten großen Wohnhausbau sich dann die gleichen Zerstörungerscheinungen hätten zeigen müssen, was bis jetzt aber, wie schon in meiner ersten Abhandlung bemerkt, nicht der Fall ist;



4. der Behauptung des Dr. D., das Linoleum wäre „zu früh“ verlegt worden, kann ich insofern unter Vorbehalt beistimmen, als die fehlerhafte Zusammensetzung des Steinholzestrichs vielleicht nach einer abnormal langen Zeitdauer, die aber bei keinem Bau zur Verfügung steht, ihre zerstörenden Eigenschaften verloren hätte; in Werbeschriften von Steinholz-Fabrikanten ist es aber seinerzeit gerade als ein besonderer Vorzug ihres Baustoffes angepriesen worden, daß derselbe schon acht Tage nach seinem Aufstreichen trocken und zum Belegen mit Linoleum geeignet sei. In Wirklichkeit wird diese Zeitspanne, wie auch im vorliegenden Fall, bedeutend größer, da der Estrich vor Einbringen der Schreiner-Arbeiten aufgetragen wird und das Verlegen des Linoleums bekanntlich die letzte Arbeit in jedem Bau ist;

5. Bei einem im gleichen Bau verlegten Steinholzhoden zeigte sich über dem Träger ein Sprung des Bodens, sodaß an einer Stelle aufgemacht wurde, wo aber der Träger nicht angegriffen war; trotz des verdächtigen Sprunges konnte ich deshalb seinerzeit der Ansicht des Dr. D., daß bei Steinholzböden-Zerstörungen nicht zu befürchten sind, nicht widersprechen. Nach einer erst in der letzten Zeit in einem anderen Bau von mir gemachten Wahrnehmung bestätigt sich aber diese Ansicht nicht; der betr. Boden, über Kiesbeton verlegt, hatte sich teilweise über den Trägern gehoben und zeigte hier Längssprünge; beim Aufmachen waren die Träger auch angerostet, merkwürdigerweise nur bis Mitte des Raumes, wodurch die in meiner ersten Ausführung ausgesprochene Vermutung sich bestätigen dürfte, daß hier für den gleichen Raum Steinholzmasse von verschiedenartigem Mischungsverhältnis verwendet wurde.

Wenn ich auf allgemeine Bemerkungen des Dr. D. übergreife, so wäre hervorzuheben, daß infolge seiner in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen vor Bimsbeton und Hohlsteindecken als Unterlage für Steinholz von ihm gewarnt wird; ich habe aber schon in No. 69 bemerkt, daß die Zerstörungen durch Steinholz aber auch bei Kies-Schlacken- und Eisenbeton-Unterlage vorgekommen sind; Dr. D. führt an, daß Verrostungen von Eisen in Schlackenbeton und anderen Betondecken sich auch bei Fehlen eines Belages von Steinholz gezeigt hätten; wie weit das begründet ist, muß ich der einschlägigen Zementindustrie überlassen, deren Äußerung hierüber sehr erwünscht wäre.

Daß bis heute kein einziges Bauwerk durch Steinholz gefährdet worden sei, wie Dr. D. schließlich behauptet, ist

nicht richtig; wenn im Allgemeinen diese Gefährdung nicht zu weit geht, so liegt der Grund darin, daß die Begleitererscheinungen der Zerstörungen — starke Hebung des Bodens — die Benützbarkeit der Räume so einschränken, daß jeder Bauherr gezwungen ist, nach der Ursache sehen zu lassen und die Ausbesserungen vorzunehmen; würde das nicht geschehen, so ginge die Verrostung der Träger weiter und deren völlige Herausnahme — wie allenfallsiger eiserner Stützen — würde unerlässlich sein; ein solcher Fall ist, wie schon früher bemerkt, mir bekannt, es dürfte derselbe wohl als eine Gefährdung des Baues anzusprechen sein.

Zur Beruhigung wird von Dr. D. wiederholt angeführt, daß bei normaler Zusammensetzung der Steinholzmasse keine Zerstörungen zu befürchten sind; daß diese Möglichkeit besteht, geht auch aus einer Stelle des 1. Absatzes meiner Ausführungen hervor, die lautet: „In einem 1909/10 ausgeführten größeren Wohnungsumbau haben sich bis jetzt keine Beanstandungen ergeben.“ Leider wird aber von Dr. D. nicht angegeben, was unter normal zu verstehen ist und wie eine normale Zusammensetzung auf der Baustelle gewährleistet und von der Bauleitung geprüft werden kann; die bisherige Gepflogenheit, nach welcher die fertige Lauge auf den Bau angeliefert wird und den Arbeitern deren Mischung mit den übrigen Stoffen überlassen ist, die meistens mehr als zu wenig Lauge verwenden — ich verweise nochmals auf die schon in No. 69 von mir angeführten Bemerkungen des Dr. Markus-Dresden — ist wohl in erster Linie an der unsachgemäßen Ausführung der Steinholzböden schuld und kann deshalb nicht beibehalten werden; die Ausführung muß derart erfolgen, daß jede Geheimniskammer gegenüber der Bauleitung beseitigt und diese in den Stand gesetzt wird, die Ueberwachung richtig durchführen zu können.

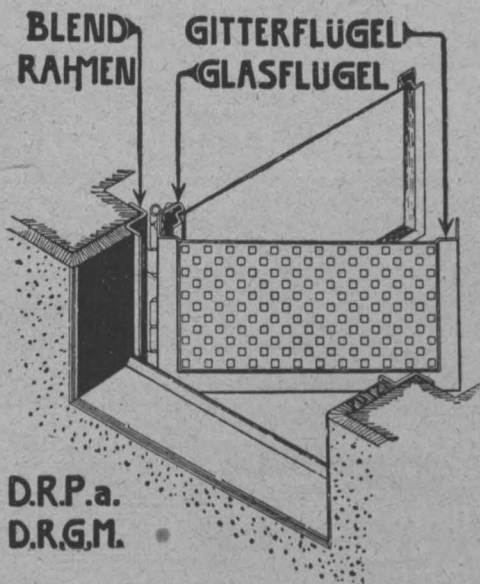
Bis jetzt habe ich die Erfahrung gemacht, daß man Steinholz nicht als so harmlos ansehen darf, wie aus der Entgegnung des Dr. D. geschlossen werden könnte; ich habe dasselbe von 1905—1914 bei vier Bauten über Massiv-Decken mit Eisenträgern verwendet; es sind bei drei derselben die Zerstörungen aufgetreten, sodaß es sich nicht um Ausnahmefälle handelt und das Mißtrauen gegenüber diesem Baustoff wohl gerechtfertigt ist.

Es würde nicht nur der Steinholz-Industrie zum Vorteil gereichen, sondern auch von vielen Architekten wegen der sonstigen guten Eigenschaften des Estriches — schlechter Wärme- und Schalleiter, Elastizität — begrüßt werden, wenn dieser Argwohn durch restlose Aufklärung baldigst beseitigt würde. —

Hans Pylipp in Nürnberg.

Technische Mitteilungen.

Eiserne „Gifega“-Kellerfenster der Essener Metallwerkstätten. Statt der bisherigen Holzfenster, welche durch Quellen und Ziehen in den wenigsten Fällen ihren Zweck erfüllen, und statt der besonderen eisernen Gitter zum Schutz gegen Einbruch usw. bildet das „Gifega“-Kellerfenster der Essener Metallwerkstätten in Essen einen eisernen Abschluß, welcher Fenster und Gitter in sich vereinigt.



quem durch das Ausschwenken geöffnet, sowie durch eine im Inneren angeordnete Verschluss-Vorrichtung einzeln oder zusammen nach dem Schließen gesichert werden.

Die Fenster werden in zweierlei Ausführung hergestellt: Erstens mit einer äußeren durchbrochenen Gitterplatte als zu öffnendem Flügel und einem zweiten Rahmen als Glasflügel, zum Abschluß von Kohlenkellern usw., kurz da, wo Gegenstände durch die Öffnungen einzubringen sind. Zweitens mit äußerer feststehender, durchbrochener Gitterplatte, mit beweglichem Glasflügel, zum Abschluß von Gemüsekellern usw., kurz da, wo keine Gegenstände durch die Öffnungen einzubringen sind.

Bei beiden Ausführungen ist das Glas gegen Einwerfen und Einstoßen durch die Gitterplatte geschützt. Bei den Kohlenkeller-Abschlüssen legt sich beim Öffnen der beiden Flügel der Gitterplattenflügel über den Glasflügel und schützt somit die Glasscheibe beim Einwerfen der Kohlen vor Zertrümmerung. Die Anlage von Kohlenrutschen erübrigt sich hierbei.

Der Verschluss der eisernen Fenster ist derartig eingerichtet, daß beim Aufstellen der Glasflügel zum Entlüften kein Unberufener das Gitter öffnen kann. Die durchbrochene Gitterplatte schützt ferner gegen Katzen, Ratten, Mäuse und dergl.

Bei vielen Siedelungsbauten werden diese Abschlüsse bereits verwandt. Als normale Größe kommen für Gemüse- und Kohlenkeller einflügelige Abschlüsse von 530 mm Breite und 340 mm Höhe l. Mauermaß zur Ausführung. Die „Gifega“-Kellerfenster werden fabrikmäßig hergestellt, daher ist der Preis trotz der vielen Vorzüge niedrig. —

Werkverträge und Umsatzsteuer. Hierzu erhielten wir folgende Zuschrift: „In Ihrer Nummer 79 bringen Sie in der „Wirtschaftlichen Beilage“ eine Besprechung über das Reichsgerichts-Urteil vom 14. Jan. 1919, nach dem die Werkverträge nicht von der Umsatzsteuer betroffen werden. Das als Grundlage der Entscheidung erwähnte Reichsgerichts-Urteil vom 12. Nov. 1918 haben wir herbeigeführt, die Rechtslage ist uns deshalb zuverlässig bekannt. Deshalb weisen wir darauf hin, daß das von Ihnen erwähnte Reichsgerichts-

Die „Gifega“-Fenster bestehen aus einem eisernen Blendrahmen, an welchem sowohl ein Schutzgitter, als auch ein Rahmen für die Glasscheibe ausschwenkbar angeordnet sind. Fenster und Gitter werden somit als Ganzes in das Mauerwerk eingeführt und können von der Innenseite be-

Urteil sich nur auf das Warenumsatzsteuer-Gesetz von 1916 bezieht, das inzwischen durch das Umsatzsteuer-Gesetz vom 26. Juli 1918 ersetzt worden ist. Dieses erfaßt im § 1 auch die Werkverträge, sodaß die vom Reichsgericht gefällte Entscheidung jetzt keine Bedeutung mehr hat. — „Actien-Gesellschaft für Beton- und Monierbau.“

Preise für Dachpappe. Vom „Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten E. V.“ erhalten wir folgende Zuschrift vom 2. Okt. d. J.: Infolge neuerdings ganz erheblicher Steigerung der Rohstoffpreise für Teer und Rohpappe, sowie der Löhne, der Kohlenpreise und der Betriebsunkosten hat sich der „Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten“ veranlaßt gesehen, folgende neue Richtpreise herauszugeben:

Für Dachpappe mit

80er	100er	150er	200er	Rohpappen-Einlage
2,60	2,10	1,60	1,30 M.	für 1 qm

frei Eisenbahnwagen auf den Verladebahnhof des Verkäufers geliefert gegen gleiche Barzahlung ohne Abzug. —

Wiederaufbau der Linoleum-Industrie in Deutschland.

Unter den deutschen Industriezweigen, die durch den Krieg schwer heimgesucht worden sind, gehört ohne Zweifel die Linoleum-Industrie zu den am meisten betroffenen; denn infolge des Fehlens der Rohstoffe hat sie mit Ausnahme des ersten Kriegsjahres, in welchem sie noch von Vorräten zehren konnte, während der ganzen übrigen Dauer des Krieges und bis heute vollständig still gelegen. Erst jetzt ist es den fortgesetzten Bemühungen der Linoleum-Fabriken gelungen, in der betreffenden Reichsverteilungsstelle zunächst eine Zusage zur Lieferung von allerdings vorläufig noch sehr bescheidenen Mengen von Rohstoff zur Wiederaufnahme der Fabrikation zu erlangen. Freilich sind der Preis dieser Rohstoffe und die Löhne so außerordentlich hohe, daß in den Kreisen dieser Industrie begründete Zweifel darüber bestehen, ob die möglichen Verkaufspreise den hohen Herstellungskosten der Fabrikate entsprechen. Schon aus diesem Grund gilt die Wiederaufnahme der Anfertigung nur als ein Versuch, wenn auch mit stillen Hoffnungen für eine allmähliche Festigung des Betriebes. —

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich. Der Dr.-Ing. Schoeneich, Betriebsleiter bei der Reichswerft in Kiel, ist zum Reg.-Rat und ständ. Mitgl. des Reichs-Versicherungsamtes und der bad. Dipl.-Ing. Braun zum beigeordn. Mitgl. der Reichsanstalt für Maß und Gewicht für die Dauer von 5 Jahren ernannt.

Der Reg.-Bmsr. Voß ist zum Bauamt. bei den Reichsvermögensämtern ernannt und bestellt worden.

Baden. Der Bauinsp. Rochlitz in Karlsruhe ist zur Bahnbauinsp. Neustadt i. Schw. mit dem Wohnsitz in Schluchsee und der Eisenb.-Ing. Karl Köhler in Karlsruhe nach Mannheim versetzt.

Die Versetzung des Bauinsp. Wohlgemuth in Rastatt nach Karlsruhe ist zurückgenommen.

Den a. o. Prof. Dr. Joachim Teichmüller und Dr. Anton Schwaiger an der Techn. Hochschule in Karlsruhe ist die Amtsbezeichnung eines ord. Prof. verliehen.

Den Ob.-Brtn. Dr. Rud. Fuchs ist die Stelle des Min.-Dir. beim Arbeits-Min. und Prof. Stürzenacker die Stelle eines vortr. Rates bei demselben, dem Bauinsp. Herm. Wieland ist die Stelle eines Insp.-Beamten bei der Ob.-Dir. des Wasser- und Straßenbaues übertragen.

Die Ing.-Prakt. Alexander Baumann, Jos. Braunwarth, Rob. Krafft, Ferdinand Sachs, Eugen Schönte, Ferd. Tritschler, Walter Türk, Herm. Wagner und Wilh. Zahs haben die Staatsprüfung bestanden und sind zu Reg.-Bmsrn. ernannt.

Die Brte. Fr. Lück in Freiburg, Heinr. Kayser in Lörrach und Forscher in Karlsruhe, der Bauinsp. Wilh. Bück in Konstanz treten auf ihr Ansuchen in den Ruhestand.

Bayern. Der Ob.-Reg.-Rat Weigmann bei der Obersten Baubehörde im Staatsmin. des Inn. ist zum Min.-Rat befördert.

Die Präs. der Eisenb.-Dir. v. Welcker in Würzburg und v. Kalckbrenner in Nürnberg, der Brt. Volk in Rosenheim sind auf ihr Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

Befördert sind die Ob.-Reg.-Räte, Min.-Räte Konrad Dasch zum Präs. der Eisenb.-Dir. Würzburg und Ferd. Käppel desgl. in Nürnberg.

Hessen. Der Reg.-Bmsr. Ad. Schaumburg ist zum Bauassessor ernannt und Verleihung des Tit. und Ranges eines Bauinsp. Der Reg.-Bfhr. Walter Ludwig ist zum Reg.-Bmsr. ernannt.

Mecklenburg-Schwerin. Ernannt sind: der Min.-Brt. Ehmig zum Min.-Dir., der Geh. Ob.-Brt. Pries zum Min.-Rat und der Hofbrt. Liß zum Min.-Rat im Min. Abt. für Hochbau.

Preußen. Der Geh. Brt. Anger ist zum Ob.-Baudir. und Min.-Dir. im Min. der öff. Arb. ernannt.

Akademie des Bauwesens: Der Geh. Ob.-Brt. Dr.-Ing. Jos. Stübgen in Grunewald ist zum ord. Mitgl., der Geh. Ob.-Brt. Hesse in Charlottenburg und der Reg.-u. Brt. a. D., Gen.-Dir. Riese in Frankfurt a. M. sind zu außerord. Mitgl. ernannt.

Versetzt sind: der Reg.-u. Brt. Le Blanc in Gleiwitz als Vorst. eines Werkst.-Amtes bei der Hauptwerkst. nach Königsberg i. Pr. und der Eisenb.-Ing. Eggebrecht in Birnbaum zur Eisenb.-Dir. nach Altona a. E.

Der Geh. Ob.-Brt. Fürstenau und der Geh. Brt. Kickton in Berlin sind zu Mitgl. des Techn. Ob.-Prüfungsamtes und der

Bergass. Ernst Blümel in Naumburg a. S. ist zum ord. Prof. an der Techn. Hochschule in Aachen ernannt.

Planmäßige Stellen sind verliehen: den Reg.-u. Brtn. Haack in Essen a. R. und Horstmann in Coblenz als Mitgl. der Eisenb.-Dir.; dem Brt. Linow in Dortmund und den Reg.-Bmsrn. Manker in Harburg und Grell in Lingen als Vorst. der Eisenb.-Betr.-Aemter; — den Reg.-Bmsrn. Capelle in Cassel, Walter Schmidt in Schwerte, Culemeyer in Celle, Hille in Minden i. W. und Troitzsch in Leubus als Reg.-Bmsr.

Der Reg.-Bmsr. Pietsch in Breslau ist dem Min. der öff. Arb. zur Beschäftigung bei den Eisenb.-Abt. überwiesen.

Versetzt sind: die Reg.-u. Brte. Gensel in Marienwerder an die Reg. nach Hildesheim und Schindowski in Münster in die Hochbauabt. des Min. der öff. Arb. nach Berlin, der Brt. Möckel in Hannover als Vorst. des Hochbauamtes nach Schmalkalden; die Reg.-Bmsr. Stechel in Marburg an die Reg. nach Köln, Schwenicke in Wreschen nach Berlin (Reg. in Potsdam), Garz in Goldap nach Görlitz, Prietze in Lüneburg an das Oberpräsid. nach Hannover, Pattri in Berlin als Vorst. des Hafenbauamtes III nach Hannover, Kahle in Danzig nach Dorsten (Kanalbaudir. Essen) und Cordes in Posen als Vorst. des neuerricht. Hochbauamtes nach Magdeburg.

Der Reg.-Bfhr. Friedrich Müller (M.) ist zum Reg.-Bmsr. ernannt.

Der Reg.-Bmsr. Scheehl (M.) ist dem Min. der öff. Arb. zur Beschäftigung in den Eisenb.-Abt. überwiesen.

Die Reg.-Bfhr. Wilh. Niepoth und Johs. Heitmann (Hochbfbch.), Dr.-Ing. Rich. Ederhof und Franz Mollenhauer (W.- und Straßenbfbch.), Gust. Reich, Kurt Senff, Bruno Korreck und Aug. Boos (Hochbfbch.), Walter Kossinna und Fritz Weise (W.- und Straßenbfbch.), Theodor Geissel, Heinr. v. Bandel, Erich Berghaus und Karl Wegner (Hochbfbch.), Gottfr. Reinhold und Walter Pnoschitzky (W.- und Straßenbfbch.), Johs. Hilger und Bartholomäus Lichten (Eisenb.-u. Straßenbfbch.) haben die Staatsprüfung bestanden.

Dem Geh. Brt. Schwandt in Berlin ist die nachges. Entlassung aus dem Staatsdienst erteilt. — Die Geh. Brte. Pitsch in Wolmirstedt und Hauptner in Stralsund sind in den Ruhestand getreten.

Die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienst ist erteilt: dem Wirkl. Geh. Ob.-Brt. Dr.-Ing. Blum und den Geh. Ob.-Brtn. Sprengell, Domschke und Labes, vortr. Räte im Min. der öff. Arb., dem Wirkl. Geh. Ob.-Brt. Hoeft, Präs. der Eisenb.-Dir. in Elberfeld, dem Präs. der Eisenb.-Dir. Steinbiß in Kattowitz; dem Ob.- und Geh. Brt. Falke in Berlin, den Ob.-Brtn. Büttner und Hartmann in Altona a. E.; den Geh. Brtn. Blunck in Posen, Mertens in Magdeburg, Krauß in Cassel, Günter in Stettin, Leipziger in Halle, Knoblauch in Saarbrücken und Staud in Köln, Danco in Saarbrücken, Schroeter in Liegnitz und Elten in Halberstadt; den Reg.-u. Brtn. Glinski in Leipzig, den Reg.-Bmsrn. Dr.-Ing. v. Willmann in Aachen und Walter Raabe in Dorsten, Ernst Supan in Detmold und Szule in Königsberg i. Pr., dem Wirkl. Geheimen Rat Dr.-Ing. Wichert, Ob.-Baudir. und Min.-Dir. im Min. der öff. Arb.

In den Ruhestand getreten sind: die Reg.-u. Geh. Brte. Volkmann in Hannover, Rösener in Stettin, Brinkmann in Magdeburg, v. Behr in Köslin, Achenbach in Hannover und Düsing in Magdeburg; die Geh. Brte. Franke in Hannover und Heckhoff in Cassel; die Brte. Thoman in Lauenburg a. Elbe, Bronikowski in Cöpenick, Luyken in Düsseldorf, Freude in Cassel, Walther in Schweidnitz, Killing in Leobschütz, Runge in Stolp, Knocke in Berlin, Brügger in Lüneburg, Crackau in Wittenberg, Ortloff in Celle und Löffelholz in Buxtehude.

Der Geh. Brt. Rob. Siegel in Erfurt, der Brt. Karl Otto, Vorst.-Mitgl. der Gr. Berliner Straßenbahn, der Brt. Helbig in Osterode a. Harz, der Geh. Brt. a. D. Emil Weissner in Coblenz, der Brt. Mentz in Stettin, der Geh. Kommerz.-Rat Dr.-Ing. Pintsch in Berlin, der Reg.-Bmsr. Kober in Köln, der Geh. Brt. Naumann, Stadtbrt. in Königsberg i. Pr. und der Reg.-u. Brt. Blindow in Magdeburg-Salke sind gestorben.

Der Geh. Brt. Ottmann ist zum Geh. Ob.-Brt. und der Reg.-u. Brt. Clemens Marx in Erfurt zum Geh. Brt. und vortr. Rat im Min. der öff. Arb. ernannt.

Techn. Hochschule in Aachen: Der ord. Prof. Geh. Reg.-Rat Dr.-Ing. Henrici und der Geh. Brt. Prof. Schupmann sind zu ord. Honorar-Prof. ernannt.

Die Reg.-u. Brte. Schaper aus Stettin und Dr.-Ing. Schwarze aus Berlin sind mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Ref. bei den Eisenb.-Abt. des Min. der öff. Arb. beauftragt.

Der Reg.-u. Brt. Proske im Berlin ist mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Mitgl. der Eisenb.-Dir. Berlin beauftragt.

Versetzt sind: Die Reg.-Bmsr. Reck in Schneidemühl nach Köslin, Kroner in Königsberg nach Berlin und Großer in Posen nach Barby, Braun in Pillau nach Essen: — der Reg.-u. Geh. Brt. May in Bromberg an das Ob.-Präs. nach Breslau (Oderstrombauverw.); der Brt. Ahlefeld in Bromberg an die Wasserstraßendir. nach Hannover, die Reg.-Bmsr. Braun in Berlin nach Insterburg, Ecke in Konitz nach Landsberg a. W., Konrad Pfeiffer in Czarnikau nach Berlin (Berliner Wasserstr.) und Suckel in Bromberg an die Wasserstr.-Dir. nach Hannover, Rumler in Altwalde nach Leobschütz und Dr.-Ing. Buddenberg in Geisleden nach Mühlhausen, Erich Müller in Burg nach Genthin; der Brt. Otto Schröder in Posen an das Mel-Bauamt nach Stargard i. Pomm. und der Reg.-Bmsr. Gortzitza in Czarnikau, desgl. nach Cottbus.

Der Stadtbauinsp., Reg.-Bmsr. a. D. Molle (Tiefbau) in Liegnitz ist zum Mag.-Brt. ernannt.

Zur Beschäftigung überwiesen sind die Reg.-Bmsr. Lütcke der Hochbauabt. des Min. der öff. Arb., Brauns der Reg. in

Lüneburg; Tetzlaff (M.) in Berlin dem Min. der öff. Arb. in den Eisenb.-Abt.; Wilh. Baumgärtel aus Nauen dem Mel.-Bauamt in Allenstein und Dr.-Ing. Gerh. Schröder aus Grabow desgl. in Aurich.

Der Reg.-Bfhr. Oskar Schröder ist zum Reg.-Bmstr. ernannt und zur Beschäftigung bei der Eisenb.-Dir. in Essen einberufen.

Die Reg.-Bfhr. Dr.-Ing. Erich Gloeden, Dankwart Gerlach, Gg. Fritsch und Artur Labsch (Hochbfch.), Wilh. Werner (W.- u. Straßenbfch.), Max Jurasch und Erwin Schoch (Eisenb.- und Straßenbfch.), Fritz Jorcke, Werner Scholtz, Ernst Wentz und Felix Krug (Hochbfch.), Erich Kuthe, Max Scheiff und Ernst Brandt (W.- u. Straßenbfch.), Walter Laber und Friedr. Mönnig (Eisenb.- u. Straßenbfch.), Wilh. Nieder-Schabbehard, Hans Pleuser, Hans Hermann, Dr.-Ing. Ernst Brauer und Hans Sturm (Hochbfch.) haben die Staatsprüfung bestanden.

Der Geh. Ob.-Brt. Domschke in Berlin ist von dem Amt als Mitgl. des Techn. Ob.-Prüfungsamtes entbunden; die Reg.-u. Brte. Ackermann und Strahl in Berlin sind zu Mitgl. des Amtes ernannt.

Versetzt sind: der Geh. Brt. Sckerl in Bromberg an die Reg. nach Magdeburg, der Reg.-u. Brt. Preiß in Oppeln, desgl. nach Hannover; — die Brte. Rimek in Nakel nach Schneidemühl, Hessler in Husum als Vorst. des Wasserbauamtes nach Wittenberg (Elbstrombauverw.), Steinmätz in Plön desgl. nach Düsseldorf I (Rheinstrombauverw.), Ast in Rybnik als Vorst. des Hochbauamtes nach Schweidnitz und Marcus in Sensburg nach Düsseldorf; — die Reg.-Bmstr. Eilmann in Hannover als Vorst. des Wasserbauamtes nach Husum, Gerhard Jürgens in Minden desgl. nach Celle, Heinr. Piper in Oranienburg nach Fürstenwalde a. Spree (märk. Wasserstr.), Huppert in Bochum an die Reg. nach Merseburg, Dr. Wallbrecht in Posen an die Reg. nach Frankfurt a. O., Waldemar Heinrich in Marienburg nach Cassel (Wasserstr.-Dir. in Hannover), Goede in Einlage nach Potsdam (märk. Wasserstr.), Petzel in Berlin als Vorst. des Schleppamtes nach Hannover (Wasserstr.-Dir.) und Steude in Schwarmstedt nach Celle. — Die Reg.-u. Brte. Foellner in Trier als Mitgl. der Eisenb.-Dir. nach Magdeburg, Horstmann in Coblenz desgl. nach Köln, Johs. Simon in Lübben als Vorst. des Eisenbahn-Betr.-Amtes nach Dramburg, Klostermann in Liegnitz, desgl. nach Marburg, Arn. Kuhnke in Dramburg, desgl. nach Liegnitz 2.

Der Brt. Artur Heydemann in Potsdam, die Reg.-Bmstr. Fr. Mercklin in Treptow und Walter Hopp, der Geh. Reg.-Rat Dr.-Ing. Dr. Wilh. v. Siemens in Berlin und der Geh. Brt. Alb. Wambganß sind gestorben.

Sachsen. Den Brandvers.-Insp. Erich Philipp ist die Vorst.-Stelle Dresden und Kräuterei desgl. in Werdau übertragen.

In den Ruhestand getreten sind: die Brandversich.-Ob.-Insp. Brte. Groh in Bautzen und Wolff in Leipzig, die Brandversich.-Insp. Ehrenberg in Dresden und Kühn in Pirna.

Der Prof. Wilh. Kühler an der Techn. Hochschule in Dresden, der Ob.-Brt. Heinr. Reinhold in Chemnitz, der Hofrat Hans Friedel, früher Bauamtsarch. in Dresden sind gestorben.

Württemberg. Der tit. Brt. Kaiser in Ludwigsburg ist zum Vorst. der Eisenb.-Bauinsp. Stuttgart mit der Dienststellung eines Brts. befördert. Der Eisenb.-Bauinsp. Schopp in Heilbronn ist als Vorst. der Eisenb.-Werkst.-Insp. nach Rottweil versetzt.

Der Brt. Hartmann in Ludwigsburg ist auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

Technische Hochschule in Stuttgart: dem Stadtbrt. Ad. Gölner in Ulm ist die ord. Prof. für Baukonstruktionen und Eisenb.-Hochbau und dem Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Maier-Leibnitz von Eßlingen diese für eis. Brücken, Statik, Eisenhochbau und Industriebau übertragen.

Der Eisenb.-Bauinsp. Wilh. Schlierholz in Stuttgart ist gestorben.

Brief- und Fragekasten.

Die Beantwortungen und Auskünfte im Briefkasten erfolgen ohne jede Gewähr seitens der Redaktion.

Hrn. Bmstr. M. in Plauen. (Mängel beim Hauskauf.) Nach Ihrer Darstellung haben Sie den Mangel an den Badekesseln (Zersetzung des Zinks) und an der Klärgrube (Risse) beim Abschluß des Hauskaufes nicht gekannt und diese Mängel sind Ihnen auch nicht etwa nur infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben, sondern es sind solche, die ein Laie nicht ohne Weiteres zu erkennen in der Lage ist. Der Verkäufer haftet Ihnen bei dieser Sachlage nach § 459 BGB. dafür, daß das Haus nicht mit Fehlern behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen Gebrauch aufheben oder in erheblicher Weise mindern; eine erhebliche Minderung wird zweifellos durch die von Ihnen gerügten Mängel herbeigeführt. Gemäß § 462 BGB. können Sie — entweder Rückgängigmachung des Kaufes (Wandlung), die Sie wohl nicht erstreben oder — Herabsetzung des Kaufpreises (Minderung) verlangen, d. h. es ist der Kaufpreis in dem Verhältnis herabzusetzen, in welchem zur Zeit des Verkaufes der Wert des Grundstückes in mangelfreiem Zustand zu dem wirklichen Wert gestanden haben würde (§ 472 BGB.). Ein Recht (statt der Wandlung oder Minderung) Ersatz des vollen Schadens zu verlangen, haben Sie nur, wenn dem Grundstück zugesicherte Eigenschaften fehlen — ob die allgemeine Zusicherung, daß in dem Haus alles in Ordnung sei, als vertragliche Zusicherung bestimmter Eigenschaften anzusehen ist, erscheint zweifelhaft und ist d. E. zu verneinen — oder wenn der Verkäufer die Mängel arglistig d. h. in der Absicht, Sie zu täuschen, verschwiegen hat (§§ 459 Abs. 2, 463 BGB.), wofür beim Bestreiten des Verkäufers im Prozeß Ihnen die Beweislast obliegt (vgl. Recht 1907 S. 634). — Dr. Paul Glass.

Hrn. B. in G. (Unterschied zwischen Patentschutz und Musterschutz.) Wie Ihnen jedes Konversations-Lexikon

sagen kann, besteht der Unterschied zwischen Patentschutz und Musterschutz darin, daß Patentschutz die ausschließliche gewerbliche Verwertung einer größeren Erfindung in Deutschland auf 15 Jahre gewährleistet, während man unter Musterschutz (auch Modellschutz) den Schutz von Mustern oder Modellen für gewerbliche Erzeugnisse gegen Nachbildung bis zur Höchstdauer von 6 Jahren versteht. Da der in Patentangelegenheiten nicht Erfahrene meist nicht beurteilen kann, ob sich Patent- oder Gebrauchsmusterschutz empfiehlt, so ist es ratsam, mit einem Patentanwalt in Verbindung zu treten. Das Verfahren ist langwierig und kann 6 Monate bis 1 Jahr und mehr dauern. Die zuständige Behörde ist das Reichspatentamt, Berlin SW. 61, Gitschiner Straße 97-103. —

Hrn. Arch. L. in Dortmund. (Umsatzsteuerpflicht der Architekten?) Dem Umsatzsteuergesetz vom 26. Juli 1918 unterliegen nicht die sogen. „freien Berufe“, deren Erwerbstätigkeit auf wissenschaftlicher Grundlage beruht. Zu den freien Berufen gehört auch der der Architekten, sofern sich diese nur mit der Planung, Bauoberleitung usw. befassen. Allerdings sind die Grenzen der Umsatzsteuerpflicht weiter gezogen als die der Gewerbesteuerpflicht, es werden daher noch leichter Grenzfälle auftreten, bei denen wenigstens ein Teil der Tätigkeit der Architekten noch unter die Umsatzsteuerpflicht fallen kann. Versuche zur Heranziehung werden immer wieder gemacht. Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes sind uns nicht bekannt. Mitteilungen über solche aus dem Leserkreis wären erwünscht. —

Hrn. Arch. W. M. in Karlsruhe. (Widerruf von ausgeschriebenen Wettbewerben.) 1. Wie bereits in der Auskunft in No. 79 dargelegt, können Entschädigungsansprüche gegen die Gemeinde nicht erhoben werden. Solche könnten nur auf § 826 BGB. gestützt werden, wenn der Gemeindevorstand die Auslobung nur widerrufen hätte, um (in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise) den Bewerbern vorsätzlich Schaden zuzufügen. Diese Voraussetzungen werden aber nicht nachgewiesen werden können.

2. Der Magistrat E. ist, wenn er in seiner Ausschreibung die Rückzahlung der für die Ueberlassung der Wettbewerbsunterlagen eingesandten 3 M. für den Fall der Einreichung eines zur Beurteilung kommenden Entwurfes zugesagt hat, zweifellos zur Rückvergütung dieses Betrages an Sie verpflichtet. —

Dr. Paul Glass.

Hrn. Ing. B. in Halle a. S. (Gültigkeit der Tarifverträge.) Falls der Arbeitgeberverband, dem Ihre Firma angehört, mit den Angestellten einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, so ist dieser Vertrag für alle Mitglieder bindend, ganz einerlei, ob diese damit einverstanden sind oder nicht. Zweifelhafte ist die Frage, wenn die Firma außerhalb steht, dann müßte eine Entscheidung des Reichsarbeitsamtes vorliegen, daß der betreffende Arbeitgeberverband als die maßgebende Vertretung für das ganze Gewerbe anzusehen ist. Im ersten Fall empfehlen wir Ihnen, zunächst die Sache dem Arbeitgeberverband mitzuteilen, oder gleich den Schlichtungsausschuß anzurufen, der im zweiten Fall zu entscheiden hätte. Gegen dessen Entscheidung gibt es unseres Wissens höchstens noch die Beschwerde an das Reichsarbeitsamt. Auf gewöhnlichem Rechtsweg einklagen können Sie Ihre Forderungen zunächst nicht. —

Hrn. Arch. J. St. in Nürnberg. (Dacheindeckung.) Unter der Voraussetzung sorgfältiger Arbeit ist gegen die beschriebene Art der Dacheindeckung nichts einzuwenden. Eine Fäulnis des Holzes ist nicht zu befürchten, da das Dach von außen wie von innen genügend von Luft umstrichen ist. Die 45° übersteigende Dachneigung kommt der Dauerhaftigkeit des Daches entgegen. Besondere Sorgfalt ist auf die Eindeckung des Firstes und auf die Wahl des Ziegelmateriales zu verwenden. —

Hrn. Arch. A. R. in Schwarzenberg i. Sa. (Beitragspflicht der Architekten zur Gewerbekammer?) Beitragspflichtig zur Gewerbekammer sind nur Gewerbetreibende. Der Architekt, der nur Entwürfe bearbeitet und die Oberleitung seiner Bauten übernimmt, ist aber kein Gewerbetreibender, sondern er übt einen freien Beruf aus. Ebenso wenig wie er Gewerbesteuer zu zahlen hat, ist er auch nicht zu den Beiträgen zur Gewerbekammer heranzuziehen. —

Hrn. Arch. K. J. in Hannover. Wir bedauern, statische Fragen nicht im Briefkasten behandeln zu können, am wenigsten durch Anrufung des Leserkreises unter Beigabe von Skizzen. Das ganze System erscheint gegen Winddruck jedenfalls wenig stabil und die Beanspruchung der Stützen wird eine wenig günstige. Wir können Ihnen nur empfehlen, sich das System durch einen sachverständigen Ingenieur durchrechnen und durchkonstruieren zu lassen. —

Hrn. Arch. W. B. in Berlin. (Traßbeton.) Reiner Traßbeton, also ganz ohne Zusatz von Zement, ist und wird namentlich zu Wasserbauten noch vielfach verwendet, wo Traß in der Nähe zu haben oder billig auf dem Wasserweg heran zu schaffen ist. Er bindet langsamer als Zementbeton, erreicht aber für viele Zwecke ausreichende Festigkeiten. In neuerer Zeit verwendet man allerdings meist Zement-Traßbeton, in dem also nur ein Teil des Zementes durch Traß ersetzt ist. Angaben über Mischungsverhältnisse und Festigkeiten von Traßbeton an dieser Stelle zu machen, würde zu weit führen. Wir empfehlen Ihnen zum Studium die Veröffentlichungen von Dr.-Ing. Hambloch in Andernach a. Rh. —

Fragebeantwortungen aus dem Leserkreis.

Lichtbilder für Vorträge. Im Anschluß an die Beantwortung in No. 85 gebe ich den Hrn. Fachkollegen bekannt, daß ich bereits eine Diapositiv-Sammlung begründet habe und Bilder zu Vorträgen über das Siedelungswesen verleihe.

Architekt B. D. A. Otto Wulle, Dresden, Kügelgen-Str. 9.



Ansicht des Domes von Bremen von Osten um 1800. Links die noch zweigeschossige Glocke (Oktogon).

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. Nº 96. BERLIN, DEN 29. NOVEMBER 1919.
REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Zur künstlerischen Ausgestaltung des baulichen Mittelpunktes von Bremen.

Von Dr. Albert Hofmann. (Fortsetzung.)

Hierzu die Abbildungen S. 564, 565 und 567.



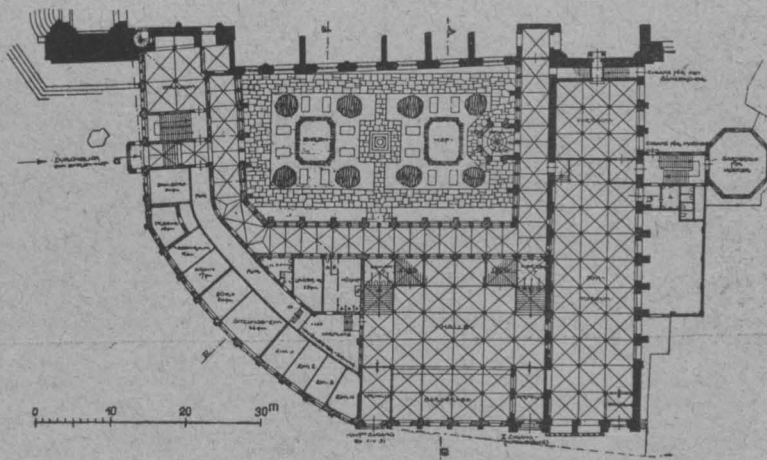
Das Preisgericht hat sich darauf beschränkt, lediglich über die mit einem Preis von je 4000 M. ausgezeichneten Entwürfe ein Urteil abzugeben, nicht aber auch über die durch Ankauf aus der großen Menge der eingelieferten Arbeiten ausgesiebten. Wir geben zunächst dieses Urteil im Auszug wieder, in einer Reihenfolge, die bestimmt

ist durch die Zufälligkeit, mit der uns die Abbildungen zur Verfügung stehen, ohne damit den künstlerischen oder praktischen Wert der einzelnen Entwürfe abwägen zu wollen.

Bei dem Entwurf „Walhall“ des Hrn. Carl Heinrich Müller, den wir auf S. 562 abbilden, hebt das Preisgericht die Eigentümlichkeit hervor, daß ein rechteckig wirkender Ehrenhof mit hineingelegtem Kreuzgang sich mit einer Gruppierung verbinde, die nach außen die rechtwinklige Auflösung der Massen verlasse und die gleiche Linie der vorgeschriebenen Bauflucht in die Erscheinung treten lasse. Mit dieser weichen Linie habe sich der Verfasser dadurch besonders glücklich abgefunden, daß er am gebogenen Trakt oben Aufbauten als ein einheitliches System herumgeführt habe. Der Remtergiebel, der in seiner alten Form aufgeführt sei, bilde die einzige starke Betonung der Außenarchitektur. Bei dieser Anlage komme jedoch der Eingang zum Ehrenhof sehr zu kurz, seine Lösung könne in keiner Weise befriedigen. Der Hof selber vermöge stimmungs-

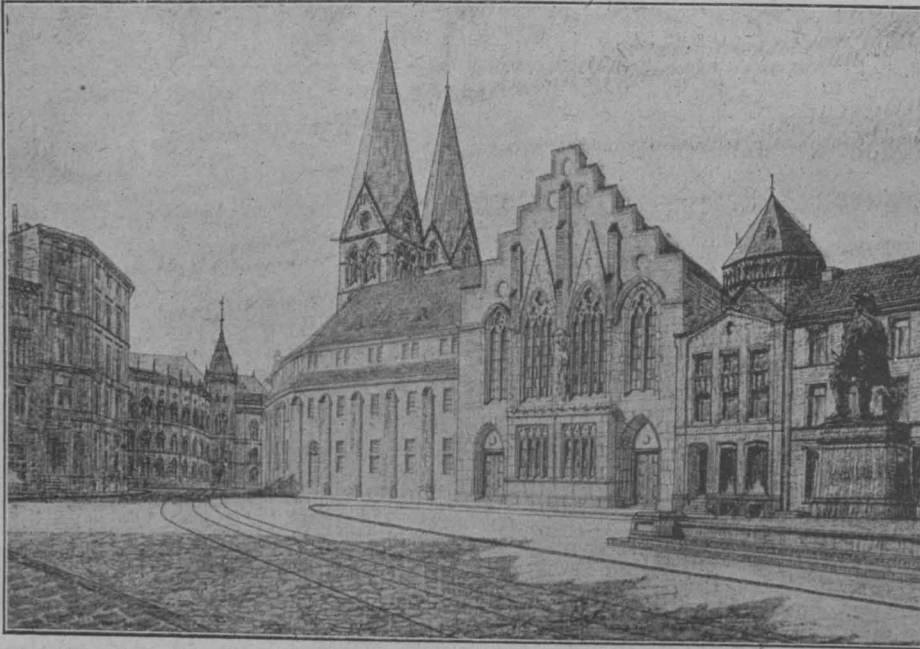
voll zu werden, wirke aber eng durch die 3 Giebel, die zur Lösung der tiefen Baumasse nötig seien. Im Grundriß sei ein weiträumiger Zusammenhang zwischen dem besonders stattlichen Saal der Vorhalle, dem Erfrischungsraum, der Treppe und der Garderobe erreicht. Im Erdgeschoß sei jedoch dadurch der einheitliche Zug des alten Kreuzganges in unzulässiger Weise unterbrochen, was aber durch ein Zusammenschieben der Treppenarme vermieden werden könne. Die Lehrsäle seien als eine klare Gruppe zusammengehalten. Vermißt werde eine Nebentreppe, die den Wohnverkehr und den öffentlichen Verkehr deutlich trenne.

Der Verfasser führt in seinem Erläuterungsbericht nach näheren praktischen Angaben über die Baugruppen aus, er habe besonderen Wert auf die Lösung des Ehren-



Entwurf mit dem Kennwort: „Walhall“.
Verfasser: Carl Heinrich Müller in Bremen. Ein Preis von 4000 M.

hofes gelegt. Bei der an sich ungünstigen Bauplatzform mit der Abschneidung der südwestlichen Ecke sei es Ehrenhofes will er ein Einzelkunstwerk in Architekturform mit der mittelalterlichen Bezeichnung „Brunnenhaus“ errichten, das sich apsisartig vor ein Joch des alten Kreuzganges baut. Um dem Kreuzgang seine frühmittelalterliche Form und Poesie wieder zu geben, müsse das zweiteilige Werkstein-Maßwerk mit Fenstern in den einzelnen Kreuzjoch-Oeffnungen wieder entfernt werden, „sodaß jene geheimnisvoll tiefen Schatten wieder entstehen, die wirkungsvoll mithelfen, den Beschauer in eine tiefe, weihevole Stimmung zu versetzen“. Durch rankenden Epheu und unregelmäßigen Bodenbelag soll die Stimmung verstärkt werden. Die Tiefenbetonung des Ehrenhofes soll durch Anpflanzung von Lebensbäumen in zwei Reihen erhöht werden. Zwischen den Baumreihen liegen vertiefte Grasflächen. Waltet hier geschichtliche Stimmung, so sind die übrigen Neubauten in der freieren Auffassung der Neuzeit zu errichten.



Blick von der Domsheide aus.



Schaubild vom Ehrenhof.

Entwurf mit dem Kennwort: „Walhall“. Verfasser: Carl Heinrich Müller in Bremen. Ein Preis von 4000 M.

außerordentlich schwierig, dem Hof mit Kreuzgang die Form zu verleihen, die er im frühen Mittelalter hatte: die viereckige. Zur Erhöhung des Eindruckes des

Geringeren Beifall fand beim Preisgericht die Lösung A dieses Verfassers. Sie sei weniger glücklich. Kreuzgang und Hof seien in nicht gerechtfertigter

Stimmung, so sind die übrigen Neubauten in der freieren Auffassung der Neuzeit zu errichten.

Besonders warme Anerkennung spendet das Preisgericht der einen der beiden Lösungen, die Hr. Staatsbaumeister Max Fritsche in Bremen unter dem Kennwort „Duett“ einreichte. Die beiden Lösungen sind auf den Seiten 564 und 565 wiedergegeben. Es ist die Lösung B, die vor allem den Beifall des Preisgerichtes fand. Bei dieser Lösung umschließe der Kreuzgang in straffer Rechteckform den geräumigen Ehrenhof. Gegen den Marktplatz sei der Kreuzgang zu einer offenen Halle erweitert, die den Blick ins Innere frei lasse. An der im Uebrigen klaren Grundrißlösung sei zu tadeln, daß zwischen Saal und Treppe nicht genügend Entwicklungsfreiheit bestehe, und ferner, daß der alte Kreuzgangarm in seinem vorderen Teil abgeschnitten und verbaut sei. Auch wenn es im Preisausschreiben nicht besonders betont wurde, so sei es doch eine selbstverständliche Forderung, diesen feierlichen Zugang zum Dom frei zu halten. Jedoch seien die beiden hier gerügten Mängel leicht zu beseitigen. Das Gesamt-Urteil über diese Lösung B sei seines bestimmten Charakters wegen wörtlich angeführt; das Gutachten führt aus: „Von starker städtebaulicher Wirkung ist die Gesamterscheinung der mit sicherer Hand gruppierten malerischen Baumassen. Es ist zu erwarten, daß bei einer derartigen Auffassung, die den ruhigen massigen Giebelbau und den Dom in bewußten Gegensatz zu den dazwischen liegenden niedrigen Nebengebäuden bringt, ein glücklicher Abschluß des Marktplatzes wie auch ein machtvolles Mitklingen der wieder frei gewordenen Domseite, namentlich des Vierungsturmes, zu Stande kommen könnte.“

Weise durch eine Terrasse in zwei Teile zerlegt und es sei der Kreuzgang selbst nur als niedriger Gürtel herumgeführt, sodaß der Dom dahinter stärker in die Erscheinung trete, als mit Rücksicht auf die Geschlossenheit des Straßenbildes wünschenswert sei. Auch erscheine das Motiv der vorgelegten Kapelle sehr gesucht. Auffällig sei, daß die beiden unter dem Kennwort „Duett“ vereinigten Lösungen das alte Oktogon verschwinden lassen wollen, das in der am Kopf wiedergegebenen Choransicht des Domes in so bemerkenswerter Weise als ein wertvoller Rest alter Zeit in die Erscheinung tritt. Weder aus der Grundrißlösung noch aus dem Aufbau ergebe sich eine Veranlassung, das Oktogon oder die „Glocke“ zu beseitigen. Die Beibehaltung des Oktogons mache keine Schwierigkeiten und müsse, was das Preisgericht mit Recht als eine unumgängliche Forderung erhebt, grundsätzlich verlangt werden. Es ist also die Lösung B, die durch einen Preis von 4000 M. ausgezeichnet wurde.

Der Verfasser selbst führt in seinem Erläuterungsbericht aus, selten dürfte eine Bauaufgabe so zahlreiche grundsätzlich verschiedene Lösungen ermöglichen, wie die vorliegende. Er stellt beide Lösungen zu einander in Gegensatz durch die Wahl charakteristischer Beiworte. Der Lösung A, die das Ziel der fast völligen Freilegung der Südseite des Domes verfolgt, fügt er hinzu: „Sonniger Klostergarten“; der Lösung B, die den Forderungen des Bauprogrammes gerecht zu werden versucht, die Stimmung des Bildes von 1857 wieder zu schaffen: „Schattiger Klosterhof“. Dem „sonnigen Klostergarten“ mit der freien Südfront des Domes gibt er den Vorzug. Mit dem Fortschreiten der Freilegung des Domes durch die Aufräumung der Brandtrümmer habe sich die vox populi immer mehr gegen eine erneute Verbauung der Südseite des Domes gewendet. Dem entspreche die Lösung A; bei ihr seien die nach der Freilegung zu Tage getretenen reizvollen Ansichten des Domes von der Domsheide erhalten und die neu geschaffenen Baukörper ermöglichten im Zusammenklang mit dem Dom Gesamtbilder von einem Reiz, der bei höherer und ausgedehnter Bebauung an der Südfront nicht zu erreichen sei. Der bisher beengte und beschattete Klosterhof erweitere sich zu einem weiträumigen Klostergarten, der von Süden geöffnet sei und in Bremen so seltenen Sonne während des ganzen Tages den Zutritt gestatte. Das Wohlgefallen Trauernder am Blumenschmuck der Gräber spreche dafür, daß es dem Volksempfinden mehr angepaßt sei, wenn diese Stätte mit einem sonnigen Blu-

mengarten, statt mit einem beengten, ringsum hoch bebauten Hof in Verbindung stehe. Zur Erhöhung des künstlerischen Reizes von der Domsheide her könne in Frage kommen, die Außenfront des südlichen Kreuzganges auch nach der Straße durch Oeffnungen zu durchbrechen. Der Verfasser neigt jedoch der Auffassung zu, daß auf diese rein künstlerischeren Vorzüge zugunsten einer intimeren Stimmung des Kreuzganges verzichtet werden sollte. Das Denkmal für die Krieger-Ehrung denkt er sich in diesem Entwurf an der Südwand des Domes aufgestellt; eine kleine liebevoll auszustattende Kapelle gebe Gelegenheit zu stiller Andacht. Die Anordnung der profanen Zwecken dienenden Räume erfolgte bei dieser Lösung in 2 Gruppen: im östlichen Baukörper die Versammlungsräume und Lehrsäle, im westlichen die Verwaltungsräume, der Uebungssaal des Domchores und die Wohnungen. Den Remter widmet der Verfasser Museumszwecken.

Die von ihm dem Programm entsprechend gegebene Lösung B, die das Bild von 1857 wieder herstellen will, verwirft der Verfasser. Durch Grundrißanordnung und Massenverteilung könne dem Verlangen leicht entsprochen werden, er halte eine derartige „Imitation“ aber für nicht empfehlenswert. Der Wettbewerb werde den Beweis erbringen, daß die Architekten unserer Zeit gleich Gutes, vielleicht Besseres schaffen könnten. Sehr umstritten werde jedoch die Wahl des Baustiles sein. Trotz gewisser Fortschritte der darauf gerichteten Bestrebungen bestehe ein Baustil unserer Zeit noch nicht. Eine kritische Betrachtung selbst der besten Bauten, die als neuzeitliche galten, ergebe, daß diese doch im Grund auf die Baugedanken früherer Stilepochen zurück zu führen seien. Die Neuartigkeit bestehe mehr oder weniger in einer persönlichen und oft einzigartigen Einzelausbildung in Verbindung mit neuzeitlich empfundenem Schmuck- und Bildwerk. Infolgedessen könne nach Ansicht des Verfassers nichts dagegen sprechen, für den Kreuzgang die Gotik zu verwenden. „Verfasser“, sagt der Erläuterungsbericht, „skizzierte in vielen Klöstern und Kreuzganganlagen und machte insbesondere in Kloster Maulbronn mit seinem an Stimmung unvergleichlichen Kreuzgang bei wiederholten Besuchen umfangreiche zeichnerische Aufnahmen . . . Die Stimmung einer Anlage dieser Art, die zweifellos auch hier sehr erwünscht wäre, kann nicht etwa durch „Arkaden“ hervorgerufen werden“. Dabei gebe die Einzelformung das Mittel, den Eindruck der Nachahmung zu vermeiden und die Entstehungszeit zum Ausdruck zu bringen. — (Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Die Technische Hochschule in München hat dem Geh. Kommerzienrat Otto v. Steinbeis in Brannenburg, „dem erfolgreichen Förderer wirtschaftlicher Holzverwertung, dem Erbauer der ersten Bergbahn in Bayern“ die Ehrendoktorwürde verliehen.

Die Technische Hochschule zu Berlin hat auf einstimmigen Antrag der Architektur-Abteilung den Maler und Radierer Geh. Hofrat Prof. Max Klinger in Leipzig zum Dr.-Ing. ehrenhalber ernannt. —

Zum Vorstand des städt. Tiefbauamtes in München ist nunmehr vom Münchener Stadtrat mit 43 Stimmen der städt. Baurat Dr.-Ing. Bosch gewählt worden, der die Wahl angenommen hat. Wir glauben, daß Dr. Bosch, der seit längerem der Abteilung für Wasser- und Brückenbau in München erfolgreich vorgestanden und im Nebenamt auch die konstruktive Durchbildung des „Deutschen Museums“ geleitet hat, der geeignete Mann für diese Stelle ist. Der Fall, daß die Stelle des Leiters einer städt. Bauverwaltung aus der Mitte der bisherigen Baubeamten besetzt wird, ist eine nicht allzu häufige Erscheinung, jedenfalls aber ein Beweis dafür, daß sich der Gewählte das volle Vertrauen der maßgebenden Körperschaften erworben haben muß. —

Verwaltungswissenschaftliche Kurse in Berlin. Der Reichsbund Deutscher Technik wird in der zweiten Hälfte des Januar 1920 einen 14 tägigen verwaltungswissenschaftlichen Kursus zunächst in Berlin veranstalten, um Technikern, welche sich in der staatlichen Verwaltung oder im öffentlichen Leben betätigen wollen, die erforderlichen

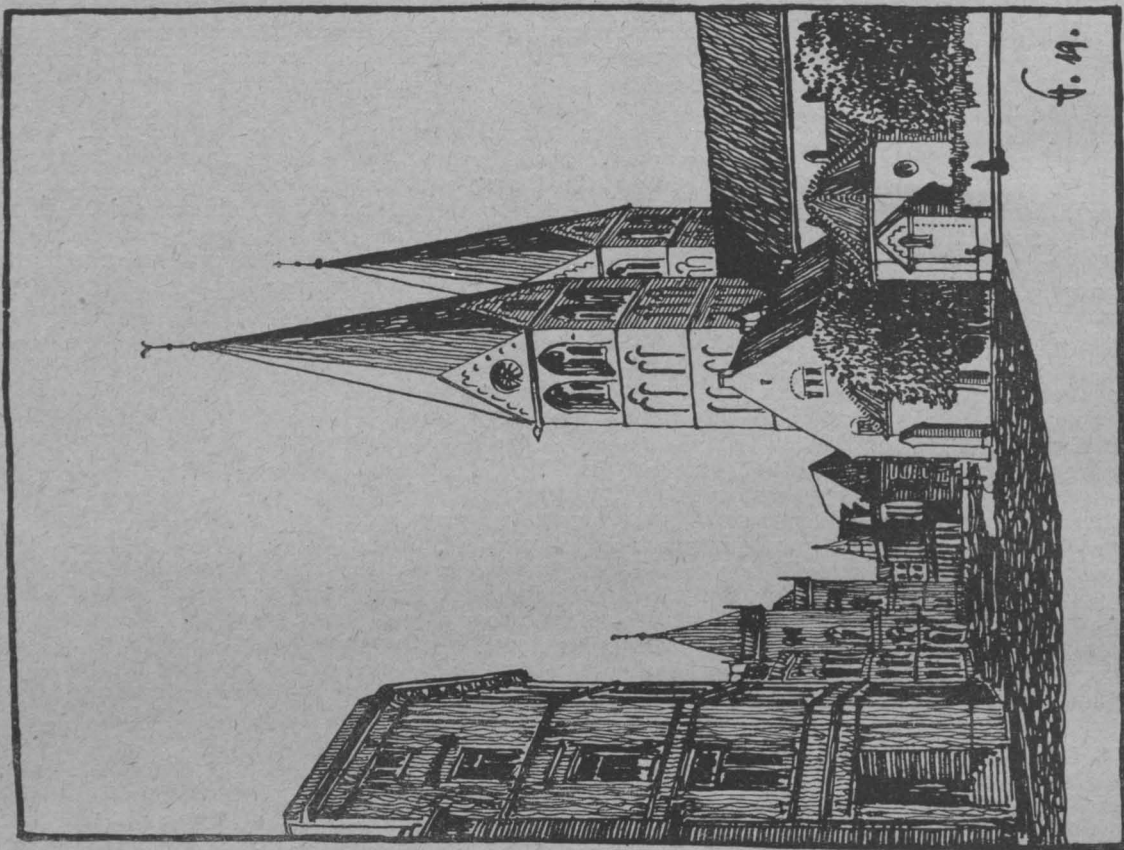
Grundkenntnisse zu vermitteln und eine Anleitung für zweckmäßige Weiterbildung zu geben. In Aussicht genommen sind folgende Vorlesungen: Staats- und Verwaltungslehre (10 Stunden); Politik und Geschichte der politischen Parteien (10 Stunden); Verwaltungswissenschaft (14 Stunden); Verwaltungsrecht (10 Stunden); Reichsverfassung (6 Stunden); Ausgewählte Kapitel aus dem bürgerlichen Recht (6 Stunden); Umstellung von Staatsbetrieben (6 Stunden); Wirtschaftsgeographie (4 Stunden); Finanzpolitik des Deutschen Reiches (6 Stunden); Die Bank im Dienste des Staates (4 Stunden); Praktische Statistik (6 Stunden). Als Gebühren sollen erhoben werden: Eine Einschreibgebühr von 20 M. (Einzelmittglieder des R. D. T. 10 M.), außerdem für Vorlesungen bis zu 4 Stunden 10 M. (Mitglieder 5 M.), bis 6 Stunden 15 M. (Mitglieder 7,50 M.), bis 14 Stunden 20 M. (Mitglieder 10 M.). Sämtliche Vorlesungen 150 M. (Mitglieder 75 M.). Die Vorlesungen werden nach einem noch festzulegenden Stundenplan in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags abgehalten werden. Als Lehrkräfte werden hervorragende Hochschullehrer und Männer aus der Verwaltungspraxis tätig sein, die es verstehen, ihre Belehrungen in eine leicht verständliche Form zu kleiden, und unbeschadet wissenschaftlicher Gründlichkeit die praktische Anwendung des Vorgetragenen in erster Linie zu berücksichtigen. —

Wettbewerbe.

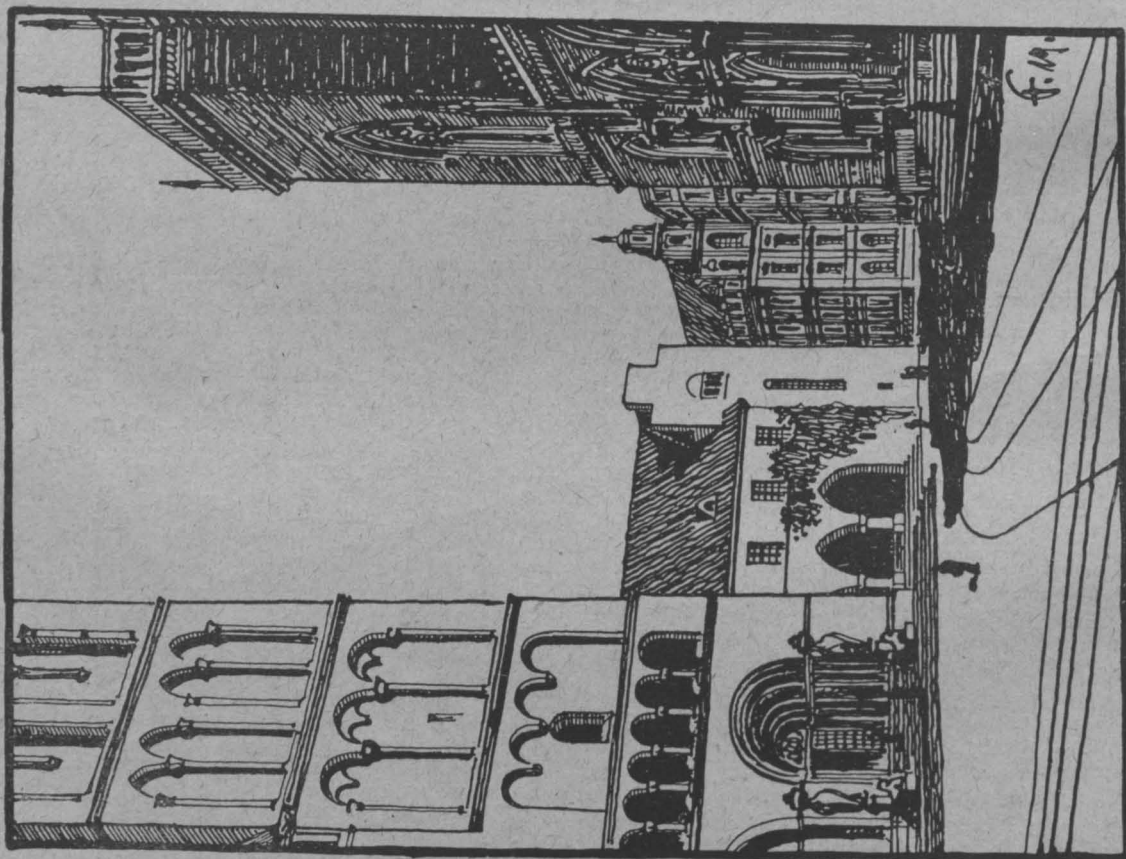
Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für ein Plakat zur Vertreibung eines Sicherheitsschlusses erläßt die Firma Wilhelm Schmidding in Cöln-Mannsfeld unter Aussetzung von Preisen im Gesamtbetrag von 5000 M. —

Einen engeren Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Ausbau des Börsengebäudes in Frankfurt a. M. erlassen in Kürze die „Vereinigten Handelskammern Frankfurt a. M.—Hanau“ für die Architekten Frankfurts. Die Bau-
summe ist auf etwa 2,5 Mill. M. veranschlagt. Für den Wettbewerb ist eine Summe von 30 000 M. bewilligt. —

werden auf 2000, 1500 und 1000 M. erhöht. Die Berufung eines Mitgliedes des B.D.A. ins Preisgericht ist vorbehalten. Es wäre erwünscht, daß diese Persönlichkeit sobald als möglich bekannt gemacht wird. Einem der Preisträger soll, wenn irgend möglich, der weitere Auftrag erteilt werden. —



Lösung A.
Entwurf mit dem Kennwort: „Duett“. Verfasser: Staatsbaumeister Max Fritzsche in Bremen. Ein Preis von 4000 Mark.
Zur künstlerischen Ausgestaltung des baulichen Mittelpunktes von Bremen.

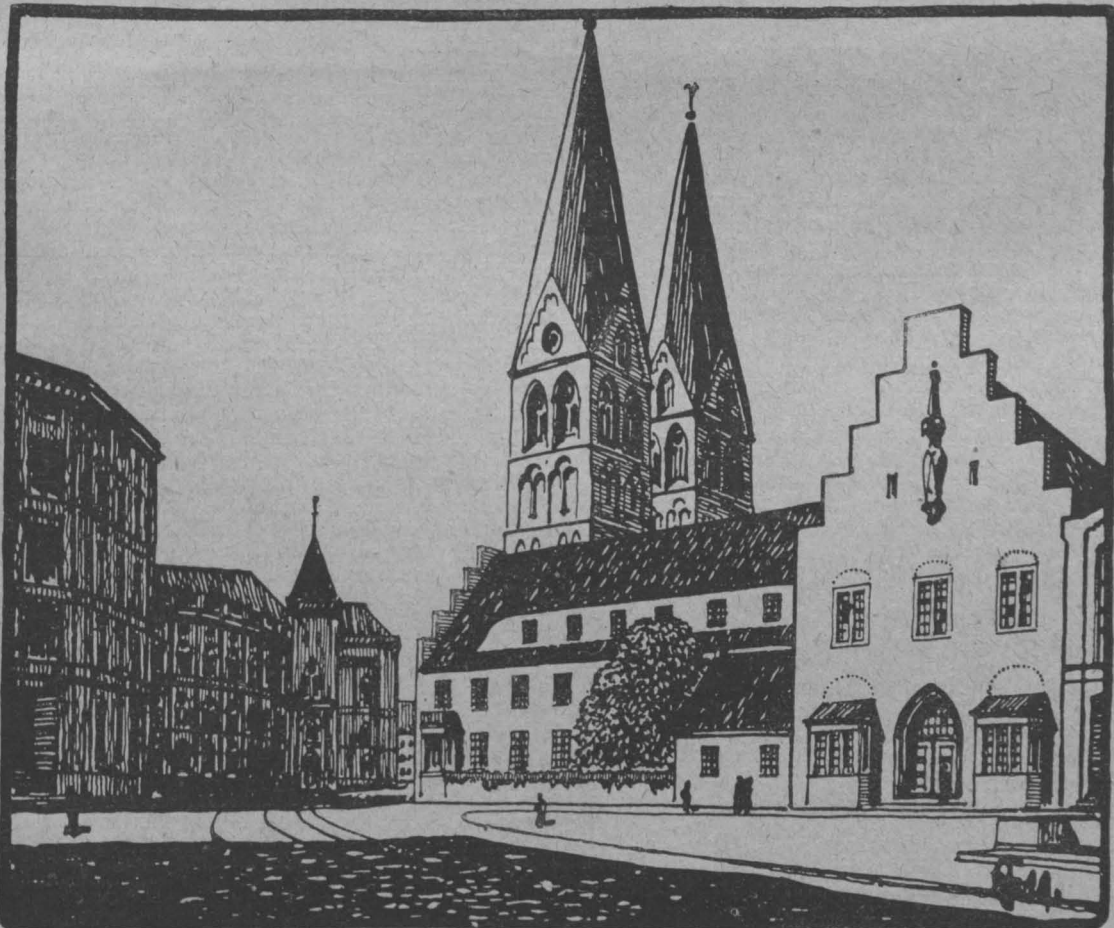


Im Preisausschreiben des Konsum-Vereins für Neidenburg in Ostpreußen (siehe S. 68 u. 99) ist die Einlieferungsfrist für die Entwürfe bis zum 15. Dez. 1919 erstreckt worden. Die Kosten für die Unterlagen im Betrag von 5 M. werden Einsendern von Entwürfen zurück erstattet. Die Preise

In einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Kleinhaus-Siedlung, ausgeschrieben von der „Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst“ für ihre Mitglieder, erhielten den Preis Architekt Wilkens und Gartenarch. Nußbaum, beide in Köln a. Rh. —



Lösung A.



Lösung B.

Entwurf mit dem Kennwort „Duett“. Verfasser: Staatsbaumeister Max Fritzsche in Bremen. Ein Preis von 4000 Mark.
Zur künstlerischen Ausgestaltung des baulichen Mittelpunktes von Bremen.

Mißbräuche bei Wettbewerben. Zu diesem Artikel in der „Deutschen Bauzeitung“ No. 91, Jahrgang 1919, erhalten wir folgende Mitteilungen:

„An die Dresdener Architektenschaft traten nach der Veröffentlichung des Wettbewerbes „Palasthotel A.-G. Bad Elster“ einige ihrer Mitglieder, sowie Vereinigungen anderer Städte heran, die Unterlagen und Bedingungen des Wettbewerbes zu prüfen und behufs Abänderung derselben mit der Gesellschaft in Verbindung zu treten. Auf Antrag der Dr. A. hat die Gesellschaft im Einvernehmen mit den Preisrichtern 1. die zeichnerischen Anforderungen ermäßigt und genauer bestimmt, 2. die zur Bearbeitung des Wettbewerbs-Entwurfes erforderlichen Unterlagen (Grundrisse usw.) ergänzt, so, daß eine wesentliche Arbeitersparnis eintritt, 3. die im Programm zu Irrtümern Veranlassung gebenden Bezeichnungen und Erfordernisse mit genauer Angabe ergänzt (Saalgröße usw.), 4. die Preise oder die Auslobungssumme erhöht, 5. die zur ersten Bearbeitung erforderliche Fristverlängerung bewilligt und 6. einer Besetzung des Preisgerichtes mit mehr Privatarchitekten zugestimmt.

Die Dresdener Architektenschaft hat dieses Ziel erreicht und glaubt damit den Bewerbern einen Dienst erwiesen zu haben. Betont wird, daß es sich in Bezug auf die Unterlagen nicht um eine Veränderung, sondern um eine Klarstellung derselben handelte.“ —

Dresdener Architektenschaft.
Cornelius Gurlitt, Tandler,
Vorsitzender. I. Schriftführer.

Im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Umgestaltung des Platzes vor dem Potsdamer Hauptbahnhof in Berlin nach Entfernung des alten Friedhofes der Dreifaltigkeits-Gemeinde wurde der I. Preis nicht verteilt. Zwei II. Preise fielen an die Entwürfe der Hrn. Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Brix in Charlottenburg mit Reg.-Bmstr. Emil Fader in Friedenau und Reg.-Bmstr. Anton v. Werner in Berlin. Zwei III. Preise erhielten Arch. Fritz Schöck in Charlottenburg und Arch. Karl Oettinger in Berlin-Lichterfelde. Angekauft wurden Entwürfe der Architekten Bielenberg & Moser in Berlin, Prof. Otto Kuhlmann in Charlottenburg und Fritz Schöck daselbst. Die Ausstellung der Entwürfe findet statt vom 29. Nov. bis mit 5. Dez. 1919 von 10—4 Uhr in der Aula der Technischen Hochschule in Charlottenburg. —

Fünfzig Jahre Suez-Kanal.

Am 16. Nov. 1869, also vor nunmehr 50 Jahren, wurde unter glänzenden Feierlichkeiten, an denen Vertreter fast aller Kulturnationen teilnahmen, der Suez-Kanal eröffnet, der in 161 km Länge die Landenge zwischen dem Mittelländischen und Roten Meer durchbricht und so eine Verbindung wieder herstellt, die in vorgeschichtlicher Zeit von Natur vermutlich vorhanden, unter teilweiser Benutzung des Nils schon von den alten Ägyptern künstlich neu geschaffen, erst nach Mitte des 8. Jahrhunderts n. Chr. endgültig verloren gegangen war. Während der kurzen französischen Herrschaft über Ägypten ließ Napoleon Bonaparte, dem die Bedeutung eines solchen Meeres verbindenden Wasserweges nicht entging, Untersuchungen über die Durchführbarkeit anstellen. Die Frage wurde bejaht, wenn man auch damals mangels genauer Vermessungsarbeiten auf dem Standpunkt stand, daß die beiden Meere einen Höhenunterschied von 9—10 m aufwiesen.

Daß diese Anschauung eine irrümliche ist, wurde erst durch ein sorgfältiges Nivellement festgestellt, das 1847 von einer internationalen Studiengesellschaft durchgeführt wurde, der neben Anderen der englische Ingenieur Robert Stephenson, der französische Talabot und der österreichische Negrelli (späterer Generalinspektor der österreich. Staatsbahnen) angehörten (durch 1870 und 71 am Kanal selbst durchgeführte Höhenaufnahmen wurde später ermittelt, daß das Rote Meer bei Mittelwasser nur 3 cm unter dem Spiegel des Mittelländischen Meeres liegt, bei höchstem bis dahin beobachteten Hochwasser 60 cm darüber und bei niedrigstem Niedrigwasser 64 cm darunter). Diese Erkenntnis ist namentlich den Arbeiten Negrellis zu verdanken, der sich auch für einen Kanal ohne Endschleusen aussprach und die Linienführung des Kanales bestimmte, die später im wesentlichen der Ausführung zugrunde gelegt worden ist, während Talabot Schleusen für nötig hielt, Stephenson überhaupt sich gegen den Bau des Kanales aussprach. Insofern ist Negrelli als der geistige Urheber des Kanalplanes anzusehen. Die unsicheren politischen Verhältnisse ließen es aber zu einer weiteren Verfolgung des Planes zunächst nicht kommen. Mit dem Regierungsantritt des Vizekönigs Mohammed Saïd tritt dann aber ein Umschwung der Verhältnisse ein, und nun tritt als Beauf-

Tote.

Professor Gustav Schimpff in Aachen †. Im Alter von nur 48 Jahren ist unerwartet der Professor für Eisenbahnenwesen an der Technischen Hochschule zu Aachen, Gustav Schimpff, einer kurzen und schweren Krankheit erlegen. Er gehörte seit Jahren zu unseren Mitarbeitern und zwar waren es Fragen des Verkehrswesens, besonders des Berliner Verkehrs, mit dem er sich als geborener Berliner gern beschäftigte, die er in der „Deutschen Bauzeitung“ wiederholt und gründlich behandelt hat. Zu erwähnen sind namentlich Aufsätze über die Entwicklung der Berliner Hoch- und Untergrundbahnen, eine Kritik der Tunnelprojekte von Groß-Berliner Straßenbahnen u. A. Eine Arbeit über das Giese'sche Werk über das zukünftige Schnellbahnnetz von Groß-Berlin kündigte er uns noch vor wenigen Wochen an.

Schimpff war am 24. September 1871 zu Berlin geboren, erhielt hier auch seine Schul- und fachliche Ausbildung. Praktisch war er zunächst als Reg.-Bauführer beim Bau der Berliner Hochbahn, später beim Umbau der Hamburger Bahnanlagen, beim Bau der Hohenzollern-Brücke in Cöln usw. tätig. Dazwischen fällt eine Studienreise nach Amerika auf Grund des Schinkelpreises, die ebenfalls Anlaß zu Aufsätzen in unserer Zeitung bot. Ein Augenleiden zwang ihn dann, aus der eigentlichen Bautätigkeit auszuseiden. Nach mehrjähriger Beschäftigung in unserem Eisenbahndienst wurde ihm schließlich mit der Uebertragung des Lehrstuhles für Eisenbahnenwesen in Aachen, den er bis heute innegehabt hat, eine Aufgabe zu Teil, die seiner Veranlagung wohl besonders entsprach, die weniger nach der schöpferischen, als nach der reproduktiven und kritischen Seite ging. — Fr. E.

Literatur.

Die Kleinwohnungen und das städtebauliche System in Brüssel und Antwerpen. Von Professor Dr. Rud. Eberstadt-Berlin. Mit 35 Abbildungen im Text. Jena, 1919. Verlag von Gustav Fischer. Preis brosch. 8 M. —

Der dritte Band der neuen Studien über Städtebau und Wohnungswesen von Rud. Eberstadt ist eine deutsche Friedensarbeit aus dem von Deutschen besetzten feindlichen Kriegsgebiet, deren wissenschaftliche und praktische Ergebnisse weit hinauswachsen über die Einzeluntersuchungen, die dem Werk den Titel geben. Sie sind von bleibender

tragter der französischen Gruppe in der Studiengesellschaft Lesseps auf den Plan, der schon als junger Vizekonsul in Cairo Gelegenheit gehabt hatte, von dem Unternehmen Kenntnis zu erhalten. Unter Ausschaltung der deutschen Gruppe wurde mit dem Vizekönig verhandelt, und es ist zweifellos das besondere Verdienst von Lesseps, allen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Trotz, auch gegen die Mißgunst Englands, den Plan in die Tat umzusetzen und das Unternehmen durchgeführt zu haben. *)

Es gelang dem Einfluß von Lesseps, am 30. Nov. 1854 vom Vizekönig für eine französische Gesellschaft eine Konzession auf 99 Jahre zu erhalten, die allerdings noch der formellen Genehmigung durch den Sultan bedurfte, die erst im März 1866 erteilt wurde, nachdem Lesseps aber bereits am 25. April 1859 in Port Saïd den ersten Spatenstich getan hatte. Im Jahre 1856 wurde eine internationale Sachverständigen-Kommission zusammenberufen, die sich für den Negrelli'schen Plan aussprach und dessen Linienführung im Wesentlichen beibehielt. Der von Port Saïd in nord-südlicher Richtung nach Suez verlaufende Kanal erhielt danach rd. 161 km Länge und mit den in beiden Meeren gebaggerten Zufahrten rd. 168 km. Er durchläuft auf seinem Wege eine Reihe von Binnenseen, vor allem den Großen Bittersee, der bei seiner ungeheuren Oberfläche einen fast konstanten Wasserspiegel in 0,40 m Höhe über Mittelländ. Meer besitzt und die Strömungsgeschwindigkeiten, die sich infolge der wechselnden Wasserstände der beiden Meere in den beiden Kanalstrecken entwickeln, entsprechend beeinflußt. Sie halten sich in Grenzen, die weder der Schifffahrt noch dem Material der Kanalsohle (im nördlichen Teil meist Sand, im südlichen Ton und Fels) gefährlich werden können.

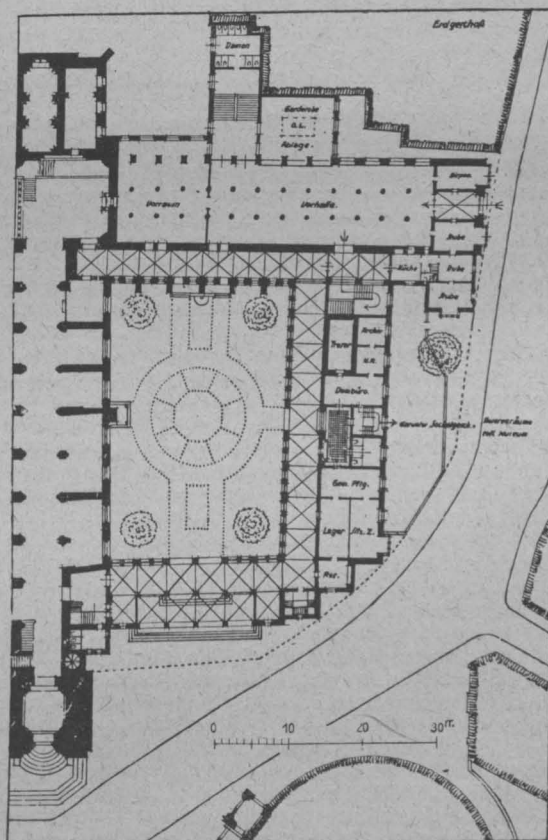
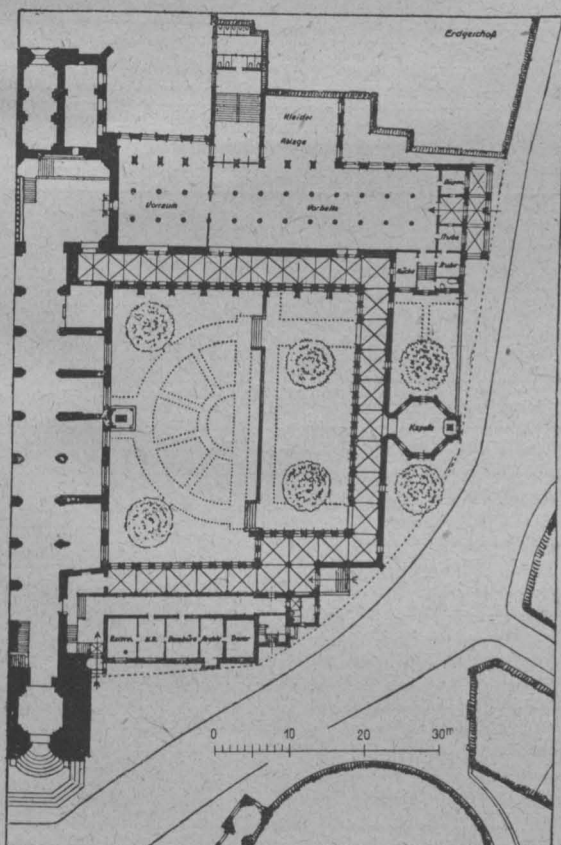
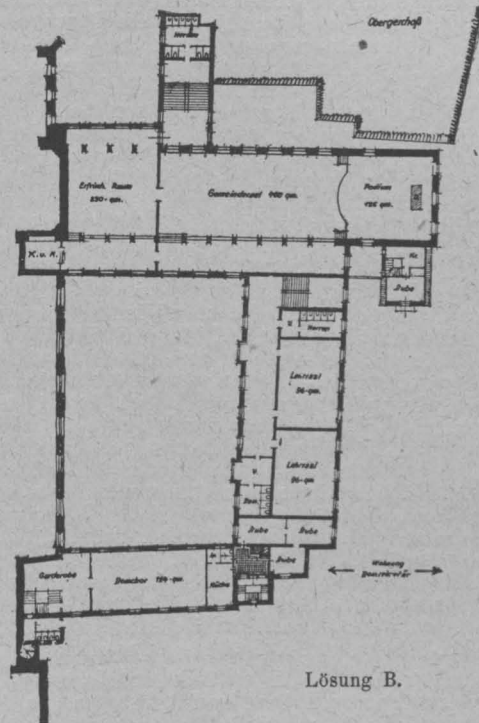
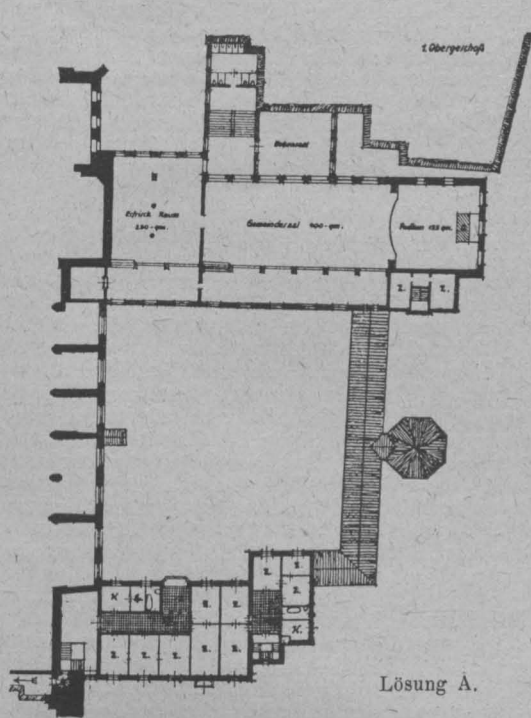
Die Wassertiefe wurde für damalige Verhältnisse sehr ausreichend auf 8 m festgesetzt, die Breite auf 3 Schiffsbreiten der damals größten Schiffe mit entsprechendem Spielraum bemessen. Ausweichen erschienen dann nicht nötig, um so mehr nicht, als die Seen schon solche darboten. Die Kosten waren auf 162 Mill. Frs. veranschlagt, die Unterhaltungskosten auf 1,57 Mill. Frs. Das Kapital der Gesellschaft war daher auf 200 Mill. Frs. bemessen. Finanzielle Schwierigkeiten zwangen aber zu einer Herabsetzung

(Fortsetzung auf Seite 568.)

*) Genauer über die Vorgeschichte des Kanales vergleiche 1909, S. 314 ff.

dem Wert für die tiefere Erkenntnis dessen, was Städtebau als Kunst, Wissenschaft und Wirtschaftswesen umfaßt und von aktueller Bedeutung für jeden Architekten, Sozialpolitiker und Kommunalbeamten, der sich mit den wichtigen Wohnungsfragen des Tages beschäftigt.

Antwerpen günstig, denn in der Entwicklungsgeschichte dieser Städte treten die Gegensätze der neueren städtebaulichen und wohnungstechnischen Gestaltung besonders scharf hervor. Beide Städte sind, wie die meisten Großstädte des Festlandes, in den letzten 50 Jahren von dem



Entwurf mit dem Kennwort: „Duett“. Verfasser: Staatsbaumeister Max Fritsche in Bremen. Ein Preis von 4000 Mark.
Zur künstlerischen Ausgestaltung des baulichen Mittelpunktes von Bremen.

Eberstadt charakterisiert die beiden entgegen gesetzten Systeme, welche sich heute im Städtebau zeigen, als Flachbau und Hochbau und zeigt, wie sie ihren leichtest faßbaren Ausdruck in den verschiedenen Hausformen finden, dem Vielwohnhaus oder der Mietkaserne mit 30—100 Bewohnern und dem Kleinhaus oder Individualhaus mit 4—6 Bewohnern.

Für die Einzeluntersuchungen sind gerade Brüssel und

älteren Kleinwohnhaus zu dem Mehrwohnhaus übergegangen; das heißt: sie haben eine von der nationalen Ueberlieferung gänzlich abweichende Bauweise entwickelt. Das ist eine Folge verwaltungstechnischer Maßnahmen. Die notwendige Sanierung der Altstädte mit ihren schlechten Verkehrs- und Wohnungsverhältnissen verlangte große rücksichtslos das Gelände durchschneidende, breite Verkehrsstraßen in der Art, die Napoleon III. in Paris eingeführt

hatte. Die hohen Kosten dieser Straßenanlagen wiederum verteuern das durch seine zentrale Lage bereits hochwertige Baugelände und führen zu den großen Hausformen als der einzig wirtschaftlichen Randbebauung.

Der moderne Städtebau geht auf dem Festland also von der Innenstadt aus. Dort empfangen Bodenaufteilung, Straßenbau, Hausform und Stadthygiene ein Gepräge, das in bewußtem Gegensatz zu den überlieferten Zuständen steht. Dort ist das System begründet und notwendig. Aber dort wird auch das Eindrucksvolle im Straßenbau, der Platzgestaltung und den Hausfassaden zur Geschmacksrichtung. Als man dieses System auf die Stadterweiterungen und Außenwohnbezirke schematisch übertrug, führte es zu ungünstigen Ergebnissen. In den Vororten von Groß-Brüssel findet man zum Beispiel die in ihrer Anlage so teuren Verkehrsstraßen ohne Verkehr, Straßenräume von großartigen Abmessungen ohne entsprechende ästhetisch wirksame Straßenabschlußwände, Baublöcke, die für die wirtschaftliche Verwertung der Grundstücke ungünstig geschnitten sind und breite Straßen ohne die für eine hygienische Frischluftzuführung so wichtige Parkverbindung. Geländeeinteilung, Bebauungsplan und Straßenbau dieses Städtebau-Systemes führen also zu einer Geländeverteuerung, einer Bodenpreis-Steigerung und einer Vergrößerung der Steuerlasten. Die letzte notwendige Folge ist schließlich das Mehrwohnhaus und die Mietkaserne. Das Steigen der Bodenpreise in den Städten darf aber nicht als Zeichen wirtschaftlichen Fortschrittes angesehen werden, denn es ist nicht durch Hervorbringen neuer materieller Güter verursacht, wie in Landwirtschaft und Bergbau, auch nicht durch die Erwerbstätigkeit der Bodennutzer. Die hohen Bodenpreise des Wohngeländes können sogar einen schweren Verlust für das Nationalvermögen bedeuten, niedrige Bodenpreise dagegen wirtschaftliches Gedeihen, wie z. B. in den Flachbau-Städten von England und Amerika.

Eberstadt untersucht die Gelände-Aufteilung bei den Stadterweiterungen von Brüssel und Antwerpen. Er zeigt, daß der wesentliche Mangel des heute herrschenden Städtebausystemes die Vernachlässigung wirtschaftsgemäßer Grundsätze ist. Die Wirtschaftswidrigkeit des neuen Bausystemes und ihr Zusammenhang mit den hohen, von der allgemeinen Entwicklung in Belgien abweichenden Baupreisen der beiden Hauptstädte, wird in den einzelnen Kapiteln gezeigt. In Brüssel herrschen z. B. auf der beschränkten Fläche der Innenstadt der Flachbau und das Einfamilienhaus, auf dem Gelände der Außenbezirke dagegen entstehen das Mehrwohnhaus und die Stockwerk-

Häufung. Die äußere ästhetische Erscheinung ist für Eberstadt ebenfalls wichtig für die Wertung, aber er betrachtet sie nur als eine notwendige Folge des zur Anwendung gebrachten Systemes. Die Straßenbau-Aesthetik und die Straßen-Uebertreibung haben heute, nachdem man ihre städtebaulichen und wirtschaftlichen Mängel erkannt hat, den Höhepunkt ihrer Herrschaft überschritten. Echte Monumentalität und richtige Siedelungsfürsorge brauchen keine Gegensätze zu sein. Man lernt ferner, daß der Straßenbau der Faktor der Bodenpreisbildung ist, welcher der Beeinflussung zugänglich und also die entscheidende Grundlage für die Hausform ist. Bei dem Uebergang zu einer wirtschaftlichen wohnbaumäßigen Parzellierung muß man die Aufteilung und Bauformen der älteren geschichtlichen Zeitabschnitte zum Studium heranziehen. Das Mittelalter hat bei der Aufteilung von Wohngelände den Aufwand für den Straßenbau beschränkt. Häufig sind nur die Hauptstraßenzüge öffentlich, die weitere Gelände-Erschließung erfolgt durch Private. Daraus ergibt sich eine große Mannigfaltigkeit der Aufteilungsformen. In Brüssel und Antwerpen findet man noch heute die Wohnstraße, die Hofstraße und den Wohnhof, welche brauchbare Formen der Aufteilung des Innengeländes sind und nützliche Anregungen bieten. Die private Initiative des Grundbesitzers muß besonders durch die moderne Verwaltung gefördert werden. Sie wird zu ausgiebiger Versorgung des Baustellenmarktes und zu einer Abkehr von der heutigen Schablone führen. Beispiele geeigneter Bauformen finden sich in den Niederlanden. Dort gibt es Hochbau-Strassen, Flachbau-Strassen, Wohnwege und Kleinwohnungs-Bezirke, die in einem Mindestumfang von $\frac{1}{4}$ ha durch private Grundstück-Besitzer aufgeteilt werden können.

Diese Arbeit von Eberstadt fügt sich als ein neuer Teil seinen früheren Werken an. Aufbau und Ausführung machen ihr Studium zu einem wissenschaftlichen und künstlerischen Genuß. Es wird den Praktiker zu der Beschäftigung mit seinen übrigen Arbeiten und damit zu einer bewußten klaren Erkenntnis der weitreichenden Bedeutung seiner eigenen Tätigkeit für das Wohlergehen des Volkes führen. —

Max Landsberg - Berlin.

Inhalt: Zur künstlerischen Ausgestaltung des baulichen Mittelpunktes von Bremen. (Fortsetzung.) — Fünfzig Jahre Suez-Kanal. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Tote. — Literatur. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

der Breitenabmessungen und der Krümmungshalbmesser. Die Sohlenbreite der nördlichen Hauptstrecke wurde auf 22 m, die Wasserspiegelbreite auf 58 m festgesetzt, während die stärker gekrümmte Südstrecke bis 100 m Wasserspiegelbreite erhielt. Der kleinste Krümmungshalbmesser wurde im Allgem. auf 2000 m festgesetzt. Der Kanal war nun nur noch zweischiffig, es mußten also besondere Ausweichen vorgesehen und angelegt werden; er wurde so für Schiffe bis 7,5 m Tiefgang eröffnet. Die größten Handelsschiffe besaßen damals nur höchstens 120 m Länge bei 13–14 m Breite. Die tatsächlichen Kosten des Kanales haben mehr als das $2\frac{1}{2}$ fache des Anschlages erreicht.

Diese Abmessungen erwiesen sich dann aber nicht als ausreichend, die Schiffe fuhren sich, da sie den Kanal nur langsam durchfahren durften und demgemäß schlecht steuerten, vielfach fest und die stetig wachsenden Schiffsgrößen stellten immer höhere Ansprüche an den Kanal. Dieser gibt daher in seiner Entwicklung ein getreues Spiegelbild der wachsenden Ansprüche der Seeschifffahrt wieder. So wurde in den Jahren 1884, 1896, 1908, zuletzt 1914 eine Vertiefung auf 9, 10, 11 und 12 m vorgesehen unter gleichzeitiger erheblicher Verbreiterung, Abflachung scharfer Krümmungen, Vermehrung u. Verbreiterung der Ausweichen. Es muß der Kanalgesellschaft das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie, wohlberaten durch eine internationale Kommission von Sachverständigen, der bis zum Kriege ausbruch auch 2 deutsche Ingenieure angehörten, dem wachsenden Bedürfnis stets rechtzeitig zu genügen suchte. Ende 1914 war nach einem Bericht des holländ. Ingenieurs W. F. Lee-mans, der auch zu den Beratern gehört, die Tiefe von 11 m fast durchweg, eine solche von 12 m schon z. T. erreicht. Dabei besaß der Kanal auf 112,5 km Länge 45–60 m Sohlenbreite, auf 14 km 60–75 m, auf den Rest 75–100 m und über 100 m Sohlenbreite. Die Krümmungen waren dabei auf mindestens 3000 m abgeflacht.

Diese Ausgestaltung des Kanales, mit der Hand in Hand auch ein Ausbau der Häfen in Port Said*), Suez und

Timsah ging, ermöglichte eine wesentlich sicherere und schnellere Durchfahrung des Kanales, während die zulässige Schiffsgröße nach dem letzten Ausbau für den Kanal auf 28000 t ansteigen darf, bei 220 m Länge und 28 m Breite, 10,66 m (33') Tiefgang, gegenüber höchstens 5000 t bei Eröffnung des Kanales.

Für die Durchfahrung brauchten die Schiffe in der ersten Zeit i. M. 48 Stunden 30 Minuten, 1912 nur 15 St. u. 58 Min. Die Zahl der Schiffe, die in diesem Jahre den Kanal durchfahren haben, betrug 5373. Sie hatten zus. ein Netto-Raumgehalt von über 20 Mill. t, während i. J. 1884 auf 3284 Schiffe nur rd. 5,9 Mill. t entfielen. Der Einzelgröße nach hatten die Mehrzahl der Schiffe auch 1912 nur 2–3000 t, nur 6 hatten über 14000 t Gehalt. Die jetzt erreichten Kanalabmessungen tragen also noch einer wesentlichen Entwicklung der Schiffsgröße Rechnung. Die englische Flagge war 1913 bei der Kanaldurchfahrt mit 12 Mill., die deutsche mit rd. 3,4 Mill. beteiligt.

Was die wirtschaftliche Seite des Unternehmens anbetrifft, so wurde 1872 bereits aus den Abgaben ein Reingewinn erzielt. Diese wurden periodisch erhöht, die gewaltige Zeitersparnis gegenüber dem Weg um Kap Horn läßt aber immer noch den Kanal als vorteilhafter erscheinen. Die Einnahmen aus den Kanalgebühren sind von rd. 59 Mill. i. J. 1884 auf rd. 133 Mill. i. J. 1912 gestiegen. Dann tritt ein Rückschlag ein, im Krieg sank der Verkehr stark.

England, das sich zunächst dem Unternehmen gegenüber ablehnend, ja feindlich verhielt, hat später durch Ankauf der Anteile des Vizekönigs sich zunächst wirtschaftlichen, dann durch Besetzung Aegyptens politischen Einfluß auf das Unternehmen gesichert, den es im Weltkrieg trotz internationaler Verträge auch rücksichtslos ausgenutzt hat. So ist aus dem Kanal schließlich ein gewaltiger Machtfaktor Englands geworden.

Als Goethe in seinen Gesprächen mit Eckermann (21. 2. 1827) den Wunsch aussprach, er „möchte die Engländer noch im Besitz eines Kanales von Suez sehen“, hat er nicht ahnen können, daß die allgemeine kulturelle Bedeutung des Kanales so hinter einseitiger Interessenpolitik zurücktreten würde. —

Fr. E.

*) Vergleiche den Aufsatz von Prof. de Thierry, Jahrg. 1907, S. 11 ff., der auch die Vorgeschichte des Kanales eingehender behandelt.